

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Einberufung des Reichstags!

Was will also die Regierung tun?

Denn das wird doch hoffentlich Herrn von Bethmann Hollweg klar sein, daß es bei seinen bisherigen Maßnahmen nicht bleiben kann. Die Maßregeln der Regierung waren nun freilich nicht dazu bestimmt, zu helfen, sondern nur den Schein von Hilfe zu erzeugen, um die immer weiter um sich greifende Entrüstung der Massen zu beschwichtigen. Jetzt ist aber dieser Schein völlig zerfallen. Es ist klar, daß infolge der Mobilisierung die Ausfuhr aus den Balkanländern Fleisch zu beziehen, völlig gescheitert sind und auch die Zufuhren aus Rußland werden nur ganz gering und jedenfalls nicht billig sein.

Nun hat ja die Regierung selbst zugegeben, daß Abhilfe unbedingt nötig sei. Sie ist deshalb verpflichtet, für die Maßregeln, deren Unwirksamkeit sie jetzt nicht mehr leugnen kann, andere wirksamere zu ergreifen. Die Regierung muß sich entschließen, den Reichstag einzuberufen und das Fleischbeschaugesetz ändern zu lassen. Denn wirkliche Abhilfe kann nur durch die ausreichende Zufuhr von argentinischem und australischem gekühltem oder gefrorenem Fleisch geschaffen werden.

Wenn die Regierung auch nur einen Funken Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, so darf sie mit der Einberufung des Reichstages nicht länger mehr zögern. Schon jetzt hatte ja die Teuerung unerträgliche Verhältnisse geschaffen. Nun steht der Winter vor der Tür, der mit seinen erhöhten Ausgaben für Heizung und Kleidung, mit der regelmäßig eintretenden Minderung der Beschäftigungsmöglichkeiten ohnehin eine Verschärfung der schweren Situation, in der sich heute die Massen befinden, mit sich bringt. Und nun droht noch die Gefahr, daß die industrielle Hochkonjunktur durch den Ausbruch des Balkankrieges gestört wird. Schon sind die Börsen von Angst erfaßt und die Kurse aller Papiere sinken. Bedeutungsvoller aber und folgenreicher muß die plötzliche Unterbindung allen Verkehrs mit einem immerhin bedeutenden Wirtschaftsgebiet sein. Schon stockt dort unten der Handel, die Banken haben ihre Tätigkeit eingestellt, der Kredit ist geschwunden, die Zahlungen gehen nicht ein und die Fristen für fällige Schulden müssen verlängert werden! Und die Furcht, daß der Krieg, wenn er einmal entseht, nicht auf den Balkan beschränkt bleiben werde, wird sich wie ein Alp auf das ganze Wirtschaftsleben legen. Und was das schlimmste: die Gebiete, die da aus dem Verkehr ausgeschaltet werden, sind solche, die sonst vor allem Getreide und Futtermittel, Vieh und Fleisch exportieren. Dieser Ausfall wird sich gerade jetzt, zur Zeit der Teuerung, noch schlimmer fühlbar machen als sonst. Schon hat die Nachricht von der Mobilisierung bewirkt, daß trotz der guten Ernte auch die Getreidepreise, die ohnedies sehr hoch stehen, noch weiter steigen. Da darf die Regierung nicht länger mehr zögern, sie muß der Volksvertretung Gelegenheit geben, die nötigen Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Und es ist um so notwendiger, daß der Reichstag einberufen werde, weil die Agrarier die Unversämtheit haben, der Regierung mit ihrem Dreiklassenparlament zu drohen. Der preussische Landtag soll die Regierung in ihrem Widerstand gegen die Forderungen der Volksmassen stärken. Wieder soll die Diktatur der Junker vom Preussischen Landtag proklamiert werden. Nun haben wir sicher nichts dagegen, wenn der Agrarier-Landtag aufs neue sich dem preussischen Volke in all seiner Schöne enthielt. Keine bessere Aufforderung kann es geben, den Wahlrechtskampf in Preußen mit neuer Energie aufzunehmen, als diese Ankündigung der Junker, ihren Landtag zu einem neuen Erpressungsversuch an der Reichsregierung benutzen zu wollen. Allein wir denken, daß es dem doch eine zu freche Verhöhnung des deutschen Volkes wäre, wenn dem preussischen Zunker aus früherer Gelegenheit geboten wird, über diese wichtigste Reichsangelegenheit zu sprechen, als dem Deutschen Reichstag.

Und so meinen wir, Herr v. Bethmann Hollweg wird schließlich doch nicht umhin können, die Forderung, die die Sozialdemokratie zuerst aufgestellt hat, hinter der heute aber bereits die ganze städtische Bevölkerung steht, zu erfüllen und den Reichstag einzuberufen. Die Zeiten sind zu ernst, als daß dem bürokratischen Absolutismus das Feld allein überlassen bleiben könnte. Die Kriegsgefahr rückt immer näher und die Teuerung wird immer ärger! Da muß Abhilfe geschaffen werden, da darf die Regierung nicht länger Obstruktion gegen die Verfassung treiben.

Vor dem Kriegsbeginn.

Die Hoffnung, daß der Zusammenstoß auf dem Balkan noch einmal verhindert werde, muß beinahe aufgegeben werden. Die türkische Regierung hat das serbische Ultimatum, wie zu erwarten war, abgelehnt und sie hält die griechischen Schiffe, die in den türkischen Gewässern sich befinden, zunächst zurück. Ein gemeinsames Ultimatum der vier Balkanmächte ist vorbereitet, soll aber erst gegen Ende der Woche überreicht werden. Daß aber die Diplomatie der Großmächte diese kurze Zeitspanne, selbst vorausgesetzt, daß unterdessen nicht schon die Flinten von selbst losgegangen sind, noch zu nützen verstehen wird, ist nach ihren bisherigen Erfolgen ja nicht anzunehmen. Von einer Eingkeit der Mächte, die ja die Voraussetzung jeder wirksamen Intervention wäre, kann heute weniger die Rede sein als je. Im Gegenteil! Die österreichische offiziöse Presse führt eine recht erregte Sprache gegen die Haltung Rußlands. Sie will an die Harmlosigkeit der „Probemobilisierung“ in Rußland-Polen trotz aller russischen und französischen Versicherungen nicht glauben, sondern erblickt darin das Bestreben der russischen Regierung, Oesterreich von jedem Eingreifen in die Balkanangelegenheiten abzuhalten, ja auch seinen diplomatischen Vorstellungen den Nachdruck zu nehmen. Das Verhalten Rußlands ließe darauf hinaus, Serbien zu seinem Vorgehen freie Bahn zu schaffen. Und es scheint, daß die österreichische Regierung es nicht nur bei den Worten ihrer Offiziösen bewenden lassen wird. Zwar haben die Minister die Meldungen, daß Oesterreich mobilisiert, in Abrede gestellt, aber private Nachrichten besagen mit aller Bestimmtheit, daß die dreijährige Mannschaft nicht entlassen und Reserven einberufen werden.

Auch die deutsche Regierung scheint den Ausbruch des Krieges für unvermeidlich zu halten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Angebliche oder wirkliche türkische Mobilisierungsmaßnahmen haben den Balkanstaaten Grund oder Vorwand zur Mobilisierung ihrer Streitkräfte gegeben. Ob es sich nur um einen Gegenzug gegen die türkischen Vorkehrungen oder um ernstliche Kriegsabsichten handelt, läßt sich zurzeit mit Bestimmtheit nicht erkennen. Unter allen Umständen haben die von den Balkanregierungen ergriffenen Maßnahmen die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit der Türkei näher gerückt.

Die Bemühungen der Mächte, den Frieden zu erhalten, dauern fort.

Wie sehr es auch zu bedauern wäre, wenn diese Bemühungen erfolglos blieben, so ist doch auch in diesem Falle für die deutschen Interessen ein Anlaß zu unmittelbarer Beunruhigung nicht gegeben. Dies ist um so weniger der Fall, als mit Bestimmtheit zu hoffen ist, daß der etwaige Konflikt auf seinen Herd beschränkt bleiben würde.

Die letzten Ereignisse haben, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts erhöht. Mit der Möglichkeit eines solchen mußten die europäischen Kabinette aber schon seit geraumer Zeit rechnen. Sie haben daher auch alle Zeit gehabt, sich untereinander über ihre Stellung zu einer solchen Eventualität auszusprechen. Bei dem festen Willen aller Mächte, die Ausdehnung des Konflikts hintanzuhalten, kann eine endgültige Verständigung nicht ausbleiben. Wenn also auch die nahe Möglichkeit eines Zusammenstoßes auf dem Balkan nicht von der Hand zu weisen ist, so darf doch zuversichtlich erwartet werden, daß eine weitergehende Konflagration, in die die europäischen Großmächte hineingezogen werden könnten, vermieden bleibt.

Danach rechnet also auch die deutsche Regierung bereits mit dem Ausbruch des Krieges und gibt bloß noch der Hoffnung Ausdruck, daß der Brand lokalisiert bleiben und die europäischen Großmächte nicht in einen Weltkrieg werden hineingezogen werden. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, hängt nun weniger von der Geschicklichkeit der Diplomatie und von dem guten Willen der Regierungen ab, als von der Macht und Entschlossenheit des internationalen Proletariats, seinen Friedenswillen zur Geltung zu bringen. Charakteristisch aber ist, daß auch die deutsche Regierung konstatieren muß, daß eine Verständigung der Mächte selbst jetzt noch nicht vorhanden ist. „Daß sie nicht ausbleiben kann“, ist eine jener diplomatischen Phrasen, deren Wertlosigkeit in der letzten Zeit wohl zur Genüge sich erwiesen hat.

Ein gefährliches Spiel.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Pardus:

Eine türkische Staatspolitik gibt es nicht — schon lange nicht mehr. Was man türkische Politik nennt, ist eine imaginäre Größe. Die türkische Regierung, ob zentralistisch oder nicht, wie sie auch heißen mag, folgt einfach den Stößen, die ihr von außen gegeben werden, und den Gegenstößen, die von innen kommen. So wird sie hin und her geworfen und zeigt in ihren Bewegungen nur das

schwankende Gegengewicht der widerstreitenden Kräfte des europäischen Kontinents und der inneren Wirrnisse. Dieser Reflex des verlorenen politischen Gleichgewichts Europas nennt die Diplomatie türkische Staatspolitik. Sie macht auf diese Weise die türkische Regierung für etwas verantwortlich, womit sie selbst nicht fertig werden kann. Weil es den Diplomaten schwindelt, deshalb stellt sich ihnen die Welt auf den Kopf. Sieht man sich aber die Dinge mit nüchternen Augen an, so kommt man zu einem sehr einfachen Schluß: so lange es kein Einverständnis zwischen den Großmächten Europas gibt, wird es keine Ruhe im Orient geben. Ich sage damit nichts neues; wohl aber sage ich etwas, das obwohl längst bekannt, fortgesetzt ignoriert wird.

Ich will damit durchaus nicht die Politik der türkischen Regierung rechtfertigen, die ich oft und scharf genug kritisiert habe. Aber ich sage: es gibt keine von der türkischen Regierung jemals begangene Dummheit oder Gemeinheit, zu der sie nicht innerhalb der europäischen Diplomatie ihre Beschützer, Förderer und Aufsteiger gefunden hätte. Und speziell an der Vermittlung des türkischen Parlamentarismus haben die europäische Diplomatie und die europäische Hochfinanz am meisten mitgewirkt.

Was nun ferner die europäische Diplomatie selbst an Reformvorschlügen für den Orient leistet, das sind nur Schlagworte, unter denen die Interessen dieser oder jener Gruppe von Großmächten vertreten werden. Bald ist es die Integrität der Türkei, bald die Dezentralisation oder die Amputation dieses oder jenes Gebietes. In allen diesen Fällen handelt es sich nicht um die Entwicklung der Türkei, sondern um die Entwicklung des Einflusses der Großmächte. Die diplomatischen Schlagworte passen sich der Situation an. Ist die türkische Staatspolitik der Reflex der allgemeinen Verwirrung, so sind die jeweiligen Lösungen der europäischen Diplomatie der Reflex dieses Reflexes.

Aber wenn es auch in der Türkei keine selbständige Staatspolitik gibt, so gibt es doch eine türkische Armee. Ob diese Armee den Anforderungen einer modernen wissenschaftlichen Leitung genügt, darüber ein Urteil zu fällen, liegt außerhalb meiner Kompetenz. Sie verfügt über respektable Cadres militärwissenschaftlich gebildeter Offiziere, das ist Tatsache. Was aber das wichtigste ist: sie ist von einem starken Kriegesgeist erfüllt. Sie rekrutiert sich aus ungeübten Massen. Diese Volksmassen leiden fürchtbares Elend, und das Elend treibt sie zur Verzweiflung. Diese Verzweiflung, die keinen Ausweg findet, begleitet den Bauernsohn in die Kaserne, wo sie dann in Kriegesstimmung umgegossen wird, wenn das nicht schon früher der religiöse Fanatismus besorgt hatte. Es ist eine Armee, die bereit ist, ihren letzten Blutstropfen zu vergießen — unter allen Umständen. Sie wird nicht bloß um den Sieg kämpfen. Sie wird kämpfen, weil sie tatsächlich nichts mehr zu verlieren hat.

Daran ist nicht zu zweifeln: Wenn es zu einer militärischen Entscheidung kommt, wird die türkische Armee eine gewaltige Stoßkraft entwickeln. Das ist ein Faktor, mit dem man sehr ernst rechnen muß, denn ganz Europa könnte dadurch aus den Angeln gehoben werden.

Rußland auf der Balkanhalbinsel.

In seinen Auffäßen über die Balkanfrage vom Jahre 1883 nennt Marx die immer wiederkehrende Orientfrage die „Eiselschleife der europäischen Diplomatie“. In den sechzig Jahren, die seitdem verfloßen sind, haben die Ereignisse unzählige Male die Richtigkeit dieser Worte dargetan. Immer wieder hat die Ländergier und die Eifersucht der europäischen Staaten das Pulverfaß im Südosten Europas der Gefahr einer plötzlichen Explosion nahegebracht, immer wieder sind die Interessen der Türkei und der Balkanvölker von den Großmächten wie hohle Rüsse verschachtet worden, immer wieder ist vor den Völkern Europas die Gefahr eines Weltbrandes aufgetaucht, mit der unverantwortliche Diplomatenhände in verbrecherischer Weise spielten.

Auch jetzt wiederholt sich dieses Schauspiel. Welche Ereignisse auch eintreten: kommt es zu einem Kriege zwischen der Türkei und den Balkanstaaten mit der Perspektive weiterer Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten, oder wird die Kriegsgefahr heute noch gebannt — in jedem Falle treten die geheimen Fäden der europäischen Politik, die zu den neuesten „Balkanwirren“ geführt haben, schon jetzt ziemlich deutlich zu Tage, und ebenso deutlich treten vor allem die Gestalten der Hauptakteure hervor.

Der Grad der Särung unter den Balkanvölkern hängt stets von den Nachenschaften der europäischen Diplomatie ab. Fürst Bülow hat zwar in seiner Reichstagsrede vom Jahre 1909 mit gewohnter Grazie versichert, die Diplomatie schüre jetzt das Feuer nicht, sondern spiele umgekehrt die Rolle der Feuerwehr. Wer aber die Vorgänge am Balkan namentlich während des Kriegsjahres zwischen der Türkei und Italien aufmerksam verfolgt hat, hat zu der Ueberzeugung kommen

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Solonelle oder deren Raum 10 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 10 Pfg. (zulässig 2 Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

müssen, daß die europäische Diplomatie, ungeachtet ihrer unaufhörlichen Friedensbetreibungen, in raffiniert-eigennützigster Weise das Kriegsfeuer am Balkan geschürt hat. Die größte Energie entfaltet hierbei die Staaten, denen es um eine Schwächung der Türkei zu tun war, d. h. Italien und Rußland. Während Italien bestrebt war, den albanesischen Aufstand zu schüren, um dadurch die Türkei zum Friedensschluß zu zwingen, entfaltete die russische Diplomatie eine fieberhafte Tätigkeit, um bei der italienisch-türkischen Auseinandersetzung auf ihre Rechnung zu kommen.

Die heftige Spannung, die Deutschland durch seine törichte Marokkopolitik hervorgerufen hatte, gab der parasitären russischen Großmacht nicht nur die Möglichkeit, in der europäischen Politik die Rolle des Jünglings an der Wage zu spielen, sie gab ihr auch freie Hand in Persien wie im fernem Osten und ermöglichte es ihr, die Vormachtstellung, die sie nach der bosnischen Krise am Balkan eingebüßt hatte, durch zähe Arbeit wieder zu gewinnen. Die Verständigung zwischen den Balkanvölkern zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Türkei ist das Werk der russischen Diplomatie; die fortgesetzten Provokationen Montenegro's, dieses Vorpostens der russischen Eroberungspolitik am Balkan, fanden nie ohne vorherige Anfrage in Petersburg statt; die Kriegsoperationen der Italiener in den Dardanellen stießen bei der russischen Diplomatie stets auf verständnisvolle Unterstützung; und endlich bot der vom Zaune gebrochene Streit wegen des Grenzgeländes am Armatsee der russischen Regierung genug Gelegenheit, einen Druck auf die Türkei auszuüben, dessen Resultate am Balkan sehr greifbar in Erscheinung traten. Bei der jetzigen Krise, die fast über Nacht hereingebrochen ist, steht gleichfalls, wie bei allen bisherigen Aktionen gegen die Türkei die russische Diplomatie als Hauptbeteiligte hinter den Kulissen.

An einen direkten Konflikt mit der Türkei denkt natürlich die russische Regierung nicht. Dazu ist sie sich ihrer militärischen Untüchtigkeit zu sehr bewußt, während sie andererseits auf ihre Ententegenossen Rücksicht nehmen muß, von denen vor allem Frankreich durch einen Krieg im nahen Osten wirtschaftlich geschädigt werden würde. Sie hat aber nichts dagegen einzuwenden, daß es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den von chauvinistischen Demagogen fanatisierten Balkanvölkern und der Türkei kommt, die ihr die Möglichkeit bieten können, mit selbständigen Forderungen hervorzutreten. Die Vorbereitung einer derartigen Aktion bildete neben der Neuregelung der persischen und mongolischen Frage den Hauptinhalt der diplomatischen Besprechungen des russischen Ministers des Auswärtigen in Balmoral. Dies hat unumwunden der bulgarische Gesandte in Petersburg, General Paprikow, eingestanden, der dem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ erklärte, Bulgarien warte bloß nur noch auf die „Ergebnisse der Unterhandlungen zwischen dem russischen Minister des Auswärtigen Sazonow und den Vertretern der europäischen Kabinette, die an der Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan interessiert sind“. Liegt es hiermit klar zu Tage, daß die Häden von den Balkanstaaten und ihrem hohen russischen Protektor in Balmoral zusammenlaufen, so unterliegt es andererseits keinem Zweifel, daß der Vorschlag des Grafen Berchtold, der offensichtlich den Zweck verfolgte, der russischen Diplomatie am Balkan den Wind aus den Segeln zu nehmen, den Stein erst recht ins Rollen gebracht hat. Nun heißt es in allen Hauptstädten Europas, wenn es nicht gelänge, dem Ausbruch eines Krieges vorzubeugen, so müsse er wenigstens „lokalisiert“ werden. Die Sorge aber, die für politische Komplikationen eine neue Krise hat, erlebt jetzt schon eine Deroute, die sie seit Jahren nicht kannte — ein Zeichen, mit welchem Besorgnissen das europäische Finanzkapital den Ereignissen entgegensteht, die das verbrecherische Spiel der Diplomatie am Balkan herausgeschworen hat.

Die Ablehnung des serbischen Ultimatus.

Konstantinopel, 2. Oktober. (Meldung des Wiener R. R. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Der Ministerrat hat beschlossen, die Forderung der Durchfuhr serbischer Kriegsmaterials zurückzuweisen.

Zurückhaltung der griechischen Schiffe.

Konstantinopel, 2. Oktober. Die Pforte verweigert den griechischen Schiffen die Ausstellung von Durchfuhrspässen durch die Dardanellen, indem sie erklärt, sie könnte die Schiffe chartern. Die Zahl der griechischen Schiffe, die sich im Schwarzen Meer befinden, beträgt mehr als 50. In Konstantinopel befinden sich 22.

Den türkischen Handelschiffen, die sich in den Häfen des Schwarzen Meeres befinden, ist befohlen worden, sofort nach Konstantinopel zurückzukehren. Die Hafenbehörde läßt alle griechischen Dampfboote registrieren.

Der griechische Gesandte Orparis hat bei der Pforte gegen die Zurückhaltung der griechischen Schiffe Einspruch erhoben.

Der türkische Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 1. Oktober. General Abdulla Pascha ist zum Generalissimus der türkischen Armee ernannt worden.

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen nach Serbien und Bulgarien ist unterbrochen, da Serbien und Bulgarien das rollende Material requiriert haben; der Personerverkehr wird dagegen noch aufrecht erhalten.

Die türkische Mobilisierung.

Konstantinopel, 2. Oktober. Von überall her werden Einberufungen von Redifs zweiten Aufgebots und von Reservisten gemeldet. Die Divisions-Kommandeure heben den Befehl erhalten, die Redif-Divisionen vollständig zu machen. Jedes Bataillon soll auf die Dauer eines Monats auf 800 Mann gebracht werden. Die mobilisierten Divisionen von Elbasan werden demnächst nach Skutari abgehen.

Ein offizielles Communiqué begründet die Mobilisierung mit der Mobilisierung und Konzentrierung der Balkanstaaten. Alle Parteien haben beschloffen, zu erklären, daß sie einhellig die Regierung unterstützen werden. Die Regierung hat alle Transportmittel und Schiffe requiriert.

Einberufung der Sobranje.

Sofia, 2. Oktober. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Sobranje ist für den 5. Oktober zu einer außerordentlichen Session einberufen worden, um den im Lande proklamierten Belagerungszustand zu sanktionieren und die durch die Mobilisierung der Armee notwendig gewordenen außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen.

Kriegskundgebungen.

Sofia, 2. Oktober. Das Exekutivkomitee der mazedonischen und Adrianopeler Gesellschaften veranstaltete gestern

nachmittag in den Straßen der Stadt eine Kundgebung an der sich Tausende, insbesondere Einwanderer aus Mazedonien und dem Vilajet Adrianopel beteiligten. Besonders vor dem königlichen Schloß, dem Militärklub, der serbischen und der griechischen Gesandtschaft kam es zu begeisterten Demonstrationen.

Bulgarisches Ausfuhrverbot.

Sofia, 2. Oktober. Die Ausfuhr von Korn, Mehl und Futter über die Südgrenze ist durch königlichen Erlass verboten worden.

Keine Anleihen.

Paris, 2. Oktober. Verschiedene französische Banken wurden in den letzten Tagen von dem bulgarischen Gesandten in Paris ersucht, Bulgarien einen Vorschuhkredit zu gewähren. Die französischen Banken haben auf den übereinstimmenden Rat des Finanzministers und des Ministers des Auswärtigen dem bulgarischen Gesandten geantwortet, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen Bulgarien keinen Vorschuh leisten könnten. Die vom bulgarischen Gesandten geforderten Summen beliefen sich anfangs auf 20 Millionen, wurden aber allmählich auf 15, 10 und 5 Millionen reduziert.

Eine verhinderte Debatte.

Wien, 2. Oktober. Der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten der Oesterreichischen Delegation ist heute zusammengetreten, um den Bericht des Referenten Marquis Vacquiem entgegenzunehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Delegierter Ellenbogen (Soz.), wegen der in den letzten Tagen veränderten politischen Situation die Debatte über die auswärtige Politik wieder zu eröffnen und den Minister des Aeußeren zu Aufklärungen über die Lage aufzufordern. Ueber diesen Antrag entspann sich eine kurze Debatte, in der der Obmann des Ausschusses Voernreither betonte, der Ausschuh müsse in der gegenwärtigen Situation eine gewisse Ruhe und Zubericht bewahren. Daraus wurde der Antrag abgelehnt.

Den Blättern zufolge hat der Kriegsminister auf private Anfragen ungarischer Delegierter die Nachricht von einer Mobilisierung von zwei Oesterreichisch-ungarischen Armeekorps als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet.

Rußland leugnet.

Paris, 2. Oktober. Eine Note der Agence Havas* besagt: Die in der Presse erschienenen Meldungen über eine angebliche Mobilisierung in Rußland sind zurückzuführen auf eine Probemobilisation der Festungsstruppen in dem befestigten Platz Oshonev. Zu diesem Zweck wurden am 30. v. M. in einigen Orten des Reichs-Gouvernements die Reservisten einberufen. Eine Requisition von Pferden hat nicht stattgefunden. Die Maßregel bildet einen Teil eines Programms von Versuchen, die zum Gegenstand die Prüfung der Funktion verschiedener Dienste haben, und steht in keinerlei Beziehung zu den gegenwärtigen politischen Ereignissen.

Die Uneinigkeit der Mächte.

Paris, 2. Oktober. Der „Radikal“ schreibt über die Vorgänge auf dem Balkan: „Man muß den Mut haben, der Lage ins Angesicht zu sehen. Solange die Tripleallianz und der Zweibund sich nicht verständigen, insbesondere was die Interessen Rußlands und Oesterreich-Ungarns anbelangt, wird nichts gegen den Krieg geschehen können. Es ist Sache Frankreichs und Englands auf der einen und Deutschlands auf der anderen Seite, Anstrengungen in diesem Sinne zu unternehmen. Sie scheinen gleicherweise den Frieden auf dem Balkan zu wünschen, haben aber keinen Augenblick zu verlieren.“

Zur Teuerung.

Württemberg gegen den § 12.

Gleich der bayerischen hat auch die württembergische Regierung die Absicht, im Bundesrat einen Antrag auf Abänderung des § 12, d. h. auf Zulassung überseitschen Gefrierfleisches zu stellen.

Kein Erfolg.

Daß die von der Regierung geplanten Maßnahmen völlig unzureichend sind, zeigte auch die Lage des gestrigen ersten Berliner Viehmarktes seit Veröffentlichung der Regierungserklärung. Während sonst Ankündigungen von preisdrückenden Maßnahmen sofort zu einem Sinken der Preise führen, ehe noch die Maßnahmen selbst durchgeführt werden, blieb der gestrige Markt unbewegt. Der Auftrieb (16 500 Schweine) stand um 800 Stück niedriger als am Mittwoch vergangener Woche. Was die Preise betrifft, so wurden vor acht Tagen für Schweine erster Qualität 57 bis 58 M. für den Zentner gezahlt, während sie gestern nur zu 58 M. zu haben waren. Bei der zweiten Klasse, die am letzten Mittwoch mit 55 oder 56 M. notiert wurden, war der Preis mit 55 M. derselbe. Dagegen stellten sich für die dritte Qualität die Preise fast durchweg um eine Mark höher. Schafe hatten den alten Preis, dagegen notierten Käiber um 2 M. höher.

Der deutsche Fleischerverband und die Regierungsmahnahmen.

In Kassel beschäftigte sich am Dienstag der gesamte Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes — etwa 30 Herren aus den verschiedenen Bundesstaaten — mit den Regierungsmahnahmen zur Abwendung der Fleischnot. In einer angenommenen Resolution sprachen die Herren aus, daß die Maßnahmen zwar zu begrüßen sind, daß aber ein praktischer Erfolg der Maßnahmen nicht zu erwarten sei. Am Schluß heißt es: „Besser würde es allerdings für die Landwirtschaft, Gewerbe und Konsumenten gewesen sein, wenn in erster Linie eine Verbesserung der Einfuhr von Zucht- und Schlachtvieh erfolgt wäre. Trotzdem will aber der Fleischerverband seine Mitarbeit bei den Maßnahmen nicht ausschließen, aber er findet es unverständlich, daß die Prohibitivmaßnahmen lediglich für ausländisches Vieh und Fleisch zugestanden worden sind.“

Der preussische Städtetag kennt keine Teuerung.

Vom 7. bis 10. Oktober wird in Düsseldorf der 7. preussische Städtetag abgehalten. Auf der Tagesordnung, die jetzt veröffentlicht wird, vermisst man die Möglichkeit einer Aussprache über die Teuerung und deren Binderung. Dafür wird sich dieser Städtetag mit dem preussischen Wasserrecht, mit den Satzungen des Städtetages und ein wenig mit der preussischen Verwaltungsreform beschäftigen. Der preussische Städtetag wird also keine ihm unangenehmen Dinge berühren.

Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft

haben sich mit den Maßregeln der Regierung beschäftigt und eine Erklärung angenommen, in der es heißt:

„Angesichts der Schwere der Fleischteuerung halten sie die Maßregeln der Regierung für nicht weitgehend genug, insbesondere sind sie der Meinung, daß eine Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes unbedingt erforderlich ist, damit die Einfuhr von gefrorenem Rindfleisch insbesondere aus Argentinien ermöglicht wird. Wenn dies geschieht, so werden auch der Eisenbahntrahnsnachschub und die Erniedrigung des Fleischpreises eine ganz andere praktische Bedeutung gewinnen, als wenn diese

Erleichterungen nur für den Bezug von frischem Fleisch oder von gefrorenem Hammelfleisch in Frage kommen, das für die Versorgung des Konsums schwerlich eine derartige Bedeutung erlangen kann, daß der Notstand erheblich gemildert wird. Unbedingt geboten erscheint es ferner, daß die Wüderung der Grenzsperrung und die Zollnachlässe nicht nur für Fleisch, sondern auch für lebendes Vieh greifen, insbesondere ist die Zulassung der Einfuhr lebender Schweine aus Dänemark zu fordern.“

Teuerungsvorstellung der Fleischbesoldeten.

Nach dem Muster der gelben Berksvereine hat sich eine Beamtenorganisation etabliert, die als „Fleischbesoldete“ firmiert. Ihr Grundsatz scheint zu sein: durch Bekundung unübertrefflicher Besinnungstüchtigkeit Wohlwollen und Ehre von oben zu erlangen. Jetzt hat die Bundesleitung an die Stadtverordnetenbureau von Groß-Berlin die Mitteilung gelangen lassen, daß der Verein für Sonntag nach der „Neuen Welt“ eine Versammlung einberufen habe, die zu der Teuerungsvorstellung Stellung nehmen soll. Dann wird weiter bemerkt: Der Bund ladet zu dieser Versammlung die bürgerlichen Stadtverordneten ein und ersucht das Bureau, die in Betracht kommenden Herren einzuladen. Weiter wird noch bemerkt, daß auch nur bürgerliche Reichstags- und Landtagsabgeordnete eingeladen seien.

Der Bund wandelt ganz eigenartige Wege. Wir haben sicher keine Vorliebe für gelbe Gewerkschaften, aber das kann man ihnen nicht nachsagen, daß sie aus Bestimmungstüchtigkeit, möge sie erheuchelt sein oder nicht, sich den Anschein zu geben versuchen, als wollten sie Vorteile von Sozialdemokraten nicht annehmen. Selbstverständlich angeln auch die Fleischbesoldeten nach der Unterstützung der Sozialdemokraten, ohne die sie in den letzten Jahren überhaupt nicht erreicht haben würden. Aber lediglich aus Knatsbudelei nach oben, um sich lieb Kind zu machen, geben sie sich nun, als wollten sie von Sozialdemokraten nichts wissen. Nun, die Leute haben sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, und zwar mit den Tatsachen, daß sie ohne Sozialdemokraten auf keine Verbesserung ihrer sozialen Lage hoffen dürfen. Ob die Mitglieder des Bundes mit dieser mehr als eigenartigen Verhalten der Leitung einverstanden sein werden, das aus ihren Kreisen zu hören, wäre jedenfalls sehr erwünscht und interessant.

Städtische Maßnahmen gegen die Teuerung.

Die Stadt Frankfurt a. M. läßt in einer südlichen Gasse Gefrierfleisch durch eine gemeinnützige Gesellschaft verkaufen, nachdem die Metzger sich geweigert haben, den Verkauf zu übernehmen. Eine Anzahl renitentier Metzgermeister belagert die Stände, um die Kaufleute vor dem Ankauf von Gefrierfleisch zu warnen. Die Verkäufer konnten bisher nur mit Mühe ihr Geschäft betreiben.

Die Elberfelder Stadtverordnetenversammlung stimmte am Dienstag den Vorschlägen der von ihr eingesetzten Kommission zu, nach welchen 30 000 M. bewilligt wurden, um aus Holland frisches Rindfleisch zu importieren; 10 000 M. wurden zur Errichtung eines städtischen Fleischmarktes zur Verfügung gestellt. Der Verkauf des Fleisches soll den Metzgern übertragen werden. Falls sich hieraus Schwierigkeiten ergeben, wird für anderweitige Regelung des Verkaufes Sorge getragen werden.

Die städtischen Kollegien in Kiel legten eine Kommission ein zur Prüfung der von der städtischen Verwaltung zu treffenden Maßnahmen gegen die Teuerung. Dieser Kommission wurden auch die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion mit den bekannten Forderungen überwiegen.

Der städtische Teuerungsausschuh in Warmen-Beschieh frisches Fleisch durch die Stadt zu beziehen und mit dem Verkauf möglichst noch in dieser Woche zu beginnen. Den Metzgern soll angeboten werden, den Verkauf mit einem Aufschlag von 10 Pf. für das Pfund zu übernehmen. Falls diese sich hierzu nicht verstehen, wird die Stadt den Verkauf selbst übernehmen. Mit einem Händler wurde ein Vertrag auf Lieferung von wöchentlich 20 Stück dänischem Rindfleisch abgeschlossen.

In Dortmund setzte die Stadtverordnetenversammlung eine Teuerungskommission ein, die voraussichtlich städtische Fleischverkaufsstellen errichten wird, da die Metzger es abgelehnt haben, dänisches Fleisch, das die Stadtverwaltung einkaufen will, zum Verkauf zu bringen.

In Nordhausen haben die Vertreter der Fleischerinnung im Auftrage der Stadt dänisches Fleisch eingekauft, das sie zum Durchschnittspreis von 85 Pf. abgeben. Das Urteil über die Qualität ist allgemein ein günstiges.

In Stuttgart wählte die Fleischerinnung eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, die im Ausland Fleisch einkaufen soll.

Nachdem die Lübecker Bürgerchaft auf Antrag der Sozialdemokraten und Liberalen den Senat um Maßnahmen gegen die herrschende Teuerung erludt hat, ist nunmehr vom Polizeiamt der Verkauf von frischem Seefleisch in die Hand genommen worden. Auch die Verwaltung der städtischen Markthalle ist diesem Beispiel gefolgt. Auf diese Weise ist es zugleich gelungen, die privaten Händler zu einer Ermäßigung der Fleischpreise zu zwingen. Des weiteren hält das Polizeiamt an zwei Tagen der Woche in der Markthalle dänisches Rindfleisch feil, dessen Preis nicht unerheblich geringer ist als derjenige des deutschen Rindfleisches. Bisher hat die Nachfrage das Angebot der Fische sehr erheblich überstiegen. Wahrscheinlich wird beim Fleischverkauf die gleiche Erscheinung zu beobachten sein.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. Oktober 1912.

Aha, Herr Komen.

Die Beurteilung der Genossen Vorkardt und Leinert durch die Strafkammer des Berliner Landgerichts I hat in der bürgerlichen Presse allerlei juristische Erörterungen hervorgerufen. Soweit diese in rechtlicher Hinsicht von wiclicher Bedeutung sind, werden wir demnächst auf sie zurückkommen. Verlagen können wir uns jedoch nicht, heute schon einige Reuerungen des Wiell. Sch. Kriegsrats Dr. jur. Komen abzufragen, die diese juristische Leuchte im roten „Tag“ veröffentlicht. Herr Komen ist ein grünniger Hasser der Sozialdemokratie, der sich durch die 1892 von ihm in Hamburg aufgestellte These einen berühmten Namen in gewissen konservativen Kreisen gemacht hat, daß sich sozialdemokratische Zeugen infolge ihres Programms und ihrer Grundzüge für berechtigt hielten, auf den von ihnen geleiteten Eid vor Gericht Unwahres auszusagen, da die Sozialdemokratie solchen Eid für nicht verbindlich halte.

In den Augen mancher Leute hatte sich der damalige Staatsanwalt Komen durch diese grobe politische Tat ein solches Ansehen erworben, daß er bald zum Schein-Kriegsrat avancierte. Seinen Haß gegen die vaterlandlose „meineidige“ Sozialdemokratie hat dieses Arrangement natürlich nicht vermindert. Verschiedentlich hat er seitdem die sich ihm darbietenden Gelegenheiten benutzt, durch schneidige Artikelchen seinen Teil zur Vernichtung der Sozialdemokratie beizutragen. Auch die Verhandlungen gegen Vorkardt und Leinert konnte er nicht ungenutzt vorübergehen lassen. So erstaut er denn die Leser des „Tag“ mit folgender schönen Kritik:

„Daß die etwaige Meinung, die Beamten befänden sich nicht in rechtmäßiger Ausübung des Amtes, den Täter nicht entlastigt, hat das Reichsgericht in konstanter Rechtsprechung angenommen. Das alles wurde vom Oberstaatsanwalt zurecht und überzeugend dargelegt, und die Strafkammer ist seinen Ausführungen durchweg beigetreten. Ihnen gegenüber konnten die „schweren Bedenken“,

Die von den Verteidigern in breiter Form geltend gemacht wurden, keine ausschlaggebende Bedeutung beanspruchen. Höchst beiseiden war es gewiß auch, wenn einer der Herren Verteidiger schlankwegs erklärte, daß alle die Männer, die in juristischen und anderen Zeitschriften die Frage nach der Rechtmäßigkeit des § 64 bejaht haben, eine „recht oberflächliche, unjuristische und schiefe Auffassung befeudet haben“. Sicherlich eine höchst einfache Art, eine gegnerische Ansicht zu belächeln. Und ein anderer Verteidiger versiegte sich, um die Tat Vorkarbis zu rechtfertigen, sogar dazu, die Autorität des Abgeordneten in Parallele zu stellen mit der Autorität des Königs!

Wenn somit die Verurteilung der Angeklagten an sich keinerlei Bedenken unterliegt, so werden allerdings darüber, ob die verhängte Strafe als angemessene Sühne der Delikte angesehen werden kann, die Meinungen weit auseinandergehen. Und in der Tat müssen die erkannten Strafen als überraschend und milde bezeichnet werden. Das gilt namentlich hinsichtlich der gegen den Anglisten Vorkardt festgesetzten. Von Seiten der Staatsanwaltschaft waren gegen Herrn Vorkardt wegen Hausfriedensbruchs drei Wochen, wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt gleichfalls drei Wochen Gefängnis, insgesamt fünf Wochen Gefängnis beantragt worden. Nach Lage des Falles wäre hier allerdings die Verhängung einer Gefängnisstrafe nicht bloß am Platze, sondern die einzig richtige Sühne der Straftaten gewesen.

Das Ansehen, das Herr Roman in militärischen Kreisen als patriotischer Jurist genießt, wird durch diese schändliche Kritik vielleicht noch gesteigert werden; aber sollte Herr Roman nicht lieber vor der Tür seiner eigenen Verwandtschaft lehren? Soviel wir wissen, hat sein Bruder aus Klatschsucht eine Reihe beleidigender Artikel verfaßt und ist deswegen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Nur der „königlichen Gnade“ verdankte er es, daß diese Strafe auf der Festung abgebläht werden durfte.

Ein Ideologe sondergleichen.

Herr Ernst Wassermann veröffentlicht in den „Münchener Neuen Nachrichten“ und anderen Blättern einen Artikel, in welchem er eine intensive Winterarbeit der nationalliberalen Partei ankündigt. Die politische Lage ist nach seiner Ansicht der Verarbeitung der Nationalliberalen recht günstig; denn in der Sozialdemokratie wie im Ultramontanismus sind starke Zersetzungsprozesse vorhanden, während im nationalliberalen Lager, im Grunde genommen, alles aufs schönste bestellt ist.

Von der Sozialdemokratie sagt Herr Wassermann:

„In der Sozialdemokratie kämpft der Revisionismus gegen die Marxsche Orthodoxie und die Streiter stehen sich haderfüllt gegenüber. In diesem Kampfe handelt es sich um die großen Prinzipien, Revolution oder Evolution. Freilich: Die Hoffnung auf einen Zerfall ist eine eitle oder wenigstens verfrüht. Im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien werden diese beiden Richtungen sich leicht einigen. Immerhin gibt dieser Kampf in der sozialdemokratischen Partei dem Liberalismus die Möglichkeit, in den der Sozialdemokratie verfallenen Massen scharfer mit seinen Kampfmitteln einzusetzen und darauf hinzuwirken, daß die allein seligmachende Lehre des Marxismus heute schon im eigenen Lager der Sozialdemokratie ihre heftigsten Gegner findet, und daß, da die Ausschließlichkeit der Verwirklichung des sozialen Evangeliums heute in den eigenen Reihen der Genossen erkannt ist, sich die Rückkehr der sozialdemokratischen Arbeiter auf den Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, auf den Boden des Programms der bürgerlichen Parteien, empfiehlt.“

Dagegen haben nach Herrn Wassermanns Meinung die Streitigkeiten in der nationalliberalen Partei nur minimale Bedeutung:

„In der Sozialdemokratie wie im Ultramontanismus sind starke Zersetzungsprozesse vorhanden. Man spricht so viel von den Streitigkeiten in der nationalliberalen Partei. Ich habe den Eindruck, daß diese Streitigkeiten sich in der Hauptsache auf das tatsächliche Gebiet beziehen, während nach der programmatischen Seite keine Gegensätze vorhanden sind, einige Eigenbrötlerei, die es in jeder Partei gibt, abgerechnet.“

Sächsische Freisinnige auf Wahlrechtsraub.

Die Freisinnigen in Plauen i. V. machen die geplante Stadtverordnetenwahlentziehung der Arbeiter und Kleinen Leute mit. Der Oberbürgermeister präsentiert anstelle des Listenwahlrechts ein fünfklassenwahlrecht, wonach den reichsten Wählern der Stadt ein achtmal größeres Stimmrecht eingeräumt ist, wie den minderbemittelten Bürgern. Die maßgebenden Ausschüsse haben dem Entwurf bereits zugestimmt, derselbe wird am 8. Oktober den Stadtverordneten zur Beratung vorgelegt werden. Es ist kein Zweifel, daß das vollständig sozialistenreine Stadtparlament trotz des wuchtigen Protestes der Arbeiter den Entziehungsentwurf mit großer Mehrheit annehmen wird. Bis jetzt hatte sich der Plauener Kommunalfreisinn als Gegner der Wahlrechtsänderung erklärt. Doch ihre zur Schau getragene Entrüstung war Heuchelei. Der freisinnige Stadtverordnete Rechtsanwalt Dr. Scheuffler hat einen anderen Entziehungsentwurf eingebracht, der den oberbürgermeisterlichen Entwurf noch übertrumpft. Und die zehn freisinnigen Stadtverordneten unterstützen nicht nur diesen Entwurf, sie haben auch an seiner Ausarbeitung Anteil genommen. Der Oberbürgermeister will die „besonders wertvollen Bürger“ nur in eine höhere Abteilung versetzen; die Freisinnigen hingegen wollen ihnen gleich ein Mehrstimmrecht geben. Bis drei Stimmen sollen die „herausgehobenen Bürger“ erhalten. Nach diesem freisinnigen Entwurf soll ein Mehrstimmrecht bekommen: „Wer über 50 Jahre alt oder verheiratet ist; wer über 15 Jahre Bürger der Stadt ist, ein städtisches Ehrenamt bekleidet oder sechs Jahre lang bekleidet hat, einen selbständigen Beruf ausübt, dabei ein Einkommen von mindestens 4000 M. hier versteuert oder 50 Personen als Angestellte oder Arbeiter beschäftigt; wer die Berechtigung zum Einjährigendienst hat und eine Stelle mit mindestens 2000 M. Jahreseinkommen bekleidet.“

Die Freisinnigen haben sich bis jetzt öffentlich als Verfechter des bestehenden gleichen Wahlrechts ausgespielt, dabei arbeiteten sie heimlich schon lange im Sinne des Oberbürgermeisters. An der Spitze des Plauener Kommunalfreisinn steht der Abgeordnete Oscar Günther.

Muzufriedenheit im deutschen Offizierskorps.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wendet sich ein „hoher Militär“, der vermutlich aus Tappert sein Namen verleiht, mit scharfen Worten gegen die Heeresverwaltung, weil sie nicht bereits zum 1. Oktober 1912 die sämtlichen bewilligten Maschinen-Gewehrkompanien aufgestellt hat. Der „hohe Militär“ schreibt:

„Das Erkennen und der Anmut ist deshalb in militärischen Kreisen groß, daß die Aufstellung der bewilligten Maschinen-Gewehrkompanien für den 1. Oktober unterbleibt und zur Verhängung anschließend offiziell mitgeteilt wird, daß ihre Aufstellung erst zum 1. Oktober 1913 erfolgen soll. Die Begründung ist echt bürokratisch, daß nämlich die Militärverwaltung „finanziell nicht gezwungen“ sei, diese Kompanien schon jetzt aufzustellen, sie könne damit sogar noch zwei bis drei Jahre warten! Das ist ein Stück Militärpolitik, die aufs schärfste und entschiedenste verurteilt werden muß.“

Dieser heftige Angriff aus Offizierskreisen darf um deswillen nicht unbeachtet bleiben, weil der Kriegsminister bisher

stets betonte, daß es bei deutschen Offizieren nicht Sitte sei, ihrem etwaigen Unmut sichtbaren Ausdruck zu geben. Sicher werden nicht alle Offiziere die Meinung des „hohen Militärs“ der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ teilen. Sie müßten nun das Recht haben, ihre gegenteilige Ansicht ebenfalls in der Presse zu vertreten. Daß sich die Offiziere nur um Maschinen-Gewehr kümmern, kann man nicht annehmen, es würden deshalb auch noch andere militärische Einrichtungen zum Gegenstand der öffentlichen Kritik unter den Offizieren gemacht werden können. Jedenfalls sollte es dem Kriegsminister zu denken geben, daß der Unmut mit seinen Maßnahmen in militärischen Kreisen so stark ist, daß ein „hoher Militär“ die Flucht in die Spalten der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ergreifen mußte.

Allerdings ist es auch möglich, daß das Scharfmacherblatt wieder einmal gestimmt hat und daß hinter dem anonymen „hohen Militär“ einige Progenypatrioten stehen, die gerne recht rasch Maschinen-Gewehr verlaufen möchten.

Wer wird Erzbischof von Köln?

Wie die „Völklinger Volksstimme“ meldet, soll der Abt Fidelis von Maria Laach, Freiherr v. Stöpingen auf Steilsingen, ein Badener, zum Erzbischof von Köln ausersehen sein. Die Nachricht ist deshalb beachtenswert, weil das genannte Regier Blatt das Organ des Bischofs Benzler ist und dieser der Vorgänger des Freiherrn v. Stöpingen als Abt des rheinischen Benediktinerklosters war.

Und sie stinken alle beide.

Trotzdem Geschickte und Geschorene sich im Reichstag, wenn es gilt, dem Volk neue Lasten aufzubürden, einträchtig zusammenfinden, belächeln sich doch ihre Blätter auf das hartnäckigste, indem die einen den anderen konfessionelle Verheerung, Intoleranz, Gewissenlosigkeit u. d. m. vorwerfen. Dabei ist jüngst der alljährliche „Germania“ wieder einmal ein förmlicher Reinfall passiert. Unter der Überschrift: „Wieder ein Beispiel protestantischer Intoleranz“ erzählte sie, daß sich auf der Nordseeinsel Amrum ein Secessionsrat Hiltmann befindet, das in einem Anbau für seine Pensionäre eine katholische Privatkapelle eingerichtet hat. Nun wird es von der „Germania“ als ein Zeichen von starker Intoleranz gewertet, daß „hier auf höhere Weisung hin nur die katholischen Gäste vom Secessionsrat Hiltmann dem Gottesdienst beizumohnen dürfen“. Andere mußten „direkt abgewiesen“ werden. Und voller Entrüstung schreibt die „Germania“: „Und das passiert heute noch im 20. Jahrhundert in der preussischen Provinz Schleswig-Holstein.“ Die „höhere Weisung“ war aber bedingt durch den Charakter der genannten Kapelle als Privatkapelle und ging aus von der — bischöflichen Behörde, die dem Pensionat das Recht verliehen hatte, ausschließlich für die eigenen Gäste eine Privatkapelle zu unterhalten.

Dernburg als Nachfolger Marschall v. Biebersteins?

Ein englisches Blatt läßt sich aus „einflussreichen Berliner Kreisen“ melden, daß Staatssekretär a. D. Dernburg zum deutschen Votschafter in London ausersehen sei. Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu: „Das Gerücht, daß Bernhard Dernburg für den Londoner Votschafterposten in Frage komme, wurde allerdings auch in Deutschland verbreitet. Die ganze Votschafterfrage scheint indessen bis zur Rückkehr des Kaisers aus Rominten vertagt zu sein.“

Das ganze Gerücht ist offenbar nicht mehr, als lediglich ein fauler Witz. Seine Freunde trauen ihrem Dernburg natürlich die Fähigkeit zu, jeden Voss zu bekriegen und zu tönnen, und sie sind es offenbar auch gewesen, die auf dem Umwege über London die Aufmerksamkeit auf den früheren Kolonial-Staatssekretär gelenkt haben.

Italien.

Ein Konflikt zwischen Regierung und Alerikalen.

Rom, den 30. September. Der Erzbischof von Genua wartet seit mehreren Wochen vergebens auf das Exequatur der Regierung, ohne das er sein Erzbistum nicht übernehmen kann. Als Grund der Weigerung der Regierung wird ganz offiziell die intransigente Politik des Erzbischofs angeführt, der zu einer Gruppe Venetianer Prälaten gehört, die dem Papst persönlich nahe steht und von einer Veröhnung mit dem italienischen Staat nichts wissen will. Man steht wohl nicht mit Unrecht in der heutigen Haltung der Regierung eines der ersten Anzeichen der Veröhnung vor einem liberalen Übergewicht bei den Wahlen. Das allgemeine Wahlrecht schließt so viel des Unbekannten ein, und die Regierung steht nur allzu deutlich, wie eifrig und systematisch die Alerikalen arbeiten. Der „Corriere della Sera“ erinnert daran, wie vor nunmehr dreißig Jahren unter dem Ministerium Depretis eine große Verschärfung der Feindseligkeiten zwischen Vatikan und italienischer Regierung eingetreten war. Der Ministerpräsident verweigerte damals systematisch jedem neuernannten Bischof das Exequatur, so daß mehrere Duzend Bischöfe vakant bleiben mußten. Damals war merkwürdigerweise der türkische Gesandte in Rom Vermittler und Friedensstifter zwischen Vatikan und Ministerium! Seitdem ist nun freilich manches anders geworden.

Amerika.

Kanada will auf eigenen Füßen stehen.

London, 2. Oktober. Die „Times“ meldet aus Toronto: Sir Wilfried Laurier erklärte in einer Rede in Cornwall (Ontario), daß die liberale Partei bei ihrer Flottenpolitik verharrt. Ihre Politik sei eine kanadische Politik und die Flotte eine kanadische Flotte, die Kanada gebaut, ausgerüstet und bemantelt habe und die unter der Kontrolle des kanadischen Parlaments und des Volkes stehe, aber bereit sei, wenn England je in Gefahr komme.

Aus der Partei.

Das Programm der reformistischen Partei Italiens.

Rom, den 28. September. (Fig. Ver.) In ihrer Nummer vom 20. September veröffentlicht die „Azione Socialista“ den Programmtext der reformistischen Partei, der aus der Feder des Abgeordneten Bonomi stammt. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die sozialistisch-reformistische Partei spiegelt die Idealtäten der Arbeiterklasse wider und unterstützt den von dieser für ihren Aufstieg gemachten Kraftaufwand, durch den die Arbeiterklasse als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und durch Handlungen bewussten Willens eine Gesellschaft ohne Klassen vorbereitet, in der die Mittel der Produktion und des Austausches zur Verfügung der Gesamtheit der Arbeiter stehen werden.“

Daher stellt sich die Partei die Aufgabe, das Bewußtsein dieser Endzwecke in der Arbeiterklasse zu verbreiten und dafür tätig zu sein, sie nach Berufsgruppen zu organisieren, um sie zu ihrem Kampfe zu führen, wobei die Partei Beziehungen zu den Zentralverbänden der organisierten Arbeiterklasse unterhält, ohne die Unabhängigkeit dieser Zentralverbände von jeder politischen Partei zu verkennen.

Auf politischem Gebiete macht sich die sozialistisch-reformistische Partei zur Aufgabe, die öffentliche Macht durch das Wahlrecht zu erobern, das das wirksamste Werkzeug darstellt — wenn der Widerstand reaktionärer Gewalt nicht andere Mittel notwendig macht — um die volle Souveränität der Arbeiterklasse durch die Beseitigung jedes wirtschaftlichen und politischen Privilegs herbeizuführen.

Dementsprechend läßt die sozialistisch-reformistische Partei, wie sie die Übernahme der Kommunalverwaltungen, die ihrer Natur nach in ihrem Wirken und in ihrem Umkreise beschränkt ist, gelten läßt, auch die Teilnahme an der Regierung gelten, unter der heutigen Verfassung, wenn das Interesse des Proletariats es heischt, um schrittweise den Staat zu erobern, dessen Bedeutung mit dem Wachsen des Festes und der Funktionen der Gesamtheit beständig zunimmt.

Bei der Formulierung der Programme für ihre sofortige Aktion, die den periodischen Parteitag obliegt, nimmt die sozialistisch-reformistische Partei die folgenden Grundsätze zur Richtschnur:

I. Die Reformen sind nicht das Ergebnis eines bloßen Strebens, sondern der Ausdruck des Kräfteverhältnisses der im Widerstreit stehenden Klassen und müssen deshalb gefordert werden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte der arbeitenden Klassen und zu den ihnen entgegenstehenden Widerständen, so daß sie das schwankende Gleichgewicht darstellen, das der Klassenkampf in gegebenen Momenten verwickelt.

II. Die Partei tritt der proletarischen Internationale bei und weiß sich die Aufgabe zu, das Bewußtsein der Solidarität der Völker zu verbreiten und zu erzielen. Dieser Beitritt entbehrt sie jedoch nicht der Pflicht, für die Verteidigung der nationalen Gesamtheit den tatsächlichen Bedingungen des internationalen Lebens Rechnung zu tragen, ohne darum das Vertrauen zu verlieren, daß das Übergewicht des Einflusses der Arbeiterklasse (il prevalere delle correnti operaie) in den größten Staaten die allgemeine und gleichzeitige Abklärung möglich machen wird.

III. Die Partei hat keinerlei Vorurteile gegenüber den demokratischen Parteien. Die Abstufung von ihnen oder die Annahme der Bündnistaktik wird von dem größeren oder geringeren Uebereinstimmen der entsprechenden Programme augenblicklicher Aktion abhängen. Die Abmachungen in bezug auf die Wahlen oder auf parlamentarischen Gebiet, die eine gemeinsame Opposition oder die Unterstützung eines konföderierten Regierungsprogramms zum Zweck haben, werden auf Grund der lokalen oder allgemeinen Zweckmäßigkeit und immer im Hinblick auf die Interessen der Arbeiterklassen beschlossen und widerrufen werden.

IV. Alle Arbeiterklasse wird die Gesamtheit der Kategorien von Arbeitern angezogen, die aus ihrer Arbeit ihre Existenzmittel ziehen. Daher müssen auch jene Schichten, die nicht unter dem Begriff der Lohnarbeiter fallen, sondern den Typus des selbstarbeitenden Kleingrundbesitzes nahe kommen oder ihn verwirklichen, die Partei unterstützen, sei es, um sie als konsumierende Schichten zu verteidigen, sei es, um ihre produktive Tätigkeit kooperativen Formen entgegenzuführen.

V. Alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen und moralischen Probleme des italienischen Lebens werden von der Partei unter den folgenden dreifachen Gesichtspunkten geprüft und diskutiert werden: in ihrer eigenen Befreiung, das heißt ihrer tatsächlichen Befreiung nach; in Beziehung zu den gegenwärtigen Interessen der arbeitenden Klassen; in Beziehung zu den Endzwecken, die sich die sozialistische Bewegung zu verwirklichen vornimmt. Jede andere Richtung, die etwa von opportunistischen Formeln abgeleitet wird, liegt der Partei fern, für die es keine Regerei gibt und die die freie Prüfung zuläßt.

Der Entwurf wird auf dem Parteitag von Rom in der zweiten Hälfte des November diskutiert werden.

Aus Industrie und Handel.

Balkanwirren und Börse.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan hat an allen Börsenplätzen einen starken Kurssturz von Industriepapieren und Anleihenwerten hervorgerufen. So stiegen an der Berliner Börse gegen den 30. September die 4-prozentige türkische Anleihe von 1008 um 2 Proz., die 4-prozentige amortis. serbische Rente um 6,10 Proz., die 6-prozentige bulgarische Goldanleihe um 4,50 Proz., die 4-prozentige amortis. rumänische Anleihe von 1890 um 1,9 Proz., die 5-prozentige griechische Rente um 5,10 Proz. Aber auch die Staatsrenten der westeuropäischen Staaten sind in Mitleidenschaft gezogen. Die deutschen, französischen, österreichischen und auch die englischen Staatspapiere sind gesunken. Am besten hielten sich die englischen Anleihen, von denen im laufenden Quartal 8 Millionen Pfund Sterling getilgt werden sollen. Nicht starke Einbußen erlitten auch Industrie- und Wertpapiere. So fielen von Montag auf Mittwoch die Aktien der Deutschen Bank um 7 Proz., der Discontogesellschaft um 6,95 Proz., der Kanadabahn um 6,25 Proz., der Hamburg-Amerika-Linie um 10 Proz., der Bodumer Gußhüttenwerke um 9,25 Proz., der Selskizhener Bergwerksgesellschaft um 13,50 Proz., der Rhönig A.-G. um 10 Proz. Noch stärker sind die Kursstürze am Kassaindustriemarkt. Das Publikum wird durch die politischen Vorgänge unruhig und wirft seinen Beschäftigung auf den Markt aus Angst vor schlechterer Beschäftigung der Industrie und späterer noch größerer Entwertung der Papiere. Ein Krieg auf dem Balkan, mit dem Deutschland in engen Handelsbeziehungen steht, würde allerdings die Hochkonjunkturbeschäftigung der Industrie abschwächen.

Aus der Frauenbewegung.

Aus einer Entbindungsanstalt.

Vor der Strafkammer in Köln stand der Arzt Dr. Paul Wong unter der Anklage der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung, bezogen in der von ihm geleiteten Privat-Entbindungsanstalt. Die erste der gestorbenen Wöchnerinnen war gemäß der Anklage in ein nicht desinfiziertes (!) Zimmer gebracht worden, worin zwei Stunden vorher die Leiche einer Wöchnerin gelegen hat; auch wurde sie auf der nämlichen Tragbahre befördert, mit der man kurz vorher die Leiche transportiert hatte. Drei Tage nach der Entbindung wurde die Frau wegen Kindbettfieber ins städtische Hospital gebracht, ohne daß Dr. Wong dort Mitteilung gemacht hatte; infolgedessen mußte die schwermütige Frau dort zunächst auf einem zugigen, kalten Stuhl, nachher in einem kalten, ungeheizten Zimmer des Hospitals zubringen, in dem erst nach Ankunft der Wöchnerin Feuer gemacht worden war. Die Frau ist in der Folge gestorben.

In dem zweiten Falle war eine Wöchnerin, die viel zu früh und krank ohne vorherige Untersuchung hinausgeführt worden war, nachher an Kindbettfieber schwer erkrankt.

Ein Junge, dessen Frau bei Dr. Wong an Wundrose gestorben ist, beklagte: Eine Wöchnerin habe ihm gesagt, in dem Zette seiner Frau habe zwei Tage vorher eine fieberkrante Frau gelegen. Eine Krankenschwester habe seiner Frau das entzündete Bein verbunden und dann in Nebenzimmer ihre Hände, ohne sie zu waschen, an dem zum allgemeinen Gebrauch der Wöchnerinnen bestimmten Handtuch abgeputzt. Die Schwester wurden so angestrengt, daß eine vor Ermüdung einfiel, als eine Wöchnerin in den letzten Tagen lag.

Wie festgestellt wurde, sind in der Anstalt innerhalb sechs-zehn Tagen acht Wöchnerinnen an Fiebererkrankungen erkrankt und vier davon gestorben. Was das bedeutet, möge man daran erkennen, daß in der Anstalt des Wöchnerinnenvereins zu Köln von den 788 im verflorenen Geschäftsjahre entbundenen Frauen nicht eine einzige gestorben ist. Bei Dr. Wong in zwei Wochen vier Tote, bei dem Verein im ganzen Jahre trotz 788 Entbindungen kein einziger Sterbefall!

Der Sachverständige Geh. Medizinal- und Regierungsrat Prof. Dr. Wislar (Wonn) gab ein vernichtendes Gutachten über Dr. Wongs Anstalt ab. Eine Reihe anderer Sachverständiger aber, deren Befundungen zum Teil einen höchst unbestimmten Eindruck machten, sagten günstig für den Angeklagten aus. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Das Gericht aber erkannte freisprechend (!), da es eine Schuld des Dr. Wong nicht für nachgewiesen hielt. Die Freisprechung erregt höchstes Befremden.

Gewerkschaftliches.

Polizeiwachtmeister als Sozialstatistiker.

Im amtlich vorgeschriebenen und abgestempelten Untertanenleben ist auch heute noch jeder Streik eine Auflehnung gegen natürliche und gottgewollte Verhältnisse, und Ausperrungen sind — die Folge davon. Es ist selbstverständlich, daß unter diesem Gesichtspunkte die deutsche Regierung ihre sogenannte amtliche Statistik über die Streiks und Ausperrungen durch die Polizei machen läßt. Das kaiserlich-statistische Amt darf dabei weiter nichts tun, als die durch die sozialstatistischeren Wachtmeister zusammengetragenen „Tatsachen“ verarbeiten. Mit welchem Erfolg, das zeigt uns eine Gegenüberstellung der Polizeiwachtmeisterstatistik mit der von der Generalkommission der freien Gewerkschaften durchgeführten alljährlichen Zusammenstellung der von ihr geführten Kämpfe. Daß bei einer Polizeibeamtensstatistik, die auf Angaben von Unternehmern beruht, die Arbeiter mit ihren Streiks so gut wie keine Erfolge haben, ist nicht nur verständlich, sondern auch kaum verwunderlich. Ueber die Unterschiede der beiden Statistiken in bezug auf diese Dinge wollen wir uns deswegen gar nicht erst aufhalten. Viel interessanter ist ja auch, die zahlenmäßigen Grundlagen der beiden Zusammenstellungen zu prüfen.

Ueber Zahl und Teilnehmer an Streiks und Ausperrungen in Deutschland im Jahre 1911 lagen die beiden Statistiken das Folgende:

Streiks und Ausperrungen in den Jahren 1906—1911		amtliche Statistik		freigewerkschaftliche Statistik	
Jahr	Kämpfe	Zahl der teilg. Kämpfe	Zahl der teilg. Kämpfe	+ oder -	+ oder -
1911:	2798	356 163	2914	+ 116	325 258
1910:	3228	389 909	3194	- 94	389 011
1909:	1652	119 849	2045	+ 393	131 244
1908:	1524	112 110	2052	+ 528	129 883
1907:	2512	278 897	2702	+ 290	281 030
1906:	3626	349 327	3490	- 146	316 042
1905:	2857	526 810	2828	- 334	507 690

Die Zahlen der freigewerkschaftlichen Statistik sind mit ganz wenigen Ausnahmen — 1910, 1906 und 1905 — erheblich höher als die der amtlichen, obwohl die letztere doch alle deutschen Streiks und Ausperrungen umfassen soll, während die erstere nur die der freigewerkschaftlichen Kämpfe zählt! Dazu kommt aber noch, daß z. B. 1911 die christlichen Gewerkschaften allein ohne andere Organisationen und ohne die gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführten Kämpfe 415 Streiks und Ausperrungen hatten. Das sind dann 3329 Kämpfe der freigewerkschaftlichen und der christlichen Organisationen, während die amtliche Statistik, die doch auch noch Kämpfe der Sächsischen Dunderfischen und anderer Organisationen, auch die unorganisierten Arbeiter umfassen muß, nur 2798 zählt!

Wie es hier mit der Zahl der Kämpfe steht, ist es natürlich auch mit den festgestellten Erfolgen und Misserfolgen. Auf dieser amtlichen Wachtmeisterstatistik baut der Minister des Innern, stellt Bethmann-Hollweg seine Reden zusammen, wenn sie im Reichstage gegen die „verderblichen Einflüsse der Gewerkschaften protestieren“. Mit solcher Schutzmannsstatistik werden die Forderungen nach Arbeitswilligensschutz, Zucht- hausgesetzen und ähnlichem begründet!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Dewitt u. Herz ist beendet. Deutscher Metallarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Mehlkutscher. Am Mittwochvormittag hat bereits eine Verhandlung zwischen den Mehlkutschern und der Streikleitung stattgefunden. Die Führer teilten mit, daß ihnen seitens der Mehlhändler keine Zugeständnisse gemacht worden sind, die jedoch keineswegs ausreichen, einen Mißfahrer zu stellen. Man verlautete auch jetzt wieder die Streikleitung zu bewegen, dafür einzutreten, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird und daß auch in Zukunft ohne Mißfahrer gefahren werden soll. Es soll den Kutschern durch Erhöhung des Lohnes ein Entgegenkommen gezeigt werden. Eine Verammlung der Streikenden nahm den Bericht entgegen und sagte nach eingehender Diskussion den Beschluß, nach wie vor an der gestellten Forderung auf Gewährung eines Mißfahrers festzuhalten. In der Verammlung wurde auch der unwahre Bericht, welchen die „Morgenpost“ über den Streik gebracht hat, mit Entschiedenheit besprochen. Dieser Bericht besagt: „Die Mehlkutscher fordern eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Sad Mehl, den sie befördern, und außerdem einen Mißfahrer, der beim Abtragen hilft. Ferner sollen Bestimmungen über etwaige Rantlos tariflich aufgenommen werden.“ Zur Steuer der Wahrheit sei hier noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß die Kutscher keine Lohnforderungen gestellt haben, sondern unter Verbeistaltung des alten Tarifs nur die Gewährung eines Mißfahrers verlangen. Es hat dann am Nachmittag noch eine weitere Verhandlung mit der gesamten Lohnkommission stattgefunden, die aber ebenfalls resultatlos verlaufen ist. Die Kutscher von der Firma Müller haben am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen, was von den Streikenden scharf verurteilt wurde. Es wird erwartet, daß die Betroffenen sich ihrer Solidarität wieder bewußt werden. Der Streik wird nach wie vor fortgesetzt.

Achtung, Kohrer! In Hannover sind die Kollegen bei den beiden dortigen Unternehmern in eine Lohnbewegung getreten. Die Unternehmern versuchen jetzt, Arbeitskräfte von Berlin heranzuziehen, um dadurch die Arbeiten fertigzustellen. Indem wir hierauf hinweisen, warnen wir die Kollegen in ihrem eigenen Interesse davor, Arbeitsangebote nach Hannover anzunehmen. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Zweigverein Berlin.

Der Streik in der Zuckerwarenfabrik von Seifert u. Haake, Riegmannstr. 21, dauert unverändert fort. Die Herren haben alle ihre Hoffnung auf den 1. Oktober gesetzt, wo die Mietzahlung die Arbeiter mürbe machen sollte. Die Hoffnung ist zu Wasser geworden, denn der Verband hat Mietsentschädigung gezahlt und ist nach seinem Vermögensstande in der Lage gewesen, höhere als die statutenmäßigen Unterstützungen zu zahlen und wird dies in erhöhtem Maße — wenn es sein muß, noch recht lange — auch in Zukunft tun. Deshalb stehen die Arbeiter mustergültig fest. Ertrag hat die Firma trotz aller Bemühungen und polizeilicher Hilfe fast gar nicht schaffen können. In der nächsten Woche werden die besten Arbeiter anderweitig Stellung nehmen, wenn Aussicht auf Einigung umwägbar ist. Die Saison und damit der Bedarf an Arbeitern sehr jetzt wohl ein. Zwar suchen einzelne Fabrikanten noch jetzt Zutrittsdienste zu betreiben, wie folgende Zuschrift beweist:

Herren R. R.
Bei uns ist nichts frei. Aber wenden Sie sich doch an die Firma Seifert u. Haake. Dieselben suchen Laboranten.
Hochachtung
Verdameister u. Regdorf.

Genügt hat das selbstverständlich nichts.
Die Rundschau der Firma Seifert u. Haake hat, obgleich ein Woplot über die Firma nicht verbannt ist, der Firma in Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Reußstr. Inseratenteil verantw.: 24. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter.

ziemlich reichlicher Anzahl den Rücken gelehrt. Die Besetzungen sollen um circa 50 Proz. nachgelassen haben. Wie uns mitgeteilt wird, will ein großer Abnehmer, wenn nicht bald eine Einigung erfolgt, neue Abkäufer mit der Firma nicht mehr tätigen. Die Streikenden können die Entwicklung der Dinge deshalb gelassen abwarten.

Brauereiarbeiter! Fahrpersonal in den Lagerbierbrauereien Groß-Berlins!

Wir machen hiermit die Kollegen vom Fahrpersonal darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 6. Oktober er., der § 8 unter B des laufenden Vertrags („Besondere Bestimmungen für das Fahrpersonal“) wieder Geltung erlangt, wonach während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April kein Bier ausgefahren wird. Wir ersuchen unsere Kollegen, Aufforderungen zum Bierausfahren in dieser Zeit unter Hinweis auf den Tarifvertrag ruhig aber bestimmt abzulehnen, uns aber in jedem Falle Meldung zu erstatten.

Wir wollen hier feststellen, daß an den letzten Sonntagen einige Fälle zu verzeichnen waren, in denen leider über die vorgeschriebene Zeit hinaus gearbeitet werden mußte respektive Arbeit verlangt wurde, obgleich die Brauereien hierzu kein Recht hatten. Die mit so vielen Mühen errungene Sonntagruhe des Fahrpersonals wurde also durchbrochen.

Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband.
Der Obmann der Gruppe des Fahrpersonals.

Deutsches Reich.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung. Von der Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt, daß die Finsterwalder Tabakarbeitergewungen waren, angesichts der sich seit Einführung der Wertsteuer immer mehr und mehr verschlechternden Arbeitsverhältnisse ihren Arbeitgebern eine Lohnforderung zu unterbreiten. Diefelbe ist den Herren Fabrikanten am 2. Oktober zugestellt worden. Der Zugang von Tabakarbeitern ist infolgedessen von Finsterwalde fernzuhalten. Alle Anfragen von Interessenten, Händlern usw. über den Stand der Lohnbewegung sind entweder an den Gauleiter des Verbandes Max Kiesel, Reinickendorfer-Str. 81, oder an den Obmann der Lohnkommission der Finsterwalder Tabakarbeiter Paul Zirkel, daselbst, Bismarckstr. 13b, zu richten.

Ausland.

Der Konflikt in der Glashütte zu Albi.

Die Arbeiter der Genossenschaftsglashütte in Albi haben die Wiederaufnahme der Arbeit mit großer Mehrheit beschlossen für den Fall, daß der Ausschicht sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklären sollte.

Die spanischen Eisenbahner.

Der Ausbruch des allgemeinen Streiks der spanischen Eisenbahner kann nur noch durch die Erfüllung ihrer Forderungen verhindert werden. Da das spanische Gesetz eine Frist von acht Tagen festsetzt, die zwischen der Beschließung eines Streiks und seinem tatsächlichen Ausbruch liegen muß, und da die Eisenbahnerorganisation entschlossen ist, den Kampf, soweit es nur irgendwie geht, „geschiedlich“ zu führen, so ist die Möglichkeit immer noch vorhanden, daß die Regierung den Gesellschaften das Recht gibt, die Tarife zu erhöhen und die Gesellschaften darauf, wie sie es versprochen haben, die Forderungen der Arbeiter erfüllen. Die Regierung und die Gesellschaften wissen, daß es die stärkste Arbeiterorganisation ist, mit der sie zu rechnen haben.

Drei Jahre nur haben die spanischen Eisenbahner gebraucht, um aus ihrer Gewerkschaft die wichtigste Organisation Spaniens zu machen. Versuche, die Eisenbahner zu organisieren, sind schon sehr früh zu verzeichnen. Die ersten Organisationen und Streiks datieren aus der Zeit der ersten „Arbeiterinternationale“, die vor vierzig Jahren eine außerordentlich große Rolle in Spanien spielte. Die Befolgung einer mit den anarchistischen Grundgedanken Bakunins übereinstimmenden Taktik hat dazu beigetragen, daß die Organisationen der Eisenbahner, wie die anderer Berufe, nicht lebensfähig blieben. Die Anarchisten haben immer und immer wieder Organisationsexperimente gemacht, zum letzten Mal in Katalonien im Jahre 1906, aber ohne Erfolg. Erst der im Jahre 1909 geschaffenen neuen Organisation, zu der die Madrider Eisenbahner den Anstoß gaben, und deren Leitung Genosse Vicente Barrio, der Vorsitzende der Generalkommission der spanischen Gewerkschaften, übernahm, gelang es rasch, die Mehrheit der Eisenbahner zu gewinnen. Das Wachstum des neuen Verbandes ist geradezu märchenhaft. 770 Mitglieder zählte er am 1. Mai 1909, 4417 im Jahre 1910, 24 226 im Jahre 1911, über 55 000 am 1. Mai 1912. Und heute sind ihm gegen 70 000 angeschlossen. Fast 80 Proz. aller spanischen Eisenbahner sind darin organisiert. Die neue Organisation, die sich „La Union Ferroviaria, Sociadad del Personal de Ferrocarriles de España“ nennt, schuf sich auch sofort ein Organ, das den gleichen Namen trägt und dessen Redaktion ebenfalls Vicente Barrio übernahm. Alle bekanntesten sozialistischen Schriftsteller arbeiten mit und eine große Anzahl von Eisenbahnern, die allerdings ihren Namen durch irgendeine Ziffer ersetzen müssen, um den Verfolgungen zu entgehen. Da die Nummern anfangs gratis verteilt wurden und nur ein kleines „Kapital“ zur Verfügung stand, das durch die freiwilligen Beiträge einer Anzahl von Eisenbahnern der Madrid-Baragozza-Alicante-Linie zusammengebracht worden war, mußten große finanzielle Schwierigkeiten überwunden werden. Das erstaunlich rasche Ausfüllen der Organisation half darüber weg. Heute ist das Leben des Blattes ebenso gesichert, wie das der Organisation. Die Verbandsleitung hat es für richtig gehalten, in den drei Anfängerjahren keine öffentlichen Kongresse zu veranstalten. Im Juni dieses Jahres fand der erste in Madrid statt. Die Debatten, welche auf diesem Kongress geführt wurden, und die Beschlüsse, die zur Annahme gelangten, zeigten, daß ein neuer, mächtiger Faktor in der spanischen Arbeiterbewegung endgültig seinen Platz beanspruchte. 120 Delegierte vertraten 60 000 Organisierte. Es wurde beschlossen, die bestehenden lokalen Organisationen durch Syndikate zu ersetzen, die sich nach den einzelnen Eisenbahngesellschaften richten. Die Verschiedenheiten zwischen den Arbeitsbedingungen der zahllosen spanischen Gesellschaften sind so groß, daß die Reorganisation im Sinne dieses Beschlusses einen wesentlichen Fortschritt bedeutete für die Aktionsfähigkeit der Organisation. Als Hauptforderungen wurden aufgestellt: der Achtstundentag für die Werkstätten- und Streckenarbeiter; der Reunionsentgelt für die Zugbeamten mit einer 50-prozentigen Prämie für Überstunden; die Erhöhung aller Löhne um 25 Proz.; die Einführung eines obligatorischen Untersuchungsverfahrens gegen Angestellte, die entlassen werden sollen; die fakultative Altersversicherung für alle, die das fünfzigste Jahr überschritten haben; die Festsetzung der Versicherungssumme auf die Hälfte des Gehalts nach 25-jähriger, auf 75 Proz. nach 30-jähriger und auf 80 Proz. nach 35-jähriger Dienstzeit; zweijährige Beförderung; Freifahrt auf sämtlichen Bahnwegen und 20 Tage Ferien pro Jahr.

Der Kongress beschloß außerdem, daß das Verbandsorgan von nun an wöchentlich erscheinen sollte, wofür die Mitglieder einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 75 Centimos zu zahlen haben. Und endlich hieß der Kongress einstimmig den in Wirklichkeit seit einem Jahr schon erfolgten Eintritt in die „Union General de los Trabajadores“, in den Allgemeinen Arbeiterverband, gut. Nichts hat jedoch die Reife der Organisation so klar gezeigt, wie die zur Regelung der Streitaktien gefassten Beschlüsse. Die starke Mehrheit des Kongresses lehnte es ab, ein festes Datum für die Einbringung der Forderungen festzusetzen. Ehe es zur Erklärung eines Streiks kommt, müssen alle Sektionen um ihre Meinung befragt werden. (Und diese Bestimmung ist jetzt zum ersten Mal durchgeführt worden.) Als „reglementar“ werden nur jene Streiks betrachtet, die von Sektionen erklärt wurden, denen mindestens 75 Proz. der Arbeiter angehören, von denen zwei Drittel für den Streik stimmen und deren Kasse einen Widerstandsfonds für zwei Wochen aufweist; sind diese Bedingungen erfüllt, dann haben die betreffenden Sektionen Anspruch auf Unterstützung durch den Nationalverband.

Nun steht es zwar fest, daß der Streik von der Madrider Verbandsleitung jetzt noch nicht gewünscht wurde und daß es die von

feher unruhigen und undisziplinierteren Eisenbahner Kataloniens waren, die seinen Ausbruch beschleunigten. Gewisse Nachrichten der französischen syndikalistisch-anarchistischen Presse lassen erkennen, daß gewisse Elemente in Katalonien dem Zentralkomitee in Madrid gegen „einen Streik spielen“ möchten und es ist bezeichnend, daß der frühere Sekretär der anarchistischen Gewerkschaftszentrale Spaniens, Triguez, in der Pariser „Bataille Syndicaliste“ den Genossen Vicente Barrio und „die anderen sozialistischen Politiker“ ohne weiteres beschuldigt, daß sie gegen den Streik und die Interessen der Arbeiter tätig seien. In Wirklichkeit sind alle Vorsichtsmaßregeln, die von dem Madrider Zentralkomitee getroffen wurden, die genaue Ausführung der von dem Junifongress angenommenen Statuten. Alles weist darauf hin, daß die Zentralleitung alle Fäden vorläufig in der Hand hat und verhalten wird, daß eine anarchistische Taktik, die der Regierung und den Gesellschaften nur gefallen könnte, zur Anwendung gelangt. Selbst in der katalonischen Hauptstadt, in Barcelona, hat sich die Organisation bisher von den fieberhaft tätigen Anarchisten nicht verwirren lassen. Die Regierung hat sich einseitig ziemlich zurückhaltend benommen. Schon im Mai dieses Jahres, als auf den andalusischen Bahnen ein Streik ausbrach (der mit einem völligen Sieg der Arbeiter endete), hatte Canalejas sich geweigert, Ausnahmemassregeln zu treffen. Das spanische Gesetz erkennt den Eisenbahner ausdrücklich das Streikrecht zu. Allerdings ist es inzwischen bekannt geworden, daß kurz vor dem Junifongress, als dessen sofortiges Resultat die Regierung den Generalstreik befürchtete, im Ministerrat darüber beraten wurde, ob man dem Beispiel, das Brind in der Republik Frankreich gegeben hatte, indem er die Eisenbahner militarisieren, nicht folgen sollte. Die spanische Regierung scheint einseitig von dieser brutalen Gesetzesverletzung abgesehen zu haben. Die konservative und ein Teil der liberalen Presse Spaniens fordert natürlich den Ministerpräsidenten auf, vor nichts zurückzutreten, so daß bei einem wirklichen Ausbruch des Generalstreiks Canalejas im Ministerrat überstimmt werden könnte, wenn der König nicht etwa Angst hat vor den eventuellen revolutionären Folgen eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Eisenbahner. Die Masse der Bevölkerung steht zweifellos auf Seiten der Arbeiter. Den elenden Löhnen der Eisenbahner (die durchschnittlich 20—40 Pfennig für die Bahnwächter als Minimum, und 5—6 W. als Maximum für die Lokomotivführer nach 10 bis 30-jähriger Dienstzeit betragen, bei einem Arbeitstag von 10—18 Stunden) stehen die Reinküberschüsse der Gesellschaften gegenüber, die z. B. im Jahre 1908 für die Madrid-Baragozza-Alicante-Gesellschaft 60 Millionen Pesetas und für die Nordbahn 73 1/2 Millionen betragen.

Die spanische Regierung hat eine hervorragende Gelegenheit, ihre „Waterlandsche“ zu zeigen, indem sie sich für die Rechte der spanischen Arbeiter einsetzt gegen die zum größten Teil ausländischen Kapitalisten, in deren Händen sich die Bahnnetze befinden.

Die Angestellten der Bahnlinie Montesa-Berga-Guardiola sind in den Aushand getreten. Alle Bahnhöfe stehen verlassen. Die Ortsbehörden weigerten sich, die Bahnhöfe besetzen zu lassen.

Letzte Nachrichten.

Die Balkankrise.

Die Stimmung in der Türkei.

Konstantinopel, 2. Oktober. (W. Z. B.) Die gesamte türkische Presse betrachtet die Lage mit Ruhe und Selbstsicherheit und ist siegesfreudig gestimmt. Alle Blätter appellieren an die Osmanen, einträchtig zu sein, und fordern sie auf, die Parteienunterschiede fallen zu lassen. In diesem Sinne spricht insbesondere auch der „Tanin“, wobei er gleichwohl die Regierung für die Lüge im Innern verantwortlich macht, die die Balkanländer ermuntert habe. „Jeni Gazette“ bestätigt, daß die Porte für den Augenblick beschlossen habe, sich in der Defensive zu halten. Ein Kabinettsmitglied erklärte einem Vertreter der „Sabah“, es bestehe wohl ein serbisch-bulgarischer und bulgarisch-montenegrinischer Allianzvertrag, aber kein derartiger Vertrag zwischen Serbien und Montenegro. Auch Griechenland habe keinen solchen Vertrag unterzeichnet und scheine in letzter Stunde durch die öffentliche Volksmeinung mitgezogen worden zu sein. Der Minister gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß keine Großmacht den Krieg wünsche und erklärte, die Spannung würde aufhören, wenn die Balkanvölker abrüsteten. Der Kommandant der Dardanellen ist hierher zurückgekehrt.

Bildung eines bulgarischen Freiwilligenkorps.

Sofia, 2. Oktober. (W. Z. B.) Die Mazedonisch-Adrianopeler Gesellschaft hat die Initiative zur Bildung einer Freiwilligenlegion ergriffen, deren Stärke wahrscheinlich die Zahl von 20 000 Mann überschreiten dürfte. Die Anwerbungen haben bereits begonnen. Die Schüler der letzten Klasse der Militärakademie wurden zu Unterleutnants, die der vorletzten Klasse zu Unteroffizieren befördert.

Beschlagnahme türkischer Kriegskonterbande.

Belgrad, 2. Oktober. (W. Z. B.) Den Blättern zufolge ist von der serbischen Staatsbahnverwaltung eine für die Türkei bestimmte Sendung von Kriegsmaterial im Belgrader Bahnhof angehalten worden.

Kleine Schifanen.

Athen, 2. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Ein griechischer Dampfer, der mit einem türkischen Einschiffpaß für die Dardanellen versehen war, wurde an der Rückkehr verhindert unter dem Vorwand, daß er keinen Paß für den Ausgang habe. Dieses Vorgehen der türkischen Behörden hat hier tiefen Eindruck gemacht.

Der Entscheidungstag.

Wien, 2. Oktober. (V. G.) Aus Sofia wird gemeldet, daß am 5. Oktober sowohl in Sofia die Sobranje, in Belgrad die Skupstschina sowie in Athen die griechische Kammer zu Geheimnissen zusammenzutreten werden, in denen voraussichtlich die Kriegserklärung an die Türkei beschlossen werden wird.

Ein eruster Vorfall.

Mexiko, 2. Oktober. (W. Z. B.) Die Rebellen haben den amerikanischen Vizekonsul McCaah in Durango ermordet.

Millionenprojekte des hamburgischen Staats.

Hamburg, 2. Oktober. (W. Z. B.) Die Bürgerschaft hat den für die Erweiterung des neuen Hafens in Cuxhaven geforderten Betrag von 9 160 000 Mark ohne Debatte einstimmig bewilligt. Ebenso wurde der Senatsantrag betreffend die Erweiterung des Stadthauses (Polizeigebäudes), deren Kosten auf rund eine Million veranschlagt werden, genehmigt.

Übersichtskarte zum Balkankonflikt.



Die obestehende Karte gibt unseren Lesern ein Bild von der gegenwärtigen Staateneinteilung auf dem Balkan. Außerdem läßt sich erkennen, welche Landesteile von den einzelnen Balkanländern zum Opfer ihrer Eroberungslust aussersehen sind.

Kleines feuilleton.

Der Mann ohne Wagen. Es sind einige Jahre vergangen, seit der Schweizer Chirurg Professor Schlatterer zum erstenmal das lädne Wagnis unternahm, einem Krebskranken den ganzen Wagen auszuschnitten...

Unterwäsche aus Papier. Man weiß, daß der Automobilport und das Flugwesen eine neue Kleiderindustrie entstehen ließen, die nur vom Sporne lebt und in den letzten Jahren eine stattliche Entwicklung durchlaufen konnte.

Jahren hat sich in Frankreich in aller Stille eine eigenartige neue Industrie herausgebildet, die davon lebt, den Sportleuten Unterwäsche — aus Papier zu liefern.

Theater.

Deutsches Schauspielhaus „Gläubiger“: „Mit dem Feuer spielen“ von August Strindberg. Es war der vierte Strindberg-Abend seit Beginn der Saison.

Grunewald und Charlottenburger Wasserwerke A.-G.

Trockenlegung des Grunewalds.

Die Frage des Ankaufs fiskalischer Waldflächen durch den Verband Groß-Berlin beschäftigt die öffentliche Meinung in immer steigendem Maße, seit die Verhandlungen mit den beteiligten Staatsbehörden in Fluß gekommen sind.

Bei den bisherigen Verhandlungen handelte es sich in erster Linie um die Auswahl der zu erwerbenden fiskalischen Flächen, also um eine vergleichsweise einfache Frage.

Wären nicht bei uns in Preußen durch die jahrzehntelang betriebene einseitig agrarisch-fiskalische Politik alle Begriffe korumpiert und auf den Kopf gestellt, so würde kein Mensch verstehen, daß diese Preisfestsetzung Schwierigkeiten begegnen könnte.

Gegen die vom Forstfiskus verlangten ungeheuerlichen Preise hat sich nun neuerdings in der Groß-Berliner Bevölkerung wie in der Presse aller Parteien eine Agitation erhoben.

Neuerdings sind nun Verhältnisse zutage getreten und Tatsachen bekannt geworden, die das Verhalten des Forstfiskus in noch eigenartigerem Lichte als bisher erscheinen lassen.

Ihr Weist, ihre angestaunte Tiefe ist nichts als künstlich suggerierter Schein. „Zieh ihr Hosen an, zeichne mit der Kohle ihr einen Schnurrebart unter ihre Nase, und höre dann ernüchterten Sinnes nach, so wirft Du Dich überzeugen, wie ganz anders das klingt.“

Viel stärker interessierte die Komödie „Mit dem Feuer spielen“. Ein Weibchen, das sich an der Seite ihres gutmütig spöttischen Hausherrn langweilt, wirft ihre Reize nach einem eben erst aus dem Gefängnis einer unglücklichen Ehe entlassenen Manne aus.

dem vorliegenden Landschaftsbilde so eigenartigen, urwüchsigem und malerischen Reiz verleihen, sowie für die Erhaltung des Waldbestandes.

Die bedeutungsvolle die Seenketten des Grunewaldes sowohl in landschaftlicher, wie in geologischer, botanischer und zoologischer, sozialer und pädagogischer Hinsicht sind, hat auch der staatliche Kommissar für Naturdenkmalspflege, Professor Conwentz, in einem Gutachten an die Staatsbehörden über die Wichtigkeit der Erhaltung der Grunewaldseen (vom Nikolassee bis zum Hundehelmssee) ist nun seit Jahren im Sinken. Ein Vergleich der Höhenmessungen zeigt, daß die Senkung des Wasserspiegels der Seen zumimmt, je näher sie den Schöpfstellen der Charlottenburger Wasserwerke (Nikolassee und Schlödensee) liegen.

Dieser Tatbestand deckt sich mit dem Gutachten, das Professor Reithard, der Königl. Preuss. Landesgeologe, über die Ursache der Spiegelabsenkungen dieser Seen abgegeben hat. Prof. Reithard kommt zu dem Ergebnis, daß eine natürliche Senkung des Wasserspiegels nicht vorliegt, sondern daß diese Senkung auf künstliche Einwirkungen, und zwar in erster Reihe auf die Einwirkung des Betriebes der Charlottenburger Wasserwerke auf den Wasserbestand der gesamten Umgebung zurückzuführen sei.

Diese große Aktiengesellschaft, die den größten Teil der westlichen und auch schon einige östliche Vorortgemeinden Berlins mit Wasser versorgt, liefert ausgedehnt eine tägliche Menge von 60 000 000 Liter Wasser. Diese enormen Quantitäten werden zum großen Teil nicht etwa direkt oder indirekt der Havel, sondern dem Grundwasser der östlich vom Wannsee belegenen Gelände entnommen.

Die Gesellschaft ist in der angenehmen Lage, sich jede Vergrößerung ihres Betriebes ohne besondere Mühe und Kosten leisten zu können, hat ihr doch der Fiskus die Grundgerechtigkeit für das gesamte Gebiet des Grunewaldes für ewige Zeiten verkauft. Die Gesellschaft hat damit vom Fiskus für ewige Zeiten das ausschließliche Recht erhalten, aus dem großen Havelgebiet zwischen Heerstraße und Beelitzhof soviel Wasser zu schöpfen, wie ihr beliebt, d. h. wie überhaupt herauszuholen ist. Der Preis für diese ungeheuerliche Konzession soll noch nicht eine Million Mark betragen haben! Es wird eine der Aufgaben unserer Vertreter im Abgeordnetenhaus sein, von der Fortverwaltung Aufklärung über diese Verhältnisse und, wenn möglich, Vorlegung der Verträge zu verlangen.

Man braucht darüber kein Wort zu verlieren, daß die Beschaffung einwandfreien Wassers eine der ersten Forderungen jeglicher Hygiene bildet. Aber die Frage ist doch, wozu, um dieses Ziel zu erreichen, einer privaten Erwerbsgesellschaft, von dem Spottpreis ganz zu schweigen, dauernd Monopolrechte verliehen werden, die in der erheblichsten Weise andere wichtige hygienische Bedürfnisse von Millionen und aber Millionen Menschen beeinträchtigen? Die Frage muß glatt verneint werden, selbst in Berücksichtigung des Umstandes, daß der Verkauf der Grundgerechtigkeit schon längere Zeit zurückliegt.

Infolge der Kurzichtigkeit der bürgerlichen Gemeindevertretungen ist es der Gesellschaft ferner geglückt, auch mit den einzelnen Abnehmern Löwenverträge, bei denen alles Licht auf ihrer Seite liegt, zu schließen. Um nur einige der größeren Gemeinden zu nennen, läuft der Vertrag mit Schönberg und Friedowen bis 1920, mit Groß-Lichterfelde und Tempelhof bis 1930, mit Wilmersdorf bis 1941, mit Zehlendorf und Kottbus bis 1950, mit der Gemeinde Grunewald bis 1960, mit Rixdorf und Schmaragdort bis 1967, mit Nikolassee bis 2000! Viele Gemeinden, darunter große Städte, sind also noch für Menschenalter hinaus an die Gesellschaft gefesselt. Aber selbst, wenn diese Verträge dereinst abgelöst sein sollten, werden die Gemeinden kaum oder nur unter

Humor und Satire.

Ein Triumph der Diplomatie.

Das Friedensinstrument soll die Empfindlichkeiten beider Teile nach Möglichkeit schonen und wird dementsprechend folgenden Wortlaut haben:

Tripolis wird eine italienische Provinz unter türkischer Oberhoheit. Die Cyrenaika wird eine türkische Provinz unter italienischer Oberhoheit. Beide Provinzen verbleiben unter der Herrschaft des Sultans, der in dieser Eigenschaft den Titel „Vittorio Emanuele Khalif von Rom“ annimmt.

Die dort stationierten Truppen stellen unter dem Befehle des türkischen Kriegeministers, der seine Instruktionen vom italienischen Papst empfangt.

Das vorzüglich erlassene Annergionsdekret der italienischen Kammer wird dadurch außer Kraft gesetzt, dergestalt, daß es auf ewige Zeiten in Gültigkeit bleibt.

Die italienische Garnison in Tripolis tritt zum Mohammedanismus über und pilgert jedes Jahr zum Gewehrappell nach Mekka. Zum Zeichen, daß Italien den Krieg siegreich überstanden, zahlt es an die Türkei eine Kriegsmisshandlung, die als eine Hypothek auf die Dase Samitiana eingetragen wird.

Beide Mächte verpflichten sich, den Bewohnern der Provinzen Tripolis und Cyrenaika vom dorthin vertriebenen Besitz nichts mitzutun. (Lustige Blätter.)

Notizen.

— **Künstler-Illustrationen.** Die Kunstzeitschrift „Kunst und Künstler“ (Verlag Bruno Cassirer) bringt fortan einige Male im Jahre literarische Beiträge, die von unseren besten Zeichnern illustriert werden. Die Illustrationen erscheinen als Original-Lithographien, Radierungen oder Holzschnitte.

— **Theaterchronik.** Im Theater am Rollendisplay tritt Hel. Rose Wagisch als Engagement als Euridice in „Orpheus in der Unterwelt“ am Freitag an. Die Vorstellung dirigiert Kapellmeister Viktor Schwarz.

— **Freiheitskriege und — Kolonialpflanzen.** Welche alligen Zusammenstellungen patriotische Veranstaltungen manchmal treffen müssen, um Geschäfte zu machen, zeigt ein Zirkular der Breslauer Geschäftsstelle für die Jahrbundertfeier der Freiheitskriege. Man will auf dieser Ausstellung lebende tropische Pflanzen vorführen und in einem Palmenhain deutsch-kolonialen Kaffee auskochen.

— **Zeitungskritiken sind nicht maßgebend.** Die Berliner Anstalt für Aufführungsrecht verklagte das Bonner Stadt-Theater auf Schadenersatz, da es das von ihm bezogene Drama „Gudrun von Harde“ mangelhaft dargestellt und dadurch einen Mißerfolg herbeigeführt habe. Sie berief sich dabei auf eine Kritik des „Bonner General-Anzeiger“, in der es u. a. hieß: „Wo man hätte weinen müssen, habe auf der Bühne der Zug angefangen.“ Das Berliner Landgericht 1 wies die Klage ab. In dem Urteil wird gesagt: „Daß eine Aufführung nicht würdig gewesen sei, kann die Klägerin nicht durch Vorlegung einer Kritik erweisen. Niemand ist gehindert, Kritiken zu schreiben, den Nachweis einer literarischen Bildung und Befähigung braucht er nicht zu führen, die Zeitung ist nicht behindert, Rezensionen von Reuten aufzunehmen, deren Bildungsgang sie in keiner Weise zu dem Anspruch berechtigt, namens der Allgemeinheit in den Zeitungen zur Kritik von Aufführungen und Dichtungen das Wort zu ergreifen.“

Leider die Befähigung der preussischen Richter zu allem möglichem besteht sicher kein Zweifel.

großen Opfern sich von der Herrschaft der Gesellschaft befreien können, weil ja die Gesellschaft vom Fiskus um ein Pauschalgeld dauernd das Recht erworben hat, aus dem besten und nächstliegenden wasserführenden Gelände das Wasser zu schöpfen. Auch hier zeigt sich also gleiche Bild, das z. B. die Berliner Stadtverwaltung aus den Verhandlungen mit der Großen Berliner Strohenbahn noch in so trauriger Erinnerung hält, daß nämlich die Position mächtiger privater Monopolgesellschaften durch die Regierung zuungunsten der Gemeinden noch gestärkt und gehoben wird.

Die Aktionäre der Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit wohl nicht wissen werden, wie und wo Wasser geschöpft und wohin es geleitet wird, sind die einzigen, die mit diesem Stand der Dinge zufrieden sein dürfen. Die Gesellschaft, deren Aktienkapital jetzt 30 Millionen Mark beträgt, konnte nach den ersten zwei ertragslosen Jahren ihren Aktionären bereits im Jahre 1882 4 1/2 Proz. Dividende zahlen. Diese Biffer stieg stetig, bis im Jahre 1906 17 Proz. Dividende erreicht wurden. Seit 1907 bis 1911 sind 12 bzw. 14 Proz. Dividende zur Ausschüttung gelangt. Dazu kamen jedes Jahr große Abschreibungen, Sonderzulagen, 7 1/2 Proz. Zantime an die wenigen viel geplagten Aufsichtsratsmitglieder usw. Der Aufwärtsbewegung der Dividenden entspricht natürlich der Kurs der Aktien, die jetzt 201 stehen.

Gegenüber solchen geradezu glänzenden finanziellen Ergebnissen spielen für die Aktionäre und die Herren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder die Erwägungen natürlich keine Rolle, daß durch ihren stets intensiver gesteuerten Betrieb Millionen von Menschen unerfessliche Naturschätze geraubt und einige der wenigen vorhandenen Erholungsstätten verunreinigt werden. Um so mehr Verpflichtung hätte aber die heutige Regierung, ihren ganzen Einfluß auf die Gesellschaft wirken zu lassen!

Die Grunewaldseen, diese einzigartige Naturschönheit, sind dem Untergang geweiht, sofern von der Gesellschaft nicht in letzter Stunde noch durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Dafür liegt aber zunächst wenig oder keine Hoffnung vor. Die großmächtige Gesellschaft pocht auf ihren Schein und lehnt hochmütig jedes ihr nicht passende, d. h. größere Opfer heischende Vorgehen ab. Um vollkommen unumschränkt schalten zu können, hat die Gesellschaft neuerdings die drei Seen, die bisher noch nicht in ihrem Besitz waren, Schlödensee, Krumme Lante, Niemeisersee, angekauft, so daß sie jetzt die Herrin aller Grunewaldseen ist. Diese Herrschaft hat sofort auch äußerlich sichtbaren Ausdruck gewonnen. Wohl um die Gefühle der Grunewaldbesucher zu schonen und ihnen den so überaus traurigen Anblick der langsam, aber ständig dahin stehenden Seen zu ersparen, hat die Gesellschaft seit kurzem alle Seen in weiterem Umfange mit einem Stacheldrahtzaun umgeben lassen, so daß diese schönsten Punkte des Grunewaldes für die Groß-Berliner Bevölkerung überhaupt nicht mehr zugänglich sind!

Aber nicht nur die Grunewaldseen sind oder werden zerstört. Die Wasserwerke mit ihrem von Jahr zu Jahr steigenden Betrieb bilden zugleich eine schwere Gefahr für die Erhaltung des Waldbestandes. Tag um Tag werden aus diesem Gelände ungeheure Mengen Grundwasser herausgepumpt. Da muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß in nicht ferner Zukunft selbst die gemäßigten Kiefern nicht mehr genügend Nahrung finden, dahinstehen und eingehen. Die ganze Erhaltung des Waldes als einer schönen und geliebten Erholungsstätte ist damit in Frage gestellt. Der Fiskus aber verlangt von den Gemeinden Groß-Berlins für einen Wald, der mit solchem Serum belastet ist, Preise, die unerhöht selbst dann wären, wenn keinerlei Belastungen beständen.

Hier in dieser Frage wäre ein Boden, auf dem die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins, mit Ausnahme der Handvoll Aktionäre der Charlottenburger Wasserwerke A.-G., sich zusammensetzen könnten und müßten. Hier sind keinerlei politische und wirtschaftliche Vogensätze vorhanden. Hier stehen nur hygienische und allgemein kulturelle Interessen in Frage, die allen Bevölkerungsklassen Groß-Berlins gemeinsam sein sollten. Die öffentliche Meinung müßte auf beide Vertragskontrahenten, Regierung und Aktiengesellschaft, einen derartigen Druck ausüben, daß jedes Mittel versucht wird, dem drohenden Verfall des Grunewaldes entgegenzuwirken. Kosten dürfen keine Rolle spielen. Die Gesellschaft hat es nicht nur jetzt schon dazu, sondern ist ja leider mit ihren langfristigen Konzessionen in der Lage, selbst größere materielle Aufwendungen verzehnswahl herbeizubringen. Werden die bürgerlichen Parteien hier besser ihren Ramm stehen, als bei den erwählten Stadtvertretungen im Abgeordnetenhaus in den letzten Jahren?!

Und Sozialdemokraten sind diese Vorgänge und Tatsachen eine Illustration mehr zu dem alten Spruch, daß die Kommunen unter keinen Umständen privaten Erwerbsgesellschaften Monopolrechte verleihen und langfristige Konzessionen gewähren dürfen. Von dienenden Gliedern der Allgemeinheit werden diese Gesellschaften dann bald zu Herren über die Gemeinden. Treten dann noch, wie das bei uns in Preußen wiederholt geschehen ist, die Staatsbehörden den Gesellschaften fördernd an die Seite, so sind die Kommunen meistens auch mit Opfern auferstehend, sich der Gewalt Herrschaft solcher Gesellschaften zu entziehen.

Hus der Partei.

Zum Jubiläum des „Hamburger Echo“.

Das „Hamburger Echo“, das, wie gestern bereits mitgeteilt wurde, am 2. Oktober das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens beging, hat aus diesem Anlaß seine Jubiläumnummer mit einer Reihe von Gedankensätzen ausgestattet. Außerdem bringt es eine Reproduktion des Titelblattes der ersten „Echo“-Nummer in Originalformat. Besonders interessant ist das von Johannes Wedde, dem Herausgeber und ersten Redakteur des Blattes verfaßte Geleitwort „An die Leser“. Es ist vom 1. Oktober 1887 datiert und läßt den Drang und Druck der sozialistischen Zeit lebendig mitempfunden. Das erste Hamburger Parteiprogramm, genannt „Hamburger-Alttoner Volksblatt“, war bereits 1873, unmittelbar nach Inkrafttreten des Schandengesetzes, unterdrückt worden. Unter dem Namen „Gerichtszeitung“ und „Bürgerzeitung“ waren andere Blätter gegründet worden, die dem gleichen Schicksal verfielen. Erst dem „Hamburger Echo“ gelang es, den Schlingen des Gesetzes zu entgehen. Diese Umstände machen es verständlich, wenn Joh. Wedde in dem erwähnten Geleitwort schreibt:

Das „Hamburger Echo“, dessen erste Nummer sich hiermit dem Publikum präsentiert, stellt sich die schwierige, aber lohnende Aufgabe, ein ganz neutrales, politisch vollständig unabhängiges und farbloses Tagesblatt zu sein und somit, durch die strenge Objektivität seiner Haltung, beruhigend und mildernd auf die vom Haß der Parteien wild erregten Gemüter zu wirken.

Wie der Name schon sagt, soll das neue Blatt gar kein eigenes Raifonnement enthalten, sondern nur wiederholen, was den Markt fällt. Unser Ideal ist erreicht, wenn wir auf diese Weise ein Blatt herstellen, das der Schwärze der Bläue und der Rote mit demselben Wohlgefallen und dem gleichen Vorteil lesen kann. Das „Berliner Echo“ hat bereits den Versuch gemacht, jedoch seine reine Unparteilichkeit nicht ganz streng bewahrt. Wir trauen uns in dieser Beziehung größere Konsequenz zu. Kein politischer Standpunkt soll sich einer Vergünstigung durch das „Hamburger Echo“ rühmen dürfen.

Und nun wirkt es wie ein blutiger Wig, daß trotz dieses lässlichen Vorjages der neugegründeten Zeitung ihr verantwortlicher Redakteur in demselben Geleitwort mitteilen muß, daß er „als eine Person, von welcher eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist“, aus dem Gebiet des sogenannten kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen worden sei. Auch in der Folge wurde noch mehr als einmal das Weitererhalten des „Echo“ durch polizeiliche Maßnahmen in Frage gestellt. Indessen fiel wenige Jahre später das Ausnahmengesetz und die späteren Verfügungen, so hart sie auch die Verantwortlichen des Blattes bestrafen, konnten seine Existenz nicht mehr gefährden. Ingesamt wurden von den Redakteuren des „Echo“ 4 Jahre, 4 Monate und 1 Woche Gefängnis und 4 1/2 Monate Festungshaft verhängt. Außerdem wurden 16 Monate Gefängnis verhängt über Mitarbeiter des Blattes, die sich durch Verleumdungen usw. strafbar gemacht hatten. Und endlich waren rund 15 000 R. Geldstrafen zu zahlen. Den schweren Opfern entspricht der Erfolg. Von 20 000 Exemplaren im ersten Jahre des Erscheinens liegt die Auflage während der 25 Jahre bis auf 70 000 im Jubiläumsjahr. Die Geschäftszahl und Druckeräume haben mehrfach vergrößert werden müssen. Die Jubiläumnummer zeigt im Bilde das erste bestehende Geschäftszimmer neben der langen Häuserfront, wo sich nun die Druckerei, Redaktions- und Expeditionsräume des Hamburger Parteiprogramms befinden. Ein bedeutender Erweiterungsbau geht jetzt seiner Vollendung entgegen. So bietet die Entwicklungsgeschichte des „Hamburger Echo“ ein getreues Spiegelbild des Wachstums und Erstarkens der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Hamburg-Alttoner Stadtgebiet, das von jeder einer der Hauptstützen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland gewesen ist.

Aus den Organisationen.

Eine Kreis-Konferenz für den 1. meiningischen Wahlkreis fand am Sonntag in Hildburghausen statt. Sie war von 26 Delegierten und den Bezirksleitungen besucht. Es konnte über die Gründung von acht Ortsgruppen und verschiedene Fortschritte berichtet werden. 679 männliche und 42 weibliche Mitglieder zählt jetzt der Wahlkreis, der bei der Stichwahl 10 708 Stimmen aufbrachte, so daß der Vorsprung Müller-Meiningsen nur noch 2529 betrug. — Der Frage eines gemeinsamen Parteisekretariats für Thüringen wurde keine Opposition gemacht, während man sich von dem geschaffenen neuen Landesorganisationsstatut nicht viel verspricht. Dann wurde ein neues Kreisstatut angenommen und bei dem Tagesordnungspunkt Wesse wurde zum Ausdruck gebracht, daß dem Kreis weder das zuständige Sozialdemokratische „Volksblatt“ noch der für den zweiten meiningischen Kreis in Sonneberg erscheinende „Volksfreund“ genüge, es müsse vielmehr mit aller Kraft auf der Gründung einer eigenen Parteizeitung hingearbeitet werden. Es werden Anteilsscheine zu 1 R. ausgegeben.

Das Ende eines Kämpfers.

Am 20. September starb in einem Pariser Krankenhaus nach schweren Leiden der Genosse Viktor Kurnotowsky, einer der Pioniere der russischen Sozialdemokratie. Er starb 45 Jahre alt, nachdem er sein ganzes Leben dem Freiheitskampfe der russischen Arbeiterklasse zum Opfer gebracht. Als einer der ersten russischen Sozialdemokraten begann er 1888 seine Tätigkeit. Von dieser Zeit an datiert auch das Martyrium, das nun mit dem frühen Ende des Verstorbenen seinen Abschluß fand. Zahlreiche Male verhaftet und einige Male nach den entlegensten Orten Nordrusslands und Sibiriens verbannt, kehrte Genosse Kurnotowsky immer wieder zu der revolutionären Tätigkeit zurück. Zur Zeit seiner Verbannung in Jakufof nahm er an dem berühmten bewaffneten Widerstand der „Ramanowoj“ teil, nach dem er mit anderen Genossen zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Das Revolutionsjahr 1905 brachte auch ihm die Befreiung, aber bei dem bald darauf eintretenden Wüten der Strafexpeditionen fiel er General Krennens Kampf in die Hände, der ihn 12 Tage als Geisel mit sich führte. Zur lebenslänglichen Zwangsarbeit verurteilt, gelang es ihm, nach Japan zu entfliehen, von wo er nach Australien überfledelte. Vollkommen mittellos, war er genötigt, als Holzhacker in kumpfigen Wäldern sein Leben zu fristen. Vor etwa zwei Jahren erliefen seine Freunde von seinem Schicksal und gaben ihm die Möglichkeit, nach Paris überzusiedeln. Aber die suchtbaren Entbehrungen des Gefängnislebens und des Exils hatten die eiserne Gesundheit des Genossen vernichtet. Nach zweimaliger Gehirnoperation erlag er der schweren Krankheit, an der er in den letzten Jahren seines Lebens gelitten hatte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Presseprozeß.

Als verantwortlicher Redakteur des „Volksboten“ in Reich wurde Genosse Stroinski vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In einem Artikel war die Stellungnahme des Landrats von Weichenfels charakterisiert, der in Gemeinschaft mit zwei Vertretern von Erwerbsgesellschaften einen Vertrag entworfen hatte, durch den eine ihm unterstellte Gemeinde bei Schaffung einer Wasserleitung schwer benachteiligt werden ist. In dem Artikel wurde gesagt, daß der Landrat Aktionäre der mitbeteiligten Grube sei. Hierin sah das Gericht eine schwere Beleidigung, weil dem Landrat gewinnfähige Motive unterstellt worden seien. Das angebotene Beweismaterial wurde vom Gericht abgelehnt, ebenso die Jubiläumung des § 183 St.-G.-B.

Soziales.

Die Milchversorgung der Großstädte.

Am 28. und 29. September hielt in Düsseldorf der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker, der den größten Teil der öffentlichen Untersuchungs-Laboratorien Deutschlands umfaßt, seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dieser Fachkongress wurde durch eine recht geschmacklose Begrüßungsrede des Doktors Foerster-Flauen eröffnet. Er wies auf den großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie hin, die in denkbar feindseligster Weise jeder Individualisierung und im Zusammenhang damit auch den selbständigen Berufen entgegensteht. Deshalb müsse in den maßgebenden Stellen großes Gewicht auf die Stärkung gerade der selbständigen Berufe gelegt werden.

Von den sachlichen Verhandlungen am wichtigsten für die Allgemeinheit war ein Vortrag des Dr. Loos, Düsseldorf über die Milchversorgung der Großstädte.

Dr. Loos wies darauf hin, daß in Deutschland von rund 400 000 Säuglingen jährlich nicht weniger als 150 000 an mangelhafter oder verdorbener Nahrung zugrunde gehen. Beratungsstellen für Mütter, Stillprämien und ähnliche Maßnahmen können nur wenig helfen, weil sehr viele Mütter wegen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse unumgänglich selbst stillen müssen; um so mehr Sorgfalt muß der Kuhmilch zugewendet werden. Der größte Teil der in den Handel gebrachten Milch ist minderwertig; denn die Gerichte haben es leider für straflos erklärt, minderwertige Milch (mit weniger als 2,7 Proz. Fettgehalt) in den Handel zu bringen, wenn nur die Benennung „Säugmilch“ verwendet wird.

Zweifellos müßten strenge Kontrollvorschriften in bezug auf die Reinlichkeit der Milch bestehen. Hierbei löst man auf einen starken Widerstand der landwirtschaftlichen Kreise. So haben viele Landwirte, die bisher nach Düsseldorf Milch liefern, erklärt, sie wollen hiervon absehen und sich andere Absatzgebiete suchen, mit anderen Worten, sie wollen die Stadt Düsseldorf boykottieren, weil hier die Milch auf ihren Schmutzgehalt kontrolliert wird. Von der so notwendigen Kontrolle bereits im Stall wollen sie natürlich noch weniger wissen. Auch in der Milch halten sie für den normalen Zustand und wohl auch nicht für gesundheitsgefährlich; sonst wäre die an Gewissenlosigkeit grenzende Gleichgültigkeit vieler Landwirte ganz unerklärlich mit welcher bei der Gewinnung von Milch verfahren wird. Ihre unrichtigen Anschauungen werden noch durch gutachtliche Resierungen landwirtschaftlicher „Sachverständigen“ unterstügt, wonach es überhaupt nicht

möglich ist, schmutzfreie Milch zu gewinnen. Dabei liegt es auf der Hand und ist ja auch durch zahlreiche Versuche erhärtet, daß in reinlicher Weise gewonnene Milch bedeutend keimfreier ist als verschmutzte. Speziell der Stuhfot trägt zur Zersetzung der Milch durch die sich bildenden Keime bei, ein Vorgang, der, wenn er einmal begonnen hat, auch durch Sterilisierung der Milch nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Eine Veresterung in dieser Beziehung kann nur eine systematisch durchgeführte Stallkontrolle herbeiführen, die nachdrücklich durch reichsgesetzliche Bestimmungen gefordert werden muß.

Sehr energisch tritt der Vortragende für eine städtische Milchversorgung ein, die noch ganz in den Kinderschuhen steckt; freilich will er den direkten Verkauf nicht gern in städtischer Verwaltung sehen — das scheint ihm wohl zu sozialistisch — sondern lieber durch eine Genossenschaft oder Aktiengesellschaft besorgt wissen; unbedingt nötig sei es jedoch, daß die Stadt durch Übernahme der überwiegenden Anzahl von Geschäftsanteilen resp. Aktien sich den maßgebenden Einfluß sichern, schon, um die Einwohner gegen eine Verteuerung der Milch zu schützen. Aber alle Kontrollen, Reinigung und Kühlung der in die Stadt eingeführten Milch bleibt unzulänglich, wenn nicht bei der Produktion schon eine strenge Kontrolle einsetzt. Den nachliegenden Gedanken einer städtischen Milchproduktion empfiehlt der Vortragende nicht, wohl aber verlangt er nachdrücklich ein Reichsmilchgesetz mit besonderen Kontrollvorschriften bei der Milchgewinnung. Ein solches Gesetz müßte auch die Handhabe bieten, um gewissenlosen Milchverkäufern das Handwerk zu legen, die in gewinnstüchtiger Absicht handeln und trotzdem im Wiederholungsfall meist mit ganz geringfügigen Geldstrafen davonkommen, während eine arme Frau, die in höchster Not einige Kohlen von einem Wagen entwendet, unweigerlich ins Gefängnis geschickt wird.

Der Redner schildert dann auch die primitive Art, wie bei uns die Milch per Bahn oft über Strecken von 100 bis 200 Kilometer zur Stadt befördert wird, wobei sie stundenlang der höchsten Temperatur und dadurch der Fäulnis ausgesetzt ist. In Amerika existieren besonders mit Kühlvorrichtungen ausgestattete Milchzüge, die in den Stationen in besonderen Anlagen für Kühlung, Reinigung und Verwertung der unverkauften Milch einlaufen. Freilich besteht auch bei der Fäulnis, daß die Reinigung vom Produktionsort an den Verkaufsort verlegt wird. Das unser wichtigstes Nahrungsmittel für Säuglinge einer Behandlung unterworfen wird, die mit den elementarsten Begriffen der Hygiene im Widerspruch steht, ist um so wahrscheinlicher, als die Wissenschaft schon seit Jahren darüber einig ist, daß die wichtigsten Todesursachen der Säuglinge die Ernährungsstörungen sind und daß diese in allererster Linie durch verdorbene Milch hervorgerufen werden. Bei dem Zuge unserer Zeit nach Hebung und Besserung der hygienischen Verhältnisse mag es Wunder nehmen, daß man bei voller Erkenntnis der unhaltbaren Zustände nicht längst ausreichende Maßnahmen für die Milchversorgung zum Schutze der Allgemeinheit getroffen hat. Diese Frage darf nicht mehr von der Tagesordnung der Städte verschwinden.

Jugendbewegung.

Ein Jugendheim

haben die Löhner Arbeiter ihren jungen Nachwuchs errichtet. Zwar nicht im eigenen Hause, aber in dazu geeigneten Räumen, die auf Jahre gemietet wurden. Die Zimmer sind geschmackvoll ausgestattet worden, und alles Erforderliche ist getan, um den jungen Leuten ein Heim zu schaffen, in dem sie sich wohl fühlen und die Zeit mit beschreibenden Dingen und unterhaltenden Spielen verbringen können. Am kommenden Sonntag wird das neue Jugendheim eröffnet werden. Mit neidischen Augen blicken die Feinde der Arbeiter-schaft, die auch in Löhnd die Jugend gern in ihre Netze ziehen möchten, auf die neue Schöpfung der Aufklärer und opferwilligen wert-tätigen Bevölkerung.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderernährung und Lebensmittelteuerung.

Im „Altenaer Kreisblatt“ veröffentlicht der dortige Kreis-arzt Dr. Thomaller Mitteilungen über die Wirkungen der Lebensmittelteuerung auf die Ernährung von Schulkindern. Während im September vorigen Jahres die Zahl der skoluldsen Kinder 20 und 40 Proz. betrug, waren in diesem Jahre 50 bis 85 Proz. skoluldsen Schulkindern vorhanden. Ueber die Gründe dieser traurigen Erscheinung sagt Dr. Thomaller:

„Hauptsächlich ist jedoch die mangelhafte und ungewöhnliche Ernährung hierfür verantwort-lich zu machen und somit indirekt die jetzige Teuerung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches. Soweit man es von der größten Anzahl der Schul- kinder erfahren kann, ist Reibeten, Kartoffeln und Kaffee ihre Hauptnahrung. Erschreckend geradezu ist es, zu erfahren, wie wenig Fleisch gegeben wird. In den meisten Familien kommt nur Sonntags Fleisch auf den Tisch, in wenigen noch hier und da an Wochentagen, und nur vereinzelt wurde angegeben, daß täglich Fleisch gegeben wird.“

Es ist sicher, daß bei den heutigen abnormen Fleischpreisen den meisten Familien schwer fallen muß, täglich oder nur öfters in der Woche dieses wichtige Nahrungsmittel zu beschaffen, trog-dem soll und muß es aber jeder einzeln er-möglichen, wenigstens seinen Kindern ausreichend Fleisch zukommen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß an den kindlichen Körper Wachstum, Entwicklung und auch die Schule Anforderungen stellen, die ver-hältnismäßig bei weitem größer sind, als die an den fertig ent-wickelten Erwachsenen herantretenden. Wendet sich aber in der jetzt üblichen Ernährung der Schul-kinder nichts, so wird un-zweifelhaft die Skrofulose, die Vorläuferin der Tuberkulose, immer weiter um sich greifen. Die Zahl der bleichsichtigen Kinder wird sich mehren und alle diese unterernährten Körper werden den Un-bilden der Witterung weniger Widerstand leisten können, werden den Gefahren der Uebertragung von Infektionskrankheiten schulplos gegenüber stehen.“

Dr. Thomaller gibt dann den Eltern dieser unglücklichen Kinder den Rat, sie sollten durch Einschränkung ihrer eigenen Bedürfnisse den Kindern den Fleischgenuß ermöglichen, und er fügt hinzu:

„Das Fleisch, dessen hoher Nährwert in seinem be-deutenden Eiweißgehalt begründet ist, ist eigentlich in unserer täglichen Nahrung unerlässlich.“

Von einem Arzt wird hier wiederum auf die Schädi-gungen der Volksgesundheit durch die Buderpolitik der Regie-rung treffend hingewiesen. Aber viel wird sein Rat, die Eltern sollten sich einschränken, nicht nutzen. Die proletarischen Eltern leben selbst schon so kümmerlich, daß ein weiterer Verzicht auf ausreichende Ernährung ihre Arbeitsfähigkeit noch mehr ge-fährden würde als es schon jetzt geschieht. Der notwendige Kampf gegen die Agrarier, der allein wirkliche Besserung bringen wird, verlangt um so mehr die Unterstützung durch die proletarische Frauenvvelt.

Die Angst vor dem Fortschritt.

Gleich der „Freisinnigen Zeitung“ tritt nun auch das sich so fortschrittlich gebende Berliner Tageblatt“ gegen die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen auf. Auf dem Mann-heimers Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei soll, wie wir schon mitteilten, über den Frauenparagrafen des Programms Be-raten werden. Der Arbeitsausschuß der fortschrittlichen Frauen hat den Antrag gestellt, in das Programm die Forderung der völligen

politischen Gleichberechtigung aufzunehmen. In einem geistreichen und lehrreichen „Der Antrag der Damen“ verhöhnt das „Tageblatt“ diese Forderung. Nur ein paar Proben:

„Indessen, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen ist ein Gemeinplatz von noch weit schäblicherer Art, und auf die Gefahr hin, daß wir Anita Augspurg den nächsten Walser ver-zweigen, gebe ich meine bescheidene Männerstimme gegen den Damen-antrag ab.“

Oder meint man im Ernst, Frida werde nun nicht mehr abends um acht zum Rendezvous kommen, weil sie alle fünf Jahre einmal zur Wahlurne geht, und glaubt man, daß die bisher zärt-lichen Mamas ihre Vöbbs vergessen werden, weil der Reiz eines Zeitartikels sie gefangen hält? Die eifrige Beschäftigung mit der Politik wird immer nur in einem ausserwählten Damenkreise zu finden sein, andere werden sich auch weiter-hin lieber für Theater und Literatur interessieren, oder für die Kinderstube, für die Wintermode und selbst für den kleinen Gesellschaftsklatsch, und die intimsten Freundinnen werden sich gewiß häufiger wegen privater als wegen öffentlicher Angelegen-heiten entzweien.“

Solchen Unsinn fanden wir sonst nur in Provinz-Nachrichten. Selbst die Berliner agrarische Presse hat den Forderungen der Frauen erstere Gründe entgegenstellt. Auch der neue Verband gegen Frauenemanzipation wählte einen würdigeren Ton.

Aus den Sätzen, die ihr Verfasser wahrscheinlich für wichtig ge-halten hat, spricht nichts als die Angst vor dem Fortschritt. In einem zweiten Zeitartikel warnt das „Tageblatt“:

„Die Freiheit, ihre Ansichten beizubringen, sollte auch die Anhänger der Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberech-tigung der Frauen abhalten, es auf eine Majorisierung in Mann-heim ankommen zu lassen, die bei der historischen Entwicklung der Partei zu einer Erschütterung führen müßte.“

Wie schwach muß es mit der Solidarität in der Partei aus-sehen, wenn die Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung die ganze Partei in Erschütterung versetzt. Und für diesen lässlichen Freisinn sollen sich fortschrittlich gesonnene Frauen oder gar Prole-tarierinnen begeistern!

Gerichts-Zeitung.

Politisch oder unpolitisch?

Dem gestern mitgeteilten Urteil gegen den Verein „Arbeiter-Jugendheim Berlin“ stellen wir ein vom Landgericht in Kottbus kürzlich gefälltes Urteil gegen den dortigen Jugendausschuß gegen-über:

Die Mitglieder des Jugendausschusses in Kottbus erhielten im April dieses Jahres eine Anklage wegen Uebertretung des Reichs-vereinsgesetzes. Sie wurden beschuldigt, „als Vorstandsmitglieder eines politischen Vereins Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Verein und dessen politischen Versammlungen als Mitglieder geduldet zu haben“. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei. Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die dritte Strafkammer des Landgerichts verwarf die Berufung. In dem schriftlichen Urteil heißt es u. a.:

Der Jugendausschuß kommt als Verein über-haupt nicht in Frage... Die in dem Jugendheim versammelte arbeitende Jugend ist nun zwar als ein Verein anzusehen. Es handelt sich in vorliegenden Falle um den Zusammen-schluß mehrerer Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zweckes. Dieser Zusammenschluß beruht auch auf Vertrag, d. h. Willenseinigung. Diese erfolgte u. a. durch Anmeldung des Reu-eintretenden und Ausstellung der Ausweisarte. Hierdurch ordnete sich der Reueintretende zugleich dem Jugendleiter, einem Mitgliede des Jugendausschusses, organisch unter. Die Organisation zeigt sich in dem Jugendheim und in den regelmäßigen Versammlungen, in denen die einmal getroffenen, allen Besuchern bekannten Anordnungen befolgt wurden. Es war deshalb ein obligatorisches Verhältnis zwischen den Mitgliedern und dem Verein vorhanden. Daß aber dieser Verein ein politischer sei, konnte das Ge-richt nicht feststellen. Der von den Jugendlichen bei Besuch des Jugendheims verfolgte Zweck war lediglich ein geselliger. Es ist nicht erwiesen, daß in den Versammlungen der arbeitenden Jugend Politik getrieben worden ist. Denn ein politischer Verein ist ein solcher, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt... Einen solchen Gegenstand bildet das gelegentliche Abhängen von Liedern politischen und sozialpolitischen Inhalts nicht. Auch das bei der Weihnachtsfeier 1911 stattgefundene Abhängen des Liedes „Stille Nacht, heilige Nacht“, das einen sozialpolitischen Charakter hat, sowie das Abhängen der Arbeitermarschlieder, gelegentlich eines Ausfluges, kann einen solchen Gegenstand nicht bilden. Ebenso nicht das Anhören eines Vortrages über des Weihnachtsfest, wenn auch von nichtchristlichem Standpunkte aus behandelt. Schließlich kann auch die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mit vor-handene Absicht, sich einen Nachwuchs zu sichern, allein das Jugend-heim nicht zu einem politischen Verein machen, da nicht der von anderen Organisationen bei Gründung des Jugendheims beabsichtigte Zweck, sondern die Absichten und Ziele des Vereins, die in diesem selber vorhanden sind, bei Beurteilung der Frage maßgebend sein müssen.

Der sozialdemokratische Jahlabend vor dem Kammergericht.

Der sozialdemokratische Jahlabend, der in Groß-Berlin jeden zweiten Mittwoch jeden Monats abgehalten wird, fand auch wenige Tage vor der Reichstagswahl statt. An diesem Tage waren die Wahl und die Vorbereitungen dazu das Hauptthema der Zusammen-künfte der einzelnen Parteizeile der sozialdemokratischen Wahlvereine. So war es auch im Lokal von Groß in Schöneberg. Der Jah-labend zog sich deshalb diesmal ziemlich lange hin. Um 12 Uhr vertagte der Vorsitzende die gemeinsame Verhandlung und erklärte, daß nun die Genossen in kleinen Gruppen weiter über die Wahl-angelegenheiten sprechen könnten. Das geschah auch.

Gegen 2 Uhr 15 Minuten nachts sah ein Schutzmann durchs Fenster noch drei Genossen in dem Lokal sitzen. Der Wirt drohte darauf wegen Uebertretung der Polizeistunde angeklagt.

Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Es ging zwar davon aus, daß die zum Jahlabend in von ihnen gemieteten und nur ihnen zur Verfügung stehenden Räumen Ver-sammelten eine geschlossene Gesellschaft seien. Indessen war es der Meinung, daß die drei Genossen, die nach um 2 Uhr nachts anwesend waren, nicht mehr als geschlossene Gesellschaft an-gesehen werden könnten. Es möge ja sein, daß sie als die drei „Besten“ des Vereines noch etwas länger über Wahlangelegenheit zu verhandeln gehabt hätten. Es sei jedoch anzunehmen, daß sie um 2 Uhr nur noch Bier tranken und höchstens dabei politisch „kannegieherten“. Das mache sie nicht für sich zu einer ge-schlossenen Gesellschaft, die ja an sich nicht an die Polizeistunde ge-bunden wäre. Somit sei der Wirt wegen Duldens von Schan-kgästen über die Polizeistunde hinaus zu bestrafen.

Das Kammergericht hob auf die Revision des Angeklagten am Montag das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Das Land-gericht habe den Begriff der geschlossenen Gesellschaft verkannt. Bei der Abhaltung des Jahlabends habe es sich um eine kleinere bestimmte Gruppe eines Vereins, des sozialdemokratischen Wahlvereins gehandelt. Aus dem bloßen Schluß einer ge-schlossenen Vereinskönigenschaft folge aber noch nicht, daß die Zurückgebliebenen nicht als geschlossene Gesellschaft an-gesehen werden könnten. Es bleibe zu prüfen, ob der Raum

nicht auch für die von der ursprünglichen größeren Gesellschaft noch Zurückgebliebenen gemietet war, sowie für den Fall, daß sie jetzt nach Eintritt der Polizeistunde im allgemeinen Schankzimmer saßen; ob dieses nur für sie geöffnet gewesen sei, oder auch noch für andere, die nicht zu ihnen gehörten, also für jedermann. Wenn die Ge-schlossenheit gewahrt geblieben sei, dann wären auch die drei Zurück-gebliebenen eine geschlossene Gesellschaft.

Telephonnerrosität.

Der mehrjährige Kriegszustand, in welchem sich der Rechts-anwalt Dr. Pächter mit der Postverwaltung in Telephonangelegen-heiten befindet, hat schon mehrere strafrechtliche Verfahren gegen Rechtsanwält Dr. P. gezeitigt. Zu diesem Kampfe gehört auch eine Anklage wegen Verletzung der Oberpostdirektion, die jetzt das Amtsgericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Assessors Guthardt gegen Dr. P., der von Rechtsanwält Dr. Bick verteidigt wurde, zu verhandeln hatte.

Dem Angeklagten, von dem behauptet wird, daß er neuerdings wieder eine Telephonistin des Amtes Löhnd durch ein Schimpfwort beleidigt habe, ist daraufhin auf Antrag des Reichspostamts die Telephonverbindung abgeschnitten worden. Er behauptet, daß dies geschehen sei, ohne den Grundsatz „audiatur et altera pars“ zu berücksichtigen. Als ihm diese Anordnung durch Zustellung des Beschlusses bekannt geworden, sei, so erklärte der Angeklagte, ein hoher Offizier, der sich für die Sache interessierte, zum Reichspost-amt als Vermittler gegangen; er sei aber an die Oberpostdirektion verwiesen worden. Als der Herr zur Oberpostdirektion gekommen, habe er Herrn Birkel, Geh. Oberpostrat Vorbed nicht angetroffen, da dieser zur Schneepfenzagd gewesen sei. Dessen Vertreter habe dann gesagt, daß die Anordnung vom Reichspostamt genehmigt worden sei. Versuche, Herrn Staatssekretär Kraeffe zu sprechen, seien auch fehlgeschlagen, da dieser sich auf einer Dienstreife be-fand, und so konnte gegen die Sperrung des Telephons nichts getan werden. Als er nach einiger Zeit noch einmal zur Oberpostdirektion gegangen, sei Herr Vorbed wieder zur Jagd gewesen; dem ihn vertretenden Geh. Oberpostrat Erbe habe er dann gesagt, daß er das Vorgehen der Postverwaltung für geschicklich halte; die Post habe gar kein Recht, ihm das Telephon wegzunehmen, da die Post hier ein Monopol ausübe und deshalb nicht das Recht habe, einen ein-zelnen Staatsbürger in dieser Weise in seinen Rechten zu be-schränken. Der Geh. Oberpostrat Erbe habe darauf gesagt: „Die Rechtslage ist uns selbst zweifelhaft, aber wir wollen es einmal an Ihnen ausprobieren.“ Da er nun keine Lust gehabt, die Rolle des Probekandidaten zu spielen, sei er wieder zum Staatssekretär Kraeffe gegangen, dieser habe ihn an einen höheren Beamten ver-wiesen und letzterer habe nach Anhörung seiner Beschwerde ihm ge-sagt, er würde schriftlichen Bescheid erhalten. Der letztere sei dahin aus, daß es bei der postalischen Anordnung verheißt. Der schon erwähnte General sei dann abermals zum Staatssekretär Kraeffe gegangen, dieser habe aber erklärt: er gebe dem Dr. Pächter ein Telephon nicht mehr. Daraus habe er, Pächter, entnehmen müssen, daß das Reichspostamt nicht nach Recht und Gesetz, sondern nach Laune verfare. Obgleich sein Telephon schon seit dem 22. April außer Betrieb gesetzt worden sei, habe ihm die Post die Quittung über den Apparat für das laufende Quartal zugestellt und er habe 50 M. ohne weiteres bezahlt. Nun habe die Postverwaltung schon seit Juni alle möglichen Versuche gemacht, den Apparat von ihm herauszubekommen. Er stehe aber auf dem Standpunkt, daß, wenn er den Apparat bezahle, er auch das Recht habe, ihn in seiner Be-hausung zu behalten, und deshalb habe er die wiederholten Versuche der Post wiederholt energisch abgelehnt. Als dann wieder zwei Herren von der Post bei ihm erschienen, um den Apparat abzu-nehmen, habe er nach der ganzen Situation annehmen müssen, daß es eben, auf eine gewaltsame Wegnahme abgesehen gewesen sei und habe mit großer Bestimmtheit die Übergabe abgelehnt. Dabei habe er allerdings die jetzt von der Oberpostdirektion mit einem Strafandrohung verfolgte Worte gebraucht: „Was denkst du denn die Postverwaltung? Sie steht wohl auf einem Rechtsstandpunkt, der an die Hottentotten erinnert. Wenn sie etwas von mir will, dann kann sie mich ja verlagern! Er habe diese Worte mehr scherzhaft gemeint; sie könnten auch gar nicht auf die Oberpostverwaltung ge-münzt gewesen sein, sondern auf das Reichspostamt, gegen das er ja auch einen Zivilprozeß auf Schadenersatz und Wiederinbetrieb-sung des Apparats angestrengt habe. Herr Vorbed sei nur Ver-zichtsbeamter, die Ausführungsbestimmungen zur Telephonordnung seien aber vom Reichspostamt erlassen und zu misse er behaupten, daß sie den Gesetzen nicht entsprechen. — Zum Tatbestand wurde Telegraphenbeamter Bombe und die beiden Beamten vernommen, zu denen der Angeklagte die inkriminierte Vernehmung getan hatte. Es kam dabei stellenweise zu recht lebhaften Auseinandersetzungen.

— Auf Anordnung des Vorsitzenden, der aus den Akten, aus ver-schiedenen Protokollen früherer Verhandlungen, aus den Protokollen über Vernehmungen von Postbeamten in diesem Streitfall den Ein-druck gewonnen hatte, daß der Angeklagte vielfach ein eigenartiges Auftreten zur Schau getragen hatte, war zum Termin der Gerichts- arzt Dr. Strauch geladen worden. Gegen dessen Vernehmung pro- testierte der Angeklagte sehr lebhaft, da er an der plöblich auf-tauchenden Möglichkeit einer Anwendung des § 51 S. G. D. mozu auch nicht der geringste Grund vorliege, völlig übertrübt werde und den Gedanken, daß er nicht völlig geistig gesund sein könnte, mit aller Entschiedenheit zurückweisen müsse. Er habe nichts getan, als sich gegen einen Angriff auf sein gutes Recht zu wehren. Es scheine so, als ob der Gerichtsvorstand ein Interesse daran habe, den § 51 gegen ihn anzuwenden zu können. Diese Bemerkung ließ der Vorsitzende protokollieren. — Der Angeklagte beantragte sodann die Vernehmung eines Neuen Paul Flügel zum Beweise dafür, daß die Telephonistinnen seines Amtes ihn absichtlich schikanieren. Dieser Zeuge befuhrte: Als er im Januar in einem Abteil der Wannsee-bahn gesessen, hätten sich zwei Damen im Nebenabteil sehr laut darüber unterhalten, daß dem Dr. Pächter das ihm schon einmal gefaserte Telephon wieder freigegeben worden sei. Da habe die eine der Damen sich dahin geäußert: „Aber lange warten soll er auf die Verbindung! Der soll nicht denken, wir sind für ihn da!“

Auf Veritätsbeschluss wurde Gerichtsarzt Dr. Strauch ver-nommen. Er erklärte, daß er den Angeklagten noch nicht näher unter-sucht habe, sondern nur nach der heutigen Verhandlung sich dahin äußern könne: Ein Zweifel an der geistigen Gesundheit des Angeklagten komme gar nicht in Frage, sondern höchstens eine die normale Grenze übersteigende Erregtheit. Aus seiner ärztlichen Erfahrung müsse er sagen: Die Telephonnerrosität sei etwas sehr ernstes, das Telephon wirke auf leicht erregbare Personen manchmal wie Nervenreiz und schwerer Nervenreiz. Er ferne aus seiner Praxis einen Fall, wo ein Arzt, der auch immer durch die Telephon-unbilden erregt wurde, dauernd in Zerrinn verfallen ist. Bei dem Angeklagten könne von Zweifel an der geistigen Gesundheit keine Rede sein, er habe sich offenbar nur in seinem Rechtsgefühl schwer verletzt gefühlt. — Nach Schluß der Vernehmung führte Staats-anwält Dr. Ufert aus, daß der Strafantrag rechtmäßig gestellt sei; dem Angeklagten sei an sich der Schuß des § 193 zuzubilligen, er habe die Schutzzgrenzen aber überschritten. Mit Rücksicht auf seine durch den jahrelangen Kampf geschürte Erregung sei aber eine milde Strafe am Platze, die er mit 20 M. Geldstrafe in Antrag bringe. Rechtsanwält Dr. Bick und der Angeklagte selbst bemängelten den Strafantrag und beantragten Freisprechung.

Das Gericht beschloß, die Sache zu verlagern und dem Gerichts- arzt Dr. Strauch aufzugeben, ein Gutachten über den Nerven-zustand des Angeklagten abzugeben. Wenn dieser auch generell geistig ge-sund sei, so handle es sich doch darum, ob er bei Vor-fällen, die sich auf die Post beziehen, als im Vollbesitz seiner Verstandes-tätigkeit befindlich zu erachten sei.

Marktbericht von Berlin am 1. Oktober 1912, nach Ermittlung des künftigen Volksgeldums. Marktblattenspreise. (Kleinhändler) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, vom Roden 30,00—30,00. Spezialweizen, weisse, 30,10—30,00. Weizen 30,00—30,00. Kartoffeln (klein) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Wade 1,80—2,40. Rindfleisch, Rindfleisch 1,60—1,90. Schweinefleisch 1,90—2,40. Kalbfleisch 1,90—2,40. Gammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—5,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Haie 1,80—3,20. Rander 1,80—3,60. Gerdie 1,40—2,80. Parke 1,00—2,40. Schote 1,80—3,20. Weie 0,50—1,50. 60 Stück Rindvieh 1,00—30,00.

Unserem verdienten Genossen
Albert Türk nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silberhochzeit.
Die Genossen u. Genossinnen
des 145. Bez., I. Teil. 4. Kreis.

Unserem alten Freund und
Parteigenossen
August Anders
und seiner lieben Frau
zur Silberhochzeit die besten
Wünsche.
Die Genossen des 347. Bezirks
4. Kreis.

Unserem Genossen
Max Beck u. Frau
Eminenzler Str. 5
die herzlichsten Glückwünsche
zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen d. Bezirks 409.

Unserem alten Genossen
August Anders
(gen. der Kale) nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit.
Familie Gottfried Schäfer
vom Falkenberg bei Grünau.

Unserem Freund und lang-
jährigen Genossen
Adolf Stumpe
und seiner lieben Frau Helene
zur Silberhochzeit ein donnerndes
Doch!
A. P. B. V.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Friedrichstadt.
III. Abteilung. Bahnmorgen.
Am Montag, den 30. September,
verstarb unser Mitglied, der Po-
litionsführer
Oskar Knobloch
plötzlich durch einen Herzschlag
im 25. Lebensjahre. Wir werden
seiner stets gedenken.
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
neuen St. Nikolai-Kirchhofe,
Prenzlauer Allee, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 1. Oktober verstarb im
Krankenhaus zu Bich unser altes
Mitglied, der Berliner, Genosse
Franz Braun.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom
Gemeindefriedhof Neukölln, Ma-
riendorfer Weg, aus statt.
Die Mitglieder werden um zahl-
reiche Beteiligung gebeten.
223/17 **Der Vorstand**

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin I.
Nachruf.
Am Dienstag, den 1. Oktober,
verstarb nach langen Leiden im
60. Lebensjahre unser Kollege
Franz Braun.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Neu-
köllner Gemeindefriedhof, Marien-
dorfer Weg, statt.
Rege Beteiligung erwartet
31/18 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Altens-
macher
Gustav Kindt
Müdersdorfer Straße 21
im Alter von 56 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zagarus-
Kirchhof in Wilmersdorf statt.
89/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am Dienstag, den 1. Oktober,
starb unsere liebe Großmutter,
Mutter und Schwester, die Witwe
Auguste Tempel geb. Heuer,
nach langem, schweren Leiden im
84. Lebensjahre. 644b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 5. d. Mts., nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.

Am Montag, den 30. September,
starb nach langem, schweren Leiden
mein lieber Mann
Alfred Jahn
Prinz-Gandjery-Str. 4.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 4. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr,
auf dem Gemeindefriedhof am
Mariendorfer Weg statt. 119f

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
19. Bezirk.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Gärtler
Alfred Jahn
Prinz-Gandjery-Str. 4, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Neuköllner
Gemeinde-Friedhofes (Marien-
dorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Former
Reinhard Möde
Gropiusstr. 4, am 1. Oktober an
Krankheiten gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in
Kiebitz-Schönhausen-Nordend aus
statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Gärtler
Alfred Jahn
Neukölln, Prinz-Gandjery-Str. 4,
am 30. Septbr. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes in
Neukölln, Mariendorfer Weg, aus
statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Schlosser
Paul Kybart
Grünertweg 55, am 30. September
an Herzleiden.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
125/11 **Die Ortsverwaltung.**

Todesanzeige.
Am Dienstag, den 1. Oktober,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater und Schwiegervater,
der Former 179f
Reinhard Möde
im 53. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Marie Möde nebst Kindern.
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf
dem Kirchhof der Friedensgemeinde
in Nordend statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann und guter Vater
Joseph Erbrich
im Alter von 50 Jahren nach kurzer
schwerer Krankheit verstorben ist.
Frau **Anna Erbrich**
und Sohn.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 4. Oktober, nachmittags
4 Uhr, von der Kapelle des Frei-
willigen Friedhofes, Pappel-
allee 19-20, aus statt.

Am Dienstag starb nach langem
schweren Leiden meine liebe Frau,
unsere herzengute Mutter, Groß-
mutter, Schwester, Schwieger-
mutter, Schwägerin und Tante
Elisabeth Fabig geb. Pape
im 57. Lebensjahre. 646b
Um stilles Beileid bitten
**Die tieftrauernden Hinter-
bliebenen.**
Beerdigung: Sonnabend vor-
mittags 10 1/2 Uhr, Städtischer
Friedhof, Friedrichsfelde.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die zahlreichen Kranzpenden bei
der Beerdigung unseres lieben
Sohnes, Bruders, Neffen und
Schwagers
Richard Hidde
sagen wir allen Verwandten, Be-
kannnten und Freunden, insbesondere
den Kollegen der K. G. G., Grün-
thaler Str. 62, Kdt. Großbredere,
den herzlichsten Dank. 644b
Paul Hidde nebst Frau,
Welschbäumen u. Schwaner.
Plomben, beste Aus-
führung, billige Preise.
Wehr. 1889.
**Invaliden-
str. 145. II.**
Zähne,
Oiga Jacobson,

Möbel=Lechner

Am Rosenthaler Platz **Brunnenstr. 7** Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung
Stuben u. Küchen

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärts!

Heute geöffnet von 8-10.

Hygienisch-gymnastische Übungskurse: Turnhalle SW,
Kleinboerenstr. 2. Für männl. u. weibl. Personen m. hieher Lebensweise.
Leitung: Städt. Turnwart, Aufsicht: Arzt. Neben Sonntags 5-8 Uhr. Un-
kostenbeitr. viertelj. 3 R. Wierberg. 12. Off. Num. d. Dr. Engel, SW., Anhaltstr. 5

Tanz-Schule Richard Heinrich
jetzt Restaur. Fürstenhof, Köpenicker Str. 137.
Unterrichtsstunden: Jeden Sonntag von 3-6 Uhr.
Jed. Donnerstag v. 8-11 Uhr. Jed. Sonntag v. 6-11 Uhr.
Nachbildungszirkel. Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Hochachtungsvoll
Richard Heinrich
Weichselstr. 8.
Telephon: Neukölln 406.



Blendol

Putzmännchen fühlt sich immer wohl, Denn alle Welt putzt mit Blendol

Dem besten flüssigen Metallputz.

In Glasfl. zu 10, 15 und 25 Pfg., in Blechl. aller Größen überall erhältlich.

FABRIK: URBAN & LEITZ · CHARLOTENBURG

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung

Vierteljährlich ein Heft von 10 bis 12 Druckbogen
Preis 2,50 M. Für den gebundenen Jahresband 12 M.

Die Herausgabe eines Geschichtskalenders, in dem die politischen Ereignisse in Ihren Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung dargestellt werden, ist ein Bedürfnis geworden. Die vorhandenen bürgerlichen Geschichtskalender können dieses Bedürfnis nicht befriedigen, weil sie auf die wichtigen Tatsachen der Arbeiterbewegung nicht genügend Rücksicht nehmen.

Die erschienenen zwei Hefte umfassen die Monate Januar bis Juni 1912. Sie berichten in chronistischer Form über die Reichstagswahlen, die wichtigsten Verhandlungen des Reichstags und der Landtage, bedeutsame Vorgänge des kommunalen Lebens, die innere Entwicklung der Parteien, den Gang der auswärtigen Politik, über die Fortschritte und Kämpfe der gewerkschaftlichen Bewegung wie den großen Bergarbeiterstreik u. a. mehr. Auch die wichtigen politischen Ereignisse des Auslandes — Entwicklung der Arbeiterbewegung in allen Ländern, englischer Bergarbeiterstreik, französische Wahlreform, ungarische Wahlrechtskämpfe, türkisch-italienischer Krieg, chinesische Revolution usw. finden auf Grund sorgfältig geprüften Nachrichtenmaterials ausführliche Darstellung.

Ausführliche Prospekte versenden wir auf Wunsch gern portofrei.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben von **Max Grunwald**

Heft 1:
Zur Einführung in Marx' „Kapital“
von **Max Grunwald**

Heft 2:
Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik
von **August Mai**

Heft 3:
Goethe und die Arbeiter
von **Max Grunwald**
Preis jedes Heftes 40 Pf.

Patente etc. erwirkt u. verwertet
Ing. Jaeger, Dr. Breslauer, Berlin SW 61
Das Buch „Wie man eine Erfindung verwerten kann“
Ld. Verwertung beschaffen sein“
Gratis

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gebrockanzüge
Smokings auf Seide 30-70 M.

Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur von 12-2 geöffnet.

Berliner Ulk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.



Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III

Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.

Vertreter:
P. Horsch, Engelauer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Die feellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM MISCHE**
Große Frankfurter Straße 45-46 L
(Bitte genau auf Hausnummer achten!)

Soeben erschien:
Danny Gürtler
Selbsterlebnisse im Gefängnis und Irrenhaus

Dramatisch geschriebene Schilderungen über sein Martyrium im Gefängnis und Irrenhaus
Preis eleg. broch. 2 M. Zu haben in allen Buchhandlungen.
Gegen vorherige Einsendung von 2.40 M. erfolgt franko Zusendung von der Verlagsbuchhandlung [307/10]

Stern-Elreich & Co. G. m. b. H., Mannheim 2

Partei-Angelegenheiten.

Schiffers Kreis. Die Abteilungsversammlung der 15. Abteilung findet heute abend in den Arminiuskaten, Bremerstraße 70/71 statt mit einem Referat des Genossen Max Schütte. Die Genossen werden um rege Agitation für guten Besuch gebeten.

Wariendorf. Heute Donnerstag, den 3. Oktober, findet der letzte Vortragabend des Genossen Dr. Dunder statt. Da die bestellten Schriften zur Verteilung kommen, wollen die Teilnehmer pünktlich erscheinen.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 6. Oktober d. J., von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Gruppenführer können das Material am Freitagabend in Empfang nehmen. Die Bezirksleitung.

Kariensfeld. Am Sonnabend, den 5. Oktober, veranstaltet der Verein Freie Turnerschaft einen Kistenabstiebsball im Lokal von Hans Herrmann, Großbeerensir. 69/70. Da der Verein bei allen Arbeiterfesten mitwirkt, erlucht der Vorstand des Wahlvereins die Genossen um rege Beteiligung.

Stralau. Am Freitag, den 4. Oktober, findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Die Genossen wollen sich in den Bezirkskolonnen einfinden. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Im „vornehmsten“ Rod.

Die schrecklichen Soldatennüchthandlungen in einem Garde-Regiment, die vor einigen Tagen in einem Prozeß vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division aufgedeckt wurden, haben statt der vielgepriesenen „treuen“ und „uneigen-nütigen“ Kameradschaft, die angeblich in der Kaserne eine Stätte haben soll, die Unkameradschaftlichkeit in ihrer schlimmsten Entartung vor Augen geführt. Bei diesem Prozeß kam wieder einmal die widerliche Barbarei zur Sprache, daß die älteren Jahrgänge die jüngeren auf alle erdenkliche Art und Weise schikanieren und mißhandeln. Ebenso wie die Mißhandlungen durch die Vorgesetzten kommen die im ganzen Heere verbreiteten Maltrattierungen durch die eigenen Kameraden nur in vereinzelt Fällen zur Aburteilung.

Jeder, der selbst genötigt war, den „vornehmsten“ Rod zu tragen, weiß, daß die Misere des Kasernenlebens sich nicht allein erschöpft in Drangsalierungen durch Vorgesetzte, sondern daß Hand in Hand mit diesen der größte Teil der älteren Jahrgänge arbeitet. Das ist das gemeinste und nieder-trächtigste, das Schreiber dieser Zeilen während seiner Dienstzeit beobachtet hat und das jeden human denkenden Menschen aufs tiefste empören muß. Auf die von den „alten Leuten“ geübten Erziehungspraktiken, die eine der betrüblichsten Erscheinungen des Militarismus bilden, ist schon recht oft hingewiesen worden, gleichwohl müssen immer wieder die jungen wehrpflichtigen Leute, hinter denen sich in diesen Tagen die Pforten der Kasernen schließen werden, angehalten werden, gegen das schändliche Unwesen, das in den Kasernen wuchert, energisch Front zu machen.

Allerdings liegt es in der Praxis so, daß die Rekruten sich in den wenigsten Fällen der Rohheiten der älteren Jahrgänge erwehren können, denn in der Schikanierung bezogen diese Mannschaften eine Solidarität, die wahrlich einer besseren Sache würdig wäre. So gilt es als ganz selbstverständlich, daß der Rekrut die Sachen des „angehenden Reservemannnes“ putzt, die Stube feht, kurz alle möglichen Dienstleistungen machen muß, unbefummert, ob der Rekrut mit seinen eigenen Sachen fertig wird. Dazu tritt das Verlangen der alten Leute nach einer ehrfürchtigen Behandlung seitens der Rekruten, was in ihrer Annahme zugleich lächerlich und abstoßend wirkt. Durchweg sind es natürlich die dümmsten und rückständigsten Elemente unter den alten Leuten, die sich hervortun und sich dann noch mit der traurigen Rolle, die sie spielen, als wie mit einer Delikatesse brüsten. Als Beschönigung für solch gewissenloses Treiben hört man recht oft, es sei immer so gewesen, als Rekrut hätte man die gleichen Drangsalierungen erduldet, kurz, Gründe, wie sie im gewerblichen Leben der rückständigste Arbeiter gebraucht, um eine schmachliche Behandlung von wehr-losen Lehrlingen zu rechtfertigen.

In der Regel genügt die Tyrannei, die von den „alten Leuten“ über die jüngeren Mannschaften ausgeübt wird, weitgehendste Unterstützung mancher Vorgesetzten. In, in stillen Stunden werden die alten Jahrgänge direkt oder indirekt aufgefordert, zur Erzielung des nötigen Schneids einen erzieherischen Einfluß auszuüben, der dann in der Form von Klopf-peitschen, Zuhritten, Pöffen, kurz, in allen möglichen Vorgehen in die Erscheinung tritt.

Es liegt auf der Hand, daß geistig zurückgebliebene und körperlich schwache Leute besonders das Zielobjekt wahrer Schänderkammermaltheiten sind, durch die ihnen die Jahre des Dienstes in des Wortes wahrster Bedeutung zu einer Qual werden durch — ihre eigenen Kameraden.

Es liegen sich unzählige Beispiele zu diesem traurigen Kapitel anführen, das ebensowohl in der geistigen und sittlichen Qualität der Persönlichkeit begründet ist, wie es mit den Ausschreitungen der Vorgesetzten und dem militärischen System im unmittelbaren Zusammenhang steht.

Allein es ist auch ein Gebiet, auf dem die Mannschaften selbst zur Reformierung des militärischen Wesens intensiv beizutragen können, indem sie in jedem Soldaten einen ebenso unter dem militärischen Drill leidenden Kameraden sehen, dem man in allen Situationen hilfreich mit Rat und Tat zur Seite stehen muß. Vor Allen Dingen darf beim Eintritt in die Kaserne der in der Arbeiterbewegung gehegte und gepflegte Geist der Solidarität und der Bruderliebe nicht abgestreift werden. Und die Klassengenossen, die in diesen Tagen in die Kaserne ihren Einzug halten, sie können ihr Leil dazu beitragen, daß auch in die Kaserne, unter die eigenen Kameraden, ein brüderlicher Geist einziehe.

Das Bewußtsein, nach dieser Richtung hin pflichtgemäß gehandelt zu haben, wird dann später, wenn die früheren Kameraden nebeneinander in Reih und Glied in den Arbeiterorganisationen stehen, die schönste Erinnerung bilden, an die Jahre der Dienstzeit im „vornehmsten“ Rod.

Das Obdach der Stadt Berlin

hat in der Abteilung für nächtlich Obdachlose im Statsjahre 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912) eine weitere Steigerung der Frequenz gehabt. Der jetzt vom Magistrat

bekannt gegebene Verwaltungsbericht meldet, daß diesmal 1 130 404 Personen beherbergt wurden, wieder noch um 108 910 mehr als im vorhergehenden Jahre. Am stärksten war der Zubrang im Januar und im Februar 1912, wo allein 149 524 und 147 100 Personen aufgenommen werden mußten. Unter 4000 blieb die Zahl der Aufnahmen im Januar an einem einzigen Tage, im Februar an keinem Tage, über 5000 ging sie hinaus im Januar an 13 Tagen, im Februar an 16 Tagen (am 6. Februar bis zur Höchstzahl 5619). In dem Jahr 1906/07 bis 1910/11 waren 549 498, 629 178, 866 300, 969 853, 1 021 494 Personen aufgenommen worden, die Frequenz von 1911/12 war also mit 1 130 404 Personen über doppelt so hoch, wie fünf Jahre vorher. Alle Versuche, den unerwünschten Strom der Obdachsuchenden einzudämmen sind erfolglos geblieben. Weder das alte Mittel, die zu häufig kommenden Gäste dem Strafrichter zu übergeben, noch das neuere, die arbeitsfähigen an die Arbeiterkolonien zu verweisen, hat einen nennenswerten Einfluß auf die Obdachlosenfrequenz gehabt. Die Jahresberichte verschweigen jetzt, wie viele Obdachgäste dem Richter vorgeführt werden. Wir vermuten, daß ihre Zahl im letzten Jahr nicht geringer geworden ist. Ungefähr auf gleicher Höhe, wie im vorletzten Jahr ist auch die Zahl der Ueberweisungen an Arbeiterkolonien geblieben. Nach Strausberg, Hoffnungstal und Gnadenhof wurden im vorletzten Jahr zusammen 1154, im letzten Jahre zusammen 1145 Obdachgäste überwiesen. Von dem im Obdach vor einigen Jahren eingeführten Arbeitszwang erzählt der Bericht, daß er „sich auch fernerhin“ gut bewährt“ habe. Er besteht darin, daß die Arbeitsfähigen vor ihrer Entlassung noch bis zu zwei Stunden mit Holzzerkleinern beschäftigt werden. Arbeitsverweigerungen kommen selten vor; wer sich weigerte, wurde dem Strafrichter überwiesen. Im Zusammenhang hiermit sagt der Bericht, daß unter den Gästen des Obdachs die Jugendlichen sich weiter vermindert haben. Das ist der einzige Erfolg, auf den hingewiesen werden kann. Wieder wird behauptet, daß ein erheblicher Teil der Obdachbesucher aus der Umgebung Berlins und aus der Provinz kommen, doch fehlt, wie in den Vorjahren, jede Zahlenangabe hierüber. Auch die Lage wird wiederholt, daß Berlin den Vororten die Obdachlosen abnehme, ohne für ihre Obdachlosen einen Kostenersatz zu fordern. Ueber die wirtschaftlichen Ursachen der un-aufhaltenden Flut von Elend, die in den Ziffern der Obdach-requenz sich ausdrückt, sagt der Bericht — wie üblich — nichts.

Der Tarif der Berliner Stadt- und Ringbahn zählt bekanntlich einfach die Stationen, ohne die Entfernungen zu berücksichtigen. Infolge der fortgesetzten Eröffnung neuer Stationen erhöhen sich so die Fahrpreise immer mehr. Diese Erhöhung wird aber durch eine Eigentümlichkeit des Tarifs verschärft, die leicht zu beseitigen wäre. Der Tarif kennt bekanntlich nur zwei Sätze, für die III. Klasse 10 und 20 Pf., für die II. Klasse 15 und 30 Pf. Er könnte in einfacher Weise dadurch gemildert werden, daß man Zwischenstufen zu 15 Pf. für die III. Klasse und 20 und 25 Pf. für die II. Klasse einführen würde. Die Hoch- und Untergangsbahn hat diesen Tarif bekanntlich schon längst. Auch für die Stadt- und Ringbahn könnte man ihn in ähnlicher Weise festlegen, daß eine Fahrt in der III. Klasse bis fünf Stationen 10 Pf., etwa bis zur neunten Station 15 Pf. und darüber 20 Pf. kosten würde. Eine Erhöhung des Tarifs durch die Eröffnung einer neuen Station wäre dann nicht mehr so empfindlich für die Anwohner, die auf die Verkehrseinrichtungen angewiesen sind, deren Fahrpreis jetzt verdoppelt zu werden pflegt.

Oberbürgermeister Wermuth und die Tenierungspetition. Das Nachrichtenamt meldet: Eine tiefsie Zeitung verbreitet die Nachricht, Oberbürgermeister Wermuth habe sich geweigert, die kürzlich an den Reichsanwalt gerichtete Groß-Berliner Eingabe wegen Ermöglichung der Einfuhr von Bekleidungsstoffen zu unterzeichnen. Wir sind zu der Mitteilung ermächtigt, daß Herr Wermuth nicht nur die Eingabe vollzogen, sondern auch an ihrer Ausarbeitung maßgebenden Anteil genommen hat.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, Linstr. 11 I, teilt mit, daß seine Ausbildungskurse für weibliches Hauspersonal im Oktober neu beginnen. Es können noch Anmeldungen erfolgen zum Plättkurus. Gelehrt wird: Kollwasche, Stutzen, Kleider, Strogon und Manschetten plätten.

Schneiderkursus. Gelehrt wird: Zuschneiden und Abändern nach Schnitt, Anfertigung von Hauskleidern, einfachen Röcken und Blusen.

Ausweiskursus. Gelehrt wird: Stopfen feiner Leib- und Tischwäse, Flicken einlegen, Hand- und Maschinennähen usw.

Honorar pro Kurus: Vierteljährlich 4,50 Mark inklusive Material.

Unterricht: Je einmal wöchentlich 1/28—1/10 Uhr. Anmeldungen schriftlich oder mündlich Linstr. 11 I. Geöffnet 9—12 und 4—7.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis glaubt den Wünschen der Hausfrauen, die über nicht genügend ausgebildetes Personal klagen, mit dieser Einrichtung entgegen zu kommen und den Mädchen für ihren Beruf sowie später für den eigenen Haushalt eine erwünschte Ausbildung zu geben.

Aus der Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins. Infolge starker Regenfälle im Juli d. J. sind durch die großen Wassermengen, die glatten Abflus in die Kanalisationsleitungen nicht haben finden können, Grundstücksbeschädigungen vorgekommen, für welche die betreffenden Grundbesitzer Schadenersatz von der Stadtgemeinde verlangt haben. Wenn auch eine Freigepflicht nicht besteht, so hat man doch die Absicht, den Geschädigten zum Teil entgegenzukommen. Es ist deshalb durch die beteiligten Organe unter Zuziehung der Besitzer eine Verhandlung über eine zu gewährenden Beihilfe in die Wege geleitet worden, die im allgemeinen Erfolge gedacht hat. Die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Güter Berlins hat deshalb beschlossen, sobald überall Einigkeit besteht, an die Gemeindebehörden wegen Bewilligung der durch Uebereinkunft festgestellten Beträge als Beihilfe heranzutreten. Am den Arbeitern auf den städtischen Gütern in weiterem Umfang bessere Wohnungsverhältnisse zu schaffen, sollen noch in Schneydorf zwei Vierfamilienhäuser und auf dem abseits gelegenen Gute Albershof bei Bernau ein Gemeinschaftshaus für 20 unverheiratete Arbeiter nach dem Muster des erst vor einiger Zeit in Hohrechtsfelde in Betrieb genommenen Hauses, das sich vorzüglich bewährt hat, erbaut werden. — Beim Anlauf von Lindereien zu Rieselwörden hat eine Versteigerung der Auhengrenzen gegen fremde Besitzer nicht immer stattgefunden, weil die vorhandene örtliche Begrenzung durch Raine, Wälle, Hecken, Gräben usw. gegeben war. Die Größe dieses Besitzes außerhalb des Berliner Reichsbildes beträgt zurzeit etwa 17 000 Hektar — zirka 70 000 Morgen — mit einer Auhengrenzlänge von etwa 400 Kilometern. Bei der großen Grenz-länge und den vielen Grenzmarkern hat es sich im Laufe der Jahre als notwendig herausgestellt, die Grenzen zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten durch eine dauerhafte Ver-markung mit Grenzsteinen zu sichern, zumal bereits hart an den Rieselwörden die Vantätigkeit einsetzt. Die Fest-stellung der Auhengrenzen der Rieselwörden ist daher zur zweifelsfreien Sicherung des städtischen Besitzes unbedingt geboten, sie bildet gleichzeitig die Grundlage für eine eventuelle Vermessung des ganzen Besitzes. Die Deputation hat daher beschlossen, die Versteigerung der Auhengrenzen vornehmen zu lassen und zu diesem Zweck für die folgenden vier Statsjahre eine Summe von je 10 000 R. in den Etat einzustellen.

Eine Belästigung des Publikums auf den elektrischen Straßenbahnen ist die Kontrolle der gelösten Fahrcheine durch besonders angestellte Beamte, ein Ueberbleibsel aus der Zeit, als es sich noch „so gemächlich auf der Pferdebahn“ fahren ließ, wo eine sehr fleißige und genaue Kontrolle geübt wurde. Diese Kontrolle ist ebenso überflüssig wie lästig. Widerwillig und ärgerlich geben die meisten Fahr-gäste ihre Zettel her, und mancher muß erst in allen Zeichen suchen, weil er den Zettel achlos beiseite gesteckt hat. Bei dem wachsenden Verkehr ist die Kontrolle seltener geworden als früher, aber wer Beach hat, muß sich heute noch auf einer Fahrt zweimal kontrollieren lassen, nachdem er seinen Schein vielleicht nach der ersten Kontrolle weggeworfen hat. Für den Beobachter ist es monoton belästigend zu sehen, wie man sich bei dieser Maßnahme gegenseitig ärgert, obgleich natürlich dem Kontrolleur jede Absicht fernliegt. So rächen sich manche Fahrgäste an dem unglücklichen Beamten da-durch, daß sie ihre Fahrcheine fest zusammenhalten und mit schei-bar gleichgültiger Miene dem Beamten reichen, der mit nervös arbeitenden Fingern die wertvolle Nutzwert über 10 Pf. zu entfallen sucht. Schweigend, aber mit einem bitterbösen Blick, gibt er den Zettel zurück. Die Kontrolleure wissen, wie ungern sie gesehen werden und sind in der Regel bestrebt, durch eine ausgeübte Höflichkeit ein wenig Entgegenkommen zu gewinnen. Sie grüßen sehr freundlich, sie bitten und danken, aber das Publikum verhält sich durchaus ablehnend, es läßt sich belästigen.

In manchen Weltstädten, wo der Straßenbahnverkehr vielleicht noch stärker ist als in Berlin, gibt man nicht einmal Fahrcheine aus, von einer Nachprüfung dieser Fahrcheine durch besonders angestellte Beamte gar nicht zu reden. Da sammelt der Schaffner die Ridel und bei jedem Ridel läßt er scharf und kurz die Kontrolluhr im Wagen erklingen und das genügt. Sollte es einmal vorkommen, daß im Gedränge einer mißfährt, ohne seinen Obolus zu entrichten, nun, so weiß die Gesellschaft diesen schweren Verlust zu tragen, schon aus dem Grunde, weil die Kontrolle auch nicht umsonst zu haben ist. Nun werden aber in vielen Städten Fahrcheine anderer Art auf Verlangen ausgegeben, die das Publikum gern sorgfältig aufhebt und willig der Kontrolle unterwirft, denn hier handelt es sich um ein Entgegenkommen im Verkehr und nicht um eine Belästigung. Die Uebergangsfahrcheine sind gemeint, die an bestimmten Punkten der Linie zum Uebergang in eine andere, nach einer anderen Rich-tung hin, berechtigen, ohne daß man von neuem einen Ridel zu bezahlen braucht. Solche Fahrcheine würden sich die Berliner wohl auch gefallen lassen. Das wäre eine den Verkehr fördernde und zur Benutzung anregende Einrichtung, die auch die Sorge, daß sie etwa einen Verlust bringen könnte, nicht rechtfertigen würde, denn was den Verkehr erleichtert, hebt ihn zugleich.

Wie ist Einfuhr und Verkauf des von der Regierung jetzt zu-gelassenen ausländischen Fleisches in Berlin zu gestalten? Unter dem Vorsitz des Stadtrats Berndt und unter Teilnahme des stell-vertretenden Direktors der Markthallen, Oberinspektor Spieler und des Direktors des Vieh- und Schlachthofes, Veterinärarzt Gohly, wurde diese Frage gestern mit einer Anzahl Fleischermeister, unter denen auch der Obermeister Kriesche sich befand, verhandelt. Man erörterte, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, die Haupt-schwierigkeit für die Verwirklichung dieser Fleischereinfuhr in der von der Regierung gestellten Bedingung, daß die Preise für den Detail-verkauf unter behördlicher Mitwirkung festgelegt werden sollen. Die Stadtverwaltung wird bemüht sein, in erster Linie und soviel wie möglich die Fleischermeister zum Vertrieb des Fleisches heranzuziehen, wenn sie sich der Kontrolle in dieser Hinsicht unterwerfen. Die Ver-handlungen führten noch nicht zu einem definitiven Ergebnis, sondern werden demnächst fortgesetzt werden. Die Organisationen der Berliner Fleischermeister werden sofort zu einer Beratung zusammen-treten.

Ueber eine Entgleisung auf der Stadtbahn wird gemeldet: Heute vormittag 1 Uhr 3 Minuten entgleiste am östlichen Ende des Bahnhofes Charlottenburg in Kilometerstation 10,76 Gleis Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof die vordere Tender-Klasse der Lokomotive des D-Zuges 25 infolge Bruchs der linken Tragsäule. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Materialschaden ist nicht entstanden, Personen sind nicht verletzt. Die Reisenden stiegen am Bahnhof in einen dort bereitstehenden Vorortzug nach dem Schlesischen Bahnhof um und fuhren nach einem Aufenthalt von 40 Minuten weiter.

Einen unheimlichen Fund machte vorgestern nachmittags ein Fahr-gast in einem Zuge der Wannesebahn. Kurz vor dem Bahnhof Wannsee fand er in einem leeren Abteil einen Pappkarton, der den Aufdruck „A. L. Rohr, G. m. b. H., Wahrenfeld“ trug. Als er den Karton öffnete, fand er in drei weiche Schürzen eingewickelt die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Um den Hals des Kindes war ein weißes Band gewickelt, mit dem es, wie Bürgemeister zeigen, erdroffelt worden ist. Von den drei Schürzen war eine blaupunktiert, die andere weiß und die dritte buntpunktirt. Der Finder übergab die Leiche der Wabuhspolizei, die sie nach der Halle in Wannsee bringen ließ. Die Nachforschungen danach, wer den Karton in dem Zuge zurückgelassen hat, waren bisher ohne Erfolg.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadt-verordnetenfraktion im verflossenen Jahre nahm am Dienstag eine Generalversammlung des Wahlvereins bei Vartich, Hermannstraße, entgegen. Der Referent, Genosse Dr. Silberstein, ließ in großen Zügen das Wirken unserer Genossen im Stadtparlament Revue passieren. Wenn es nicht gelungen sei, all die Wünsche und Anträge zu verwirklichen, so liege es daran, daß man es im Neuköllner Stadtparlament mit einer ganz reaktionären und rück-schrittlichen bürgerlichen Mehrheit zu tun habe. Ihre reaktionäre Bestimmung hätten die Bürgerlichen zunächst bei der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die Aufstellung der Wählerlisten anstatt nach dem Prinzip der Drittelung nach dem der Zwölftelung vornehmen zu lassen, fundgetan. Die Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrages hätte namentlich den entredeten Schichten der Bevölkerung einen größeren Einfluß auf die Politik im Stadtparlament gesichert. Aber gerade das wollten die bürgerlichen Vertreter wie auch der Magistrat mit allen Mitteln verhindern. Welch ungläublich reaktionärer Mittel der Magistrat sich bediene, wenn es gelte, die Arbeiterklasse zu entrechten, zeigten am besten die für die kommende Wahl aufgestellten Wählerlisten. Bei genauer Durchsicht derselben habe man wahrgenommen, daß der Magistrat sich selbst mit 20 000 Mark als Steuerzahler habe in diese Liste eintragen lassen. Doch keine Gemeinde habe es bisher gewagt, in dieser Weise das Dreiklassenwahlrecht zu ver-schletern. Durch diesen reaktionären Streich würde wieder eine große Anzahl Wähler aus der zweiten in die dritte Klasse abge-schoben.

Im bevorstehenden Wahlkampf werde die Sozialdemokratie zu zeigen haben, daß nur ihre Vertreter für das Allgemeine wohl gesorgt haben. Wie leicht dieser Nachweis geführt werden kann, zeigte Silberstein an zahlreichen Beispielen. Besonders hob er das gänz-liche Versagen der Bürgerlichen hervor, als es sich darum handelte, die beschwerlichsten Anfänge einer Arbeitslosenversicherung zu machen. Die Lösung dieser gerade für die Arbeiterstadt Neukölln von bedeutungs-vollen Frage erwarte man vom Zweverband, der doch wahrlich nichts damit zu tun haben könne. Mißstände schlimmster Art zeigten sich des weiteren im Submissionswesen. Bei der Behandlung der Lebensmittelversteigerungsfrage und der dabei gestellten Forderung unserer Vertreter, auf den städtischen Gütern selbst Viehzucht zu be-treiben, habe sich herausgestellt, daß der Magistrat von Personen beraten werde, die selbst Mitglied des Bundes der Land-wirte seien. Geradezu tröstlos sei es noch um das Volksgul-

wesen bestellt. Bei der hohen Klassenfrequenz (34-55 im Durchschnitt und mitunter 65, ja 70 im Maximum) sei, abgesehen von der gesundheitlichen Schädigung, welcher die Schulkinder ausgesetzt sind, ein geistlicher Schulunterricht unmöglich. Im Gegensatz zur Volksschule habe man für die Ausgestaltung des höheren Schulwesens nicht schnell Sorge getragen. In seinen weiteren Darlegungen wieder der Referent nach, daß auf dem Gebiete der Schulhygiene, der dauernden ärztlichen Beobachtung der Schulkinder, der Schulzapselung usw. nicht nur noch nicht einmal die bescheidensten Forderungen erfüllt, die man an eine Großstadt zu stellen be- rechtigt sei.

Auch müsse die Stadt, um den dringendsten Anforderungen zu genügen, viel schneller und umfangreicher für die Erweiterung des Krankenhauses Sorge tragen. Daß auch hierfür Mittel flüssig gemacht werden könnten, beweiße der Magistrat stets, wenn es gelte, königliche Kustalten herzubekommen; da spielten oft Hundert- tausende von Mark keine Rolle. Die Bereitwilligkeit der Vergabe von Mitteln hierzu sei allerdings diktiert von dem Ver- streben, möglichst besseres Publikum in den Ort zu bekommen, um so die Arbeiterklasse einflußlos auf die kommunalen Ge- schäfte zu erhalten. Am Schlusse seiner Darlegungen erwähnte der Referent noch die Stellung der Fraktion zur Steuer- frage, die bei einzelnen Genossen nicht Wägung gefunden zu haben scheint. Mit Rücksicht auf die prekäre Finanzlage, in der sich Neukölln befinde, wäre die sozialdemokratische Fraktion geneigt, die Erhöhung des Steuerzuschlages von 100 auf 110 Proz. ihre Zustimmung zu geben. Wohl sei sie sich bewußt, daß durch diese Erhöhung gerade die Arbeiterklasse am schwersten betroffen werde, -ber auch sie werde sich, wenn die Steuererhöhung zur Verringerung notwendiger Kulturaufgaben erforderlich sei, damit abfinden. Ginge es nach den Forderungen der Sozialdemokratie und wäre die Steuer- frage nicht eine Frage, in die der Staat hineinzureden hätte, so würden die sozialdemokratischen Vertreter einfach ihre grund- sätzliche Forderung auf progressive Besteuerung auch in den Kommunen durchzuführen, das dringende Verlangen stellen. So aber müsse für jede Ausgabe auch Dedung vorhanden sein. In Neukölln verhältnißmäßig die Ausgaben für das Schulwesen allein das anderthalbfache des Einkommensverhältnisses. So also wolle man zur Ver- ringering aller übrigen dringenden Aufgaben die Mittel hernehmen? Würde nicht eine solche kommunale Verklüftung Groß-Berlins herrschen, so könnte auch auf diesem Gebiete ein gerechterer Aus- gleich der Orte unter einander geschaffen werden. Zudem habe Neukölln an die Provinz jährlich 500 000 M. abzugeben, wofür es rein gar keinen Nutzen ziehe. Daß es um die Finanzen Neuköllns so elend bestellt sei, läge nicht zum mindesten daran, daß die bürgerlichen Vertreter die von den Sozialdemokraten gestellte Forderung auf Einführung einer Wertzuwachssteuer abgelehnt hätten. Wollte die sozialdemokratische Fraktion nicht, daß sie - wenn sie einmal die Mehrheit erlangt - die Kommune in einem bankrotten Zustande übernimmt, so müsse sie dafür Sorge tragen, daß die kommunalen Finanzen auf einer gesunden Grundlage basieren. Alles in allem müsse er, Redner, betonen, daß die sozialdemokratischen Vertreter den Kampf geführt haben in der trohen Hoffnung, der Sache des Sozialismus und der Demokratie nach besten Kräften zu dienen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der regen Dis- kussion wurde u. a. die Frage aufgeworfen, ob man denn immer eine Gewähr dafür habe, daß die aus der Steuererhöhung fließenden Beträge auch immer für kulturelle Zwecke ver- wendet würden. Ein Redner teilte mit, daß in der Gemein- schule Prinz-Handjery-Straße noch nicht einmal Wasserpump- vorrichtungen vorhanden seien. Ein Genosse wünschte, daß bei der Besetzung der Steuereinschätzungscommissionen die Parteigenossen in reichlicherem Maße zugezogen werden möchten, damit den mannigfaltigen Härten in der steuerlichen Veranlagung gerade der Ärmsten von vornherein Abbruch getan werden könne. Der Vorsitzende, Genosse Scholz, teilte hierzu mit, daß die sozial- demokratische Fraktion ein Zustand anstrebe wie er in Berlin be- stehe, wonach einem Stadtverordneten ein bestimmter Bezirk zugeteilt werde.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Anstellung eines Parteisekretärs. Da die bisherige Vorstandsliste aus den einzelnen Bezirken eine genügende Auswahl von Bewerbern nicht ergeben hat, soll die Stelle ausgeschrieben und die Wahl des Angewählten in einer Generalversammlung vorgenommen werden. Eine längere Debatte rief noch der Vorschlag des Vorstandes her- vor, wonach in Zukunft zu den 24 Bezirksführern ebensoviel Bezirks- kassierer gewählt werden sollen. Von einigen Rednern wurde aus- gesprochen, daß die Arbeiten von den Bezirksführern auch in Zukunft allein bewältigt werden könnten. Demgegenüber betonten mit Nachdruck die Genossen Keller und Scholz, daß diese Neuerung getroffen werden solle im Interesse der besseren Abwicklung der organisatorischen und agitatorischen Arbeiten. Die Versammlung stimmte denn auch mit großer Mehrheit dem Vorschlage zu. Ein Antrag, die Frage noch einmal zur Beratung an die Bezirke zu ver- weisen, wurde abgelehnt.

Sichtenberg. Schnurwegerei. Der Bund der Festbedienten hat durch seine Zeitung schon öfter geäußerte Verwünschungen noch „oben“ gemacht. Die Absicht ist immer zu aufdringlich, als daß sie verkannt werden könnte. Durch Liebhabereien will man sich die Wege zum Empor- rücken öffnen. Das in den Fragen der Besoldung sowie in allen sozialen Angelegenheiten die Sozialdemokratie die treibende Kraft ist, ohne die Sozialdemokratie die Verhältnisse für die Angestellten längst nicht in dem Maße, wie bisher geübt, gebessert worden wären, weiß man natürlich ganz genau, trotzdem hält es die Zeitung des Bundes der Festbedienten für erzießlich, in geistig-propa- gander Weise eine althergebrachte Feindschaft gegen die Sozialdemokratie zur Schau zu tragen. So auch jetzt wieder. Für nächsten Sonntag hat der Bund eine Versammlung nach der „Neuen Welt“ einberufen. Davon macht er den Bureau des Stadtverordnetenversammlungen Mit- teilung unter Beifügung folgender Schweiwedelei:

„Indem wir hiermit die bürgerlichen Herren Mit- glieder der Stadtverordnetenversammlung ersuchen zur Teilnahme einladen, bitten wir, diese Einladung den in Ver- rath kommenden Herren Stadtverordneten übermitteln zu wollen. Die Reichs- und Staatsregierung sowie die bürgerlichen Mitglieder des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses haben gleichfalls Einladungen erhalten.“

Mit vorläufiger Hochachtung
Der geschäftsführende Bundesvorstand.
J. A.; gez. Bornemann, 2. Vors.

Entweder die Bundesleitung ist der Ansicht, die Stadtverordneten- bureau des leichten, entsinkt von der aufdringlichen Bemühungs- bedienung, unerlaubt private Arbeit, oder aber, der Bund ist dümm- genug, nicht zu wissen, daß die Bureau offizielle Schreiben seinem Stadtverordneten unterschlagen dürfen. Ueber die befandene Be- stimmungen, „Wichtig“ vertiere“ wir kein Wort. Wenn die Bundes- mitglieder sich solche Zeitung, mit solchen Verhältnissen gefallen lassen, dann sind sie ihrer und der - Erfolge wert.

Eichwalde. Nach Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 10 000 M. ist seit Montag der hiesige Gendarmerie-Zahlmeister Wilhelm Bürger flüchtig geworden. Bürger, der in seinem Nebenamt Verwalter mehrerer großer Häuser ist, wurde im Frühjahr mit Hilfe der zusammengetriebenen Bahn-, Post- und Gemeindebeamten und Arbeiter an Stelle des aus Eichwalde verzogenen Herrn Ehlers in die Gemeindevertretung gewählt und trat hier sehr forsch gegen den Vorsteher und für die Grundbesitzer auf. Jetzt ist die „Ordnungs- säule“ geborsten. Mit dem Gelde, das er am 1. Oktober zur Gehalts- zahlung abgehoben hatte, ist er entflohen. Bald nachdem die Flucht entdeckt wurde, wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Ob weitere Ver- untretungen vorliegen, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Somit stehen unsere Parteigenossen schon wieder vor einer Ersatzwahl in der 3. Klasse zur Gemeindevertretung.

Wie uns mitgeteilt wird, konnte sich der Defraudant in Eich- walde in der Belämpfung der Sozialdemokratie nicht genug tun. Wurde er doch bei der letzten Gemeindevertreterwahl von allen bürgerlichen Parteien als Kandidat erhoben und durch die unsauber- sten Manipulationen, Kommandierung der Bahn-, Post- und Ge- meindebeamten und Arbeiter dann auch gegen den sozialdemokrati- schen Kandidaten gewählt.

Für seine Wahl hatten sich sämtliche Ortsgroßen verwandt. In einem Flugblatt wurde er als ein Muster von Tugend und Pflichttreue hingestellt, als der geeignetste Kandidat, um der Begehrtheit und den Ansturzgefahren der roten Rote entgegen- zutreten. Und nun nach ganz kurzer Zeit diese Blamage.

Steglich. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins be- schäftigte sich am Freitag mit dem Parteitage in Chemnitz. Den Bericht gab Genosse Pieck. Der Verlauf des Parteitages befriedigte in Hinsicht auf die Fülle der geleisteten Arbeit. Die starke Be- teiligung der Tagesordnung habe eingehendere Erörterungen über die einzelnen Themata und die Anträge ermöglicht. Auf dem Parteitage habe sich die Tendenz, den Austrag von Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden, wodurch die Massen nur über die tatsächlich vor- handenen Gegensätze hinweggetäuscht würden, bemerkbar gemacht. Dadurch, daß fast alle Referate von Parteivorstandsmitgliedern ge- halten wurden, sei die Meinung des Parteivorstandes zu stark in den Vordergrund geschoben und dadurch die Kritik unbewußt be- einträchtigt worden. - Redner verbreitete sich über die einzelnen Punkte der Tagesordnung in ausführlicher Weise. Der Bericht fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion wurde die Berichterstattung des „Vorwärts“ über den Parteitag kritisiert. Das Zentralorgan der Partei sei hier hinter der bürgerlichen Presse zurückgeblieben. Die Herausgabe einer Montagnummer des „Vorwärts“ sei not- wendig gewesen. In der Frage der Reorganisation seien die Wünsche des linken Flügels, insbesondere die der norddeutschen Gegner zu wenig beachtet worden. In der Göttinger Angelegen- heit habe der Parteivorstand sich zweifellos demüht, den Göttinger Genossen im weitesten Maße entgegen zu kommen. Genossin Dunder behauptete, daß der Parteivorstand dem württembergischen Landesvorstand ein zu starkes Vertrauen entgegengebracht habe. Eine Reueinteilung der Bezirksorganisation müsse zur Wahrung der Demokratie baldigst vorgenommen werden.

Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde folgende Reso- lution beantragt:

„Die Versammlung anerkennt die arbeitsreiche Tätigkeit des Parteitages. - Die Verammelten verurteilen die Erklärung der Delegierten Rohs, Heller, Mühl, Böhm und Thurow gegen die Ausführungen des Genossen Pieck über das Stichwahlabkommen. Eine solche Verechtigung zur Abgabe der Erklärung befehlen die Delegierten schon deshalb nicht, weil die Kreisgeneralversammlung ein Urteil zum Stichwahlabkommen nicht gefällt hatte. Derartige Erklärungen sind geeignet, das Ansehen des Parteitages herabzu- mindern.“

Die Resolution wurde gegen eine Stimme, die sich nur gegen den letzten Satz wendete, angenommen.

Brix-Burrow.

Den Bericht vom Parteitag erstattete in der Mitgliederversamm- lung des Wahlvereins Genosse Thurow. Im allgemeinen gab Redner seiner Zufriedenheit über den Verlauf des Parteitages und die dort gefassten Beschlüsse Ausdruck. Zu begrüßen sei es, daß mindestens alle Vierteljahre der Parteiauswahl zur engeren Be- ratung mit dem Parteivorstand zusammenzutreten. Auch dürfte die Zustimmung, daß Sonderkonferenzen nicht mehr stattfinden sollen, unter den Genossen des ganzen Reiches nur freudig begrüßt werden. In der Frage der Waise bedauerte Redner die Aufhebung des Nürnbergers Beschlusses, der nur durch unverständliche Auffassung der Delegierten zustande gekommen sein könne. Durch reichen Bei- fall und Annahme einer Resolution gaben die Verammelten ihr Einverständnis mit dem vom Parteitag gefassten Beschlusse zu er- kennen. Ueber die Gemeindevertretung referierte alsdann Genosse Vrenslow. Redner rügte die Methode, wie die Gemeindevertretung ihre Geschäfte erledige. Es herrsche das Bestreben vor, alles in Kommissionsitzungen abzuwickeln; dadurch würden die öffentlichen Gemeindevertreterungen nur zu reinen Abstimmungsitzungen de- gradiert. Oft komme es vor, daß in Kommissionsitzungen bürger- liche Gemeindevorteiler mitberaten, die bei Submissionsvergebungen entweder direkt oder durch Verwandtschaft stark interessiert seien. Der Gemeindevorsteher scheine eine gewisse Scheu vor der Sozial- demokratie zu haben, was Redner an einem Beispiel nachzuweisen suchte. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß die Bürgerlichen die trampfastesten An- strengungen machen, die schulentlassene Jugend in ihrem Sinne zu erziehen. Dem sei, wie der Vorsitzende betonte, nur vorzuzugun, wenn die Arbeiterkassen ihren Einfluß auf ihre Kinder in viel inten- siverer Weise geltend machen.

Nieder-Schöneweide.

Die Gemeindeverwaltung ist auf Grund der von unseren Ge- nossen gestellten Anträge zweifelsfrei von der Deutschen Dampf- schifferei-Gesellschaft „Nordsee“ in Verbindung zu treten. Demzufolge hat die Gesellschaft vom 2. Oktober d. J. bis auf weiteres an jedem Mittwoch in dem von der Ge- meinde unentgeltlich zur Verfügung gestellten Laden im Hause Berliner Straße 23, von 8-12 Uhr vormittags, einen Verlauf von Briefen eingerichtet. Die Briefsorten und deren Preis werden jedesmal vorher öffentlich bekanntgegeben. Die Briefe für den Verlauf am 2. Oktober d. J. waren folgende: Schweiß ohne Kopf pro Pfund 28 Pf., Schweiß mittel 25 Pf., Radeisen ohne Kopf 25 Pf., Seelachs ohne Kopf 25 Pf., Straßschollen kleine 20 Pf., groß-mittel 30 Pf., Rotzungen kleine 20 Pf. Es wäre sehr erwünscht, daß die Arbeiterkassen diese Einrichtung rege benützt und für deren Bekanntmachung nach Kräften sorgt.

Reinickendorf.

Ueber Maßnahmen zur Milderung der Tenierung wird die Gemeindevertretung in ihrer am heutigen Donnerstag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus stattfindenden Sitzung beraten. Unsere Genossen haben hierzu die bekannten Anträge gestellt.

Weißensee.

Die Partei Konitz spielte bei den letzten Kirchenvahlen am hiesigen Ort eine Rolle und zwar insofern, als sie in der Kirchen- vertretung die Mehrheit hat und daher alles, was der Mehrheit der politischen Vertretung nur etwa nahe steht, meuchlings abrut. So wollte man kürzlich einen Hilsprediger trotz früherer Versprechungen nicht anstellen. In einer gutbesuchten Versammlung wurden die Wahlen der Partei Konitz, die im kirchlichen Sinne weder liberal noch positiv ist, genügend gekennzeichnet. Dem verhöhen Pfarrer habe man vorgeworfen, er sei nicht konfessionell genug im Um- gange, außerdem sei er zu alt im Dienste, zu selbständig, zu liberal, er gebe zu viel in die Vereine und obendrein sei er krank. Die Anwesenden wählten ein großes Aktionskomitee, das je nach dem Anfall der Pfarrerwahl die Kirchenvahlen gestalten sollte, da gerade in diesem Jahre die Mehrheit der „Konitzianer“ ausweidete. Die Wahl hat nun stattgefunden und es ist derbeifrorene Pfarrer mit 16 gegen 10 Stimmen unterlegen. Die „Konitzianer“ gingen planmäßig zu Werke, sogar der tollkranke Pfarrer der Ortsteil- konfession mußte das Krankenhaus verlassen, um seiner Wohlthätigkeit zu genügen. Derselbe Herr, der in unadhägen Fällen Sünden von Uebertretungen der Krankenvorschriften in Strafe genommen, hatte hiermit keine „heilige Pflicht“ erfüllt. Das gewählte Wahlaktions- komitee will nun das jetzt bestehende Regiment der Kirchenverwaltung beseitigen.

Mahndorfer Mühle.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins - Be- zirk Schöneiche und Umgebung - erstattete Genosse Küller den Be- richt vom Parteitag. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Ver- sammlung mit den gefassten Beschlüssen desselben einverstanden. Die Genossin Tobias brachte dann zur Kenntnis, daß die Bezirks- leitung eine größere Agitation unter den Frauen plane, es finde deshalb in diesem Monat eine öffentliche Frauenversammlung in Schöneiche statt. In den Bildungsausschuss wählte die Versammlung die Genossen May, Panitz und Wawewig.

Herzfelde.

Einen verhängnisvollen Ausgang hätte leicht ein Unglücksfall nehmen können, der sich vorgestern beim Kanalbau am Möllensee in der Nähe von Alt-Buchhorst ereignete. Dort versank die Dampf- maschine, die über einen Teil des sumpfigen Geländes auf dem Gleis gelegt worden war, in dem Moraste. Der Maschinist, Frank, und der Feizer Kriks konnten sich nur mit Myster Not durch säumelles Hinausspringen in Sicherheit bringen. Dabei stürzte Frank noch in den Wassergraben, aus dem er von den Arbeitern herausgezogen werden mußte. Auch die Maschine ist bereits wieder aus dem Sumpfe heraus- geholt worden.

Nieder-Schöneweide.

Die Tenierungskommission hatte wie in der am Dienstag statt- gefundenen Gemeindevertreterung noch mitgeteilt wurde, be- schlossen, von einem Verkauf von Kartoffeln Abstand zu nehmen, da die Preise für Kartoffeln sehr niedrig seien; auch der Seefischverkauf komme nicht in Frage, da von der Konsumgenossenschaft die Seefische schon so billig an die Mitglieder abgegeben würden. Im übrigen ergab sich innerhalb der Bevölkerung eine gewisse Abneigung gegen Seefische. Bezüglich des Ankaufs von billigem Fleisch soll sich der Gemeindevorstand mit der Stadt Berlin in Verbindung setzen. Die Vertretung stimmte dem Beschluß der Kommission zu. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren für die Öffentlichkeit weniger von Interesse.

Spandau.

Mit dem Bau des Stadt-Theaters gegenüber dem neuen Rath- haus soll in der nächsten Woche begonnen werden, und am 1. Sep- tember nächsten Jahres soll derselbe bereits beendet sein. Neben dem Theater wird ein Saal, 1000 Personen fassend, erbaut. Da derselbe laut Magistrats- und Stadtverordnetenbeschlusse allen Parteien zur Verfügung gestellt werden soll, wird hoffentlich die hier so brennende Lokalfrage ihre Lösung finden. Der Beschluß der bürger- lichen Saalbesitzer, keiner Partei ihre Säle zu politischen Versamm- lungen zur Verfügung zu stellen, ist auf die Dauer un- haltbar. Die Lokalkommission bemüht sich seit langem vergeblich, die Saalbesitzer dahin umzustimmen, daß sie ihre Säle allen Parteien zur Verfügung stellen. Keine Partei leidet unter diesem Mißstand so wie die sozialdemokratische, weil die bürgerlichen Parteien außer der Reichstagswahl wenig Bedürfnis nach öffentlichen Versammlungen haben. Auch die Freie Turnerschaft, die von den Behörden als politischer Verein erklärt worden ist, leidet unter dieser Mißere. Da ihr vom Magistrat nach wie vor die Jubiläumshalle verweigert wird und in der Alt- und Neustadt kein Lokal zur Verfügung steht, so ist die erste Ab- teilung obdachlos. Sollte man im nächsten Jahre wieder erwarten doch versuchen wollen, die Partei von der Benutzung des neuen Saales auszuschließen, so wird sich die organisierte Arbeiterkassen- gleichberechtigung erlämpfen müssen.

Eine Konferenz von Vertretern städtischer Behörden mit dem Vorstände der hiesigen Schlichterinnung hat eine Besprechung dar- über abgehalten, wie der gegenwärtigen Fleischsteuerung gesteuert werden könne. Bestimmte Abmachungen sind, wie man uns mit- teilte, noch nicht getroffen worden.

Vottdam.

Als Maßnahme gegen die Tenierung beabsichtigt der Potsdamer Magistrat, einen städtischen Seefischverkauf zu Selbstkostenpreisen ein- zurichten. Der Verkauf soll an der Kaiserbrücke vorläufig einmal in der Woche und zwar Donnerstag vormittags von 8-1 Uhr in zwei Verkaufsständen stattfinden. Den Verkauf hat der Magistrat zwei hiesigen Fischhändlern, die zu den vom Magistrat festgesetzten Preisen verkaufen müssen, übertragen. Den Käufern werden an den Ver- kaufsstellen unentgeltlich Kochrezepte für Fischgerichte verabfolgt. Ueber die Frage, ob noch weitere Maßnahmen getroffen werden, schweben noch Verhandlungen.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonnabend, den 5. Oktober 1912, findet in den Neuen Rathhäusern, Reimiger Str. 8, Jugendfeier statt. Das Programm umfaßt Konzert, Gesangsstücke, Rezitationen, turnerische Aufführungen und Feste des Genossen Baumig. Zahlreichen Besuch erwartet der Bildungsausschuss.

Arbeiter-Vanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am 6. Oktober: 1. Wildpark-Berch-Lienewitz. Abfahrt: Potsdamer Fernbahn- hof 6.50 vormittags. - 2. Großhäger-Altbrücke. Abfahrt: Kottbuscher Bahnhof 6.15 vormittags. - 3. Strausberg-Budow. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 6.30 vormittags. - 4. Friedrichshagen-Ernt. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 6.55 vormittags. - 5. Waldmannsluf, Stolpe. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 1.20 nachmittags.

Eingegangene Druckschriften.

Gertraud Sonnenwerber. Roman von R. Greinz. 338 S. 2. Stand. mann, Leipzig.
Kunst und Künstler. 11. Jahrgang, Heft 1. Viertel. 6 M. Einzel- heft 3 M. B. Gollner, Berlin, Dammgr. 15.
„Zum Verdrachsen zur Weiserin“. Die wichtigsten Bestimmungen über das weibliche Verhältnissen, die Gesellen- und Weiserprüfung. Von Rechtsanwalt A. Diehl. Verband sächsischer katholischer Arbeitervereine München 25. 25 Pf.
Im Zeichen des Nordlichts. Eine Geschichte aus Lappland. Von Sophus Bunde. 3 M., geb. 4 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen - 7. bis 8. - wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Quittung und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

R. G. R. 4. Zwei verschiedene gleichen Namens. - R. R. 22. Sechs Monate. Ueber 300 M. - R. R. 23. G. werden aber dazu eine Reihe Bücher notwendig. - R. R. 29. C. 54. Linienstr. 102. - R. R. 12. 28 000 M. bis 100 000 M. - G. G. 50. 1. Wdg. 2. Wdg. 3. Große fabelartige Messer. 4. Der ganze Hohenloher ist in einem solchen Falle pflanzbar.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau-

Wasserstand	am 1. 10.		am 30. 9.		Wasserstand	am 1. 10.		am 30. 9.	
	cm	cm ⁴	cm	cm ⁴		cm	cm ⁴	cm	cm ⁴
Remel, Mitt.	180	-7	180	-7	Scale, Großh.	84	-6	84	-6
Vegel, Ankersburg	180	-2	180	-2	Dabel, Spandau	39	+5	39	+5
Wegfel, Thom.	158	0	158	0	Wegfel, Neuenow	42	+22	42	+22
Dder, Kallberg	154	-4	154	-4	Spree, Spremberg	80	-	80	-
Krossen	171	-3	171	-3	Weser, Bredow	80	+8	80	+8
Brandenburg	176	-7	176	-7	Weser, Runden	136	-2	136	-2
Wartze, Scherben	82	-2	82	-2	Weser, Runden	216	-4	216	-4
Landberg	4	-1	4	-1	Rhein, Magiliansau	400	-8	400	-8
Rehe, Borchmann	-1	+2	-1	+2	Rhein, Raud	200	-9	200	-9
Elbe, Reimnitz	47	-8	47	-8	Rhein, Raud	184	-7	184	-7
Preußen	-74	-6	-74	-6	Rehar, Gellwonn	82	-9	82	-9
Warg	207	-3	207	-3	Rain, Dama	122	0	122	0
Wagdeburg	164	-2	164	-2	Rosel, Trier	38	-2	38	-2

+) bedeutet Hoch. - Gall. - ?) Unterpegel.

MANOLI Kardash

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 3. Oktober.

Anfang 4 Uhr.

Urania. In den Dolomiten.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die lustigen

Weiber von Windsor.

Kgl. Schauspielhaus. Der große

König.

Deutsches. Totentanz.

Zirkus Albert Schumann. Gala-

Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Kuß Mitterhorn.

Kroll. Der Perichol.

Thalia. Der Karrentanz.

Städt. Theater. Mein Freund Teddy.

Deutsches Schauspielhaus. Der

Geldwäscher. Mit dem Feuer

spielen.

Schiller O. Die Lokalbahn. Die

Medaille.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Städt. Theater. Die Lokalbahn.

Theater am Kolonnenplatz

(Neues Schauspielhaus).

Täglich abends 8 Uhr:

Wägen der Künster-Theater:

Opheus in der Unterwelt.

Montis Operetten-Theater

(früher Neues Theater)

Abends 8 Uhr:

Goldener Leichtsinn.

Deutsches Schauspielhaus

Abends 8 Uhr: Gläubiger.

Bocher:

Mit dem Feuer spielen.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Weineidgräfin.

Freitag Premiere: Die gelbe Ge-

fahr.

Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-

vorstellung: Der gekaufte Kater.

Abends 8 Uhr: Die Weineid-

gräfin.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Abends 8 Uhr:

Ein Sommernachtstraum.

Komödie in 5 Akten von Shakespeare.

Freitag: Zapfenreich.

Metropol-Theater.

Chaufeur - ins Metropol !!

Große Jahresrevue mit Gesang und

Tanz in 10 Bildern von A. Freund.

Musik v. Rud. Hellm. Länge arrang.

von Bill Hübner. In Szene gesetzt

vom Direktor R. Schulz.

Anfang 8 Uhr. Aushalten gehalten

Apollo Theater

Ab 8 Uhr

Nie dagewesener Erfolg des

neuen Programms.

Lucy König, Wiener Soubrette.

Berta Bresina, Pariser Sängerin.

Der Gipfel der Komik

Bernhard Hörbits

mit neuen Schlägern

und 8 weiteren gr. Attraktionen.

Folies Caprice.

Zum 33. Male

Die drei Schläger:

Der teuflische Joseph.

Der Rehbod.

Der Gindreher.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr

Gastspiel der lebenden Spaßmacher

Schaffner

Passage halten!!!

"Da tut sich was."

Große Metropolrevue

Jean Pedro, Fratzi Masselov,

Laatsch Messing, Papi Pappi,

Kohn Erzbishop, Luise Quitscher.

Pfeifen überall gestattet!

Passage-Panoptikum

RAPPO

der größte Entfesselungs-

künstler der Zeit.

Der Mann mit dem

eisernen Schlund!

die anatom. Unmöglichkeit.

Lehend! Ohne Extra-Entree!

Freie Volksbühne

Extravorstellung im Lessing-Theater

Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr:

"Gudrun".

Trauerspiel in 5 Akten von Ernst Hardt.

Lessing-Theater

Schönherr:

Glaube u. Heimat.

Die Tragödie eines Volkes.

Thalia-Theater

Dreyer:

Des Pfarrers Tochter

von Streladorf.

Schauspiel in 3 Aufzügen.

Abendabteilungen

Deutsches Schauspielhaus.

8 Uhr: Strindberg:

Ostern.

Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schau-

spielhause gegeben wurden, finden bis auf

weiteres im Deutschen Schauspielhause, Friedrich-

straße 104 (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang

der Vorstellung im Deutschen Schauspielhause 2 1/2 Uhr

248/15

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Casino-Theater

Rotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr

Das sensationelle Oktober-Programm

Robert Neesemann,

Berlins Lieblingshumorist mit neuen

Schlagern. Niemen - Vesperfolg des

lustigen Stüdes

Der Großfürst.

Sonnt. 4 Uhr: Papas Seiltanzsprung.

Voigt-Theater.

Gelundbrunnen Badstraße 58.

Täglich:

Drei Paar Schuhe.

Lebensbild mit Gesang in 4 Akten

von Karl Böckl.

Roseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 10 Uhr.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.

64 Andreasstr. 64.

Jeden Donnerstag:

Große Soiree

der allgemein beliebten und bekannten

Hoffmanns Sänger.

Direktion Fr. Panther

mit vollständig

neuem Programm

Anfang 8 Uhr.

Nach der **Frei-Tanz.**

Soiree: Freizeiten haben Gütigkeit.

Turn-Verein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntag, den 6. Oktober 1912, nachmittags von 3-6 Uhr:

Oeffentliches Turnen sämtlicher Frauen-Abteilungen

im Andreas-Realgymnasium, Koppenstr. 76.

Nach dem Turnen: **Kommers in Berchts Festsälen, Ritterstr. 75.**

Eintritt frei.

Die Turnabende finden in folgenden städtischen Turnhallen statt:

1. **Frauen-Abt.:** Mariannen-Ufer 1a. Dienstag und Freitag 8-10 Uhr abends.

2. " Ackerstr. 67. Dienstag und Freitag 8-10 Uhr abends.

3. " Samariterstr. 18/20. Dienstag und Freitag 8-10 Uhr abends. 188/6

4. " Siemenstr. 30. Montag und Donnerstag 8-10 Uhr abends.

5. " Dieffenbachstr. 61. Montag und Donnerstag 8-10 Uhr abends.

6. " Scherenberg- u. Carmen-Sylva-Str.-Ecke. Dienstag u. Freitag 8-10 Uhr abends.

Anmeldungen werden jeden Turnabend entgegengenommen.



„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: **Großes Doppel-Konzert.** Heute:

Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Fr.

Musik: **Kaiser-Alexander-Regts.** v. Blon, Komp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachm.

Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania

Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.

Nachm. 4 Uhr:

In den Dolomiten.

Abends 8 Uhr:

Aufs Mitterhorn.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 3. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Vorführung des Lenkballons

ohne Besatzung!

(Ingenieur H. Böhle).

Vorner:

Houdini!

das Tagesgespräch von Berlin!

Zum **Unter Gorillas.**

Schluss: Original-Pantomimoburleske

des Zirkus Busch in 4 Bildern.

Besonders hervorzuheben:

Der Waldbrand.

Das große Schlangenballett.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:

Liebesbarometer.

Sonnt. 3 Uhr: Der seltsame Toupinel.

Theater Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.

Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr:

Das große **Robitäten-Pro-**

gramm und

Der Mann mit den 3 Frauen.

Große Poffe in 1 Akt.

Zirkus A. Schumann

Heute Donnerstag, 3. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Sport-Vorstellung

Auserwähltes Programm.

Es wird extra darauf hingewiesen,

daß diese Sport-

vorstellungen nur noch einige

Tage dauern.

Besonders hervorzuheben:

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonnabend, den 5. Oktober cr., nachts präz. 12 Uhr:
Allgemeine Versammlung
 der **Kino-Operateure Groß-Berlins**
 in **Bur. Augustins Festsälen, Oranienstr. 103.**

Tagesordnung:
 1. Vortrag: „Die gegenwärtige Lage und ihre Ursachen.“
 Referent: Kollege **Johansen**. 2. Diskussion. 3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten. 4. Berichtedes. 125/10
 Beilage u. Neuaufnahmen werden in d. Versammlung entgegengenommen.
 Pünktl. Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Reichstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rinderstr. 9. Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6708

Heute Donnerstag, 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Sektions-Versammlung der Lackierer
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15.

Tagesordnung:
 1. Das Koalitionsrecht und die Arbeiterklasse. Referent: Genosse **Adolf Ritter**. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Wir erwarten, daß die Mitglieder pünktlich erscheinen.
 127/9 **Die Sektionsleitung.**

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
 Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1912/13 sind zu wählen:
 von den Kassenmitgliedern 267 Vertreter,
 von den Arbeitgebern 126

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am **Sonntag, den 20. Oktober cr., vorm. präz. 10 1/2—11 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 15, statt. (Um 11 1/2 Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)**
 Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bez. die Quittungskarte, und werden die Herren Druckereikasierer gebeten, selbige den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhändigen.

Ohne Quittungsbuch bez. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am

Mittwoch, den 23. Oktober cr., abends 8 Uhr, im Konferenzzimmer des Kassenvorstandes, Alexandrienstr. 44, Hof rechts 2 Tr.

und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Berlin, den 30. September 1912. 279/5

Der Vorstand.
Johannes Blenz, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69.

Neue Bände der Internationalen Bibliothek:

Band 51:
Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789 bis 1912).
 Von **Paul Louis**.
 Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von **Dr. G. Eckstein**.
 Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3,— M.

Band 52:
Der Kapitalismus im Altertum
 Studien über die römische Wirtschaftsgeschichte von **Joseph Salvioli**.
 Mit einem Vorwort von **Karl Kautsky**.
 Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3,— M.

Ohne Anzahlung
 liefert an jedermann

Möbel auf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
 sowie einzelne

Möbelstühle, Polsterwaren, farbige Klappen
 Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Pelzgaraturen

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
 Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9
 Ecke Altes Schützenhaus Strasse

Sonntag von 12—2 geöffnet.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Heute Seefische!

Schellfisch 24 Pf. pro Pfund | **Seelachs (ohne Kopf) 25 Pf. pro Pfund**
Kabljan (ohne Kopf) 24 | **Goldbarsch 23**
Schollen 32 Pf. pro Pfund

Der Verkauf findet in folgenden Verkaufsstellen statt:

- In Berlin:**
- NW.** Endener Str. 50. Erdmüßstr. 5. Hofstr. 35. Stendaler Str. 5. Ullnauer 16.
 - N.** Heidehöfener Str. 54. Gartenstr. 3. Berntstr. 3. Kleinstr. 46. Doehmerstr. 16 d. Hüfenerstr. 53. Luchener Str. 19. Ragerstr. 13 a. Rordufer 4 b.
 - NO.** Bringen-Külee 85. Schivelbeiner Str. 9. Goldener Str. 103. Stolpische Str. 24. Swinemünder Str. 33. Logenstr. 4. Willdenowstr. 30. Höpnerstr. 34. Büschingstr. 12. Wundstr. 63. Wollstr. 7. Gröner Weg 15. Köpmanstr. 14. Kopernikusstr. 3.
 - SO.** Köstner Platz 4. Liebigstr. 7. Wilmstr. 26. Jördenstr. 61. Adalbertstr. 36. Forster Str. 3. Rantewitzstr. 36. Brangelstr. 65. Grönerstr. 57/59. Grönerstr. 65. Rindstr. 5. Köpstr. 62. Wasserstr. 20.
 - W.** Gördenstr. 17. Ede Culmstr.

- In den Vororten:**
- Köpenick, Berliner Str. 5.** Vorkammler 5. Waggelheimer Str. 48.
 - Lichtenberg, Bürgerheimstr. 102.** Kronprinzstr. 1. Mozartstr. 2. Nitterstr. 22. Bismarckplatz 3. Wühlstr. 57.
 - Mariendorf, Kaiserstr. 110.** Emier Str. 33.
 - Neufeld, Bismarckstr. 47.** Gmler Str. 33. Friedenstr. 15. Rühner Str. 39. Steinmühlstr. 107. Welfenstr. 62. Willdenowstr. 61/62.
 - Nieder-Schönhausen, Koller-Bühel-Str. 79.** Ober-Schöneweide, Edlisonstr. 50. Lufstr. 12.
 - Pankow, Dollnstr. 102.** Berliner Str. 47.
 - Reinickendorf-Ost, Dollnstr. 126.** Doppelstr. 16.
 - Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 40.** Gberstr. 26. Götterstr. 1. Züdenbe, Richterfelder Str. 36. Tempelhof, Berliner Str. 39. Do Str. 10/20.
 - Treptow, Grönerstr. 58.** Weiskene, Langhansstr. 144/145. Wilmersdorf, Augustastr. 3.

In der Zeit von 1—3 Uhr mittags sind unsere Verkaufsstellen geschlossen. Der Vorstand.

Qualitäts: Cigarette

Joseffi

JUNO

GOLD 2 Pfg.

Möbel-Cohn
 58 Gr. Frankfurter Str. 58
 unweit der Kaiserstraße.
 Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Möbel auf Kredit
 Riesen-Auswahl
 Anzahlungen auf Stube und Küche:
 Mark 15 30 50 75
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
 jeder gewünschten Art von 10 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
 Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12—2 geöffnet.

Möbel-Angebot.
 Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 29.
Kein Abzahlungsgeschäft.

Getragene Monatsgarderobe.
 Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßrocken, Westen etc., welche teils von erstklassigen Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jacken-Anzüge	M. 12—16—22— etc.
Herren-Paletots	10—14—18—
Ulster	12—18—24—
Rock-Anzüge	12—18—24—
Gehrock-Anzüge	18—23—29—
Frack- u. Smoking-Anzüge	24—28—33—
Herren-Beinkleider	5—7—

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herren-Garderobenhaus Friedlichstr. 127
 Sonntags nur v. 12—2 Uhr geöffnet.

Den Vorwärts-Lesern gewähre 5 % Rabatt.

Wundervoll gestickte ab-Portieren
 gepaßte **Portieren**
 (Uebergardinen für Fenster und Türen)
 in Qualität M. pro Fenster:
 Filzstich 3,35 bis 10,50
 Naturleinen 3,85 bis 20,00
 Velvetplüsch 8,85 bis 75,00
 Persisch (doppelseitig) 6,75 bis 36,00
 Kochelleinen 6,75 bis 60,00
 Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
 Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

Möbel
 kaufen Sie am billigsten direkt in d. Fabrik
Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz).
 Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnaek
 Tischlermeister.
 Zahlungserleichterungen.

Spezialarzt
 J. Gant, Gant, Frauenleben, nerv. Schwäche, Weinkranke jeder Art, Ehrlich Gant-Kuren u. Co. ions Laborat. f. Blutuntersuchung. Fäden i. Harn etc. Friedrichstr. 81, gegenüber Spt. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz. 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Kolonialwarenladen
 mit Wohnung in hervorragender Arbeitergegend, in dem seit langem Jahren ein Kolonialwarengeschäft betrieben wird, event. per sofort zu vermieten. 250/3
 Näheres Wollanstraße 3.

Aus aller Welt.

Es geschehen noch Wunder!

Im „Tiroler Anzeiger“, natürlich einem gut katholischen Blatte, lesen wir folgende „wunder“schöne Geschichte:

Am Dienstag, 24. September, wurde im Jesuheim in Girsan das 20jährige Fräulein Irma Biting plötzlich auf unerklärliche Weise geheilt. Das brave Mädchen war an beiden Füßen vollständig gelähmt und konnte sich nur mit Mühe auf ihren Krücken fortbewegen. Den Fuß zu biegen oder das Knie zu biegen war ihr unmöglich. Noch am Montagnachmittag nahm sie ein warmes Bad, wobei sie von der Pflegechwester in dasselbe hinein und herausgehoben werden mußte, und am Dienstagvormittag noch konnte sie nur mit Mühe auf ihren Krücken zur Hauskapelle gelangen. Einige Stunden später ging sie frei und fröhlich ohne Krücken, ohne Hilfe Stiegen auf und ab. Das Mädchen hatte am 17. September eine Robene (Gebetsübung) zu unserer lieben Frau von Lourdes begonnen und voll sicheren Vertrauens fortgesetzt. Am Dienstag, als am letzten Tage derselben, schleppte sie sich nach dem Mittagessen hinab in den Hof zur großen Lourdesstatue, die dort auf hohem Sockel steht, um die Robene zu beschließen. Dort angekommen, drängte es sie alsbald, sich niederzuliegen, und siehe da, es gelang, so daß ein Mädchen, das sie begleitet hatte, erstaunt sagte: „Aber Irma, du kannst ja knien!“ Sie verrichtete nun ihre Andacht weiter und eine halbe Stunde später stand sie auf, legte ihre Krücken an die Statue und ging freudbestrahlend der ehrwürdigen Schwester, die in der Nähe eine Kinderkrippe beaufsichtigte, entgegen.

Ein noch größeres Wunder ist, wie kürzlich berichtet, in Lourdes selbst passiert. Im letzten Jahre haben die geschäftskundigen Frauen aus der wunderfertigen Grotte eine Einnahme von 3 1/2 Millionen Franc herausgewirtschaftet. In unserer materialistischen Zeit gewiß ein Wunder!

Auch ein Zeichen der Zeit.

Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der letzten Nacht in Neustrelitz abgespielt. Der in Rot geratene frühere Gutsinspektor Lemde beschloß, um die öffentliche Armenpflege nicht in Anspruch nehmen zu müssen, mit seiner Familie aus dem Leben

zu scheiden. Am Dienstagabend bereits töteten die Eheleute ihr zwei Jahre altes angenommenes Kind, indem sie ihm die Pulsadern öffneten. Gestern morgen öffneten sich Lemde und seine Ehefrau ebenfalls die Pulsadern. Da der Tod nicht schnell genug eintrat, erschlug Lemde seine Frau mit einem Hammer. Da ihm nun der Mut fehlte, die Schnur sich um den Hals zu legen, zog er es vor, sich der Polizei zu stellen.

Schweres Eisenbahnunglück durch Sturmshaden.

Am Dienstagabend hat sich auf der Schmalpurbahn Anklam-Löwig infolge des Sturmes ein Eisenbahnunglück ereignet, bei dem ein Lokomotivführer getötet wurde. Als abends 7 1/2 Uhr ein aus einer Lokomotive und drei Wagen bestehender Kartoffelzug die Abzweigung nach Schwerinsburg passierte, stürzte infolge des Sturmes eine neben dem Gleise stehende Pappel auf die vorbeifahrende Lokomotive. Der 42jährige Lokomotivführer Kellermann aus Anklam wurde hierbei so schwer verletzt, daß er wenige Minuten später starb. Der Heizer Trost aus Anklam wurde zwischen Kessel und Führerhaus eingeklemmt und trug schwere Brandwunden am linken Unterarm davon, außerdem erlitt er schwere Verletzungen am Kopf. Der zweite Lokomotivführer aus Anklam wurde ebenfalls eingeklemmt, kam jedoch mit leichten Verletzungen davon. Hilfszüge aus Friedland und Anklam gingen sofort nach der Unfallstelle ab. Erst um 12 Uhr nachts konnte nach mühevoller Arbeit durch Zerlegen der Pappel der Heizer Trost aus seiner qualvollen Lage befreit werden. Trost wurde in das Greifswalder Krankenhaus übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Eine verderbenbringende Probefahrt.

Auf der Probefahrt des amerikanischen Torpedobootszerstörers „Baile“ erfolgte in der Nähe von Brenton Reef die Explosion eines Dampfkessels. Dabei wurde ein Offizier sofort getötet und acht Mann schwer verletzt. Von den Verletzten sind nach einigen Stunden noch zwei Mann gestorben.

Ein anderes schweres Unglück ist gestern an Bord des französischen Panzerschiffes „Mirabeau“ passiert. Bei der Einschiffung von Lebensmitteln riß das Seil eines Flaschenzuges und ein großes Weinfäß stürzte auf drei darunter stehende Matrosen. Zwei davon wurden getötet, der dritte schwer verletzt.

Kleine Notizen.

Unwettershäden. Der gestern besonders in einem Teil Nordwestdeutschlands herrschende orkanartige Sturm richtete noch weitere Verheerungen außer den bereits von uns gemeldeten an. In Karis wurde der dort gastierende Zirkus Blumenfeld vom Sturm umgeworfen und total zerstört. In Courcelles (Belgien) wurde ein Neubau umgeworfen, dabei kamen eine junge Frau und ein Kind ums Leben.

Der Bod als Gärtner. Die Pariser Polizei verhaftete heute den Börsenspekulanten Ledault, der zahlreichen kleinen Sparern Gelder im Gesamtbetrag von 1200 000 Fr. und diese im Börsenspiel verloren hatte.

Großfeuer in Philadelphia. Eine Feuerbrunst zerstörte einen Bier (Hafendamm), der von der Hamburg-Amerika-Linie und einer italienischen Linie benutzt wird. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Witterungsübersicht vom 2. Oktober 1912.

Stationen	Barometer- Stand um Mittags	Wind- richtung	Windstärke	Temperat. in °C h. g. n. d. n.	Stationen	Barometer- Stand um Mittags	Wind- richtung	Windstärke	Temperat. in °C h. g. n. d. n.		
Eutinende	748	SB	4	bedeckt	10	Dabaranda	748	NRD	6	wolfig	3
Damburg	745	SB	3	bedeckt	10	Petersburg	739	SE	4	Regen	6
Berlin	745	SB	3	bedeckt	12	Scilla	745	SE	2	wolfig	12
Frankf. a. M.	749	SB	4	bedeckt	14	Aberdeen	750	SB	3	halb bb.	4
München	752	SB	4	bedeckt	13	Paris	752	SB	3	halb bb.	11
Wien	752	SE	11	heiter	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. Oktober 1912.

Zunächst kühl, vielfach heiter bei ziemlich frischen westlichen Winden später wieder zunehmende Ermüdung, Erübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.



Die Kunst vorteilhaft zu kaufen besteht in der Wahl der wirklich richtigen Quelle, ohne sich durch Scheinanbietungen beirren zu lassen.

Wenn Sie bedenken:

Wir sind mit der Konfektion gross geworden. — Haben jetzt infolge unserer Ausdehnung von 11 Geschäften einen ganz enormen Bedarf an Konfektion, den wir in bar regulieren. — Wir verkaufen nur gegen bar — wir geben keinerlei Rabatte — sondern ein und derselbe billige Preis (der deutlich auf jedem Etikett vermerkt ist) gilt für alle. Wir vermeiden dadurch jedes Risiko, das uns eine höhere Kalkulation aufzwingen würde.

Dann werden Sie einsehen

dass unser kolossaler Erfolg darin liegt, dass man bei uns

wirklich am vorteilhaftesten kauft!

C & A

BRENNINKMEYER GMBH

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion

Königstr. 33

Chausseestr. 113



Moderner Ulster ganz neue Form, solide Ware, engl. Geschmack 25⁵⁰

Samt-Mäntel mit reizendem Spitzen-Kragen je nach Grösse von 9⁷⁵ an

Kinder-Mäntel sehr praktisch, aus warmem Diagonalfstoff von 5⁵⁰ an

Eleg. Paletot Velour du Nord, garantiert gute Ware, genau wie Zeichnung 46⁷⁵

Neu!

MAGGI'S Spargel-Suppe

ist wirklich delikat!



1 Würfel 10 Pfg.

